

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 8. März 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Herr v. Budde als Sozialpolitiker.

Angelehnt des Lobliedes, das der Eisenbahnminister v. Budde am Montag im Abgeordnetenhaus auf die ihm unterstellte Verwaltung und seine sozialpolitische Weisheit angestimmt hat, ist es von Interesse, an der Hand des jüngsten amtlichen Berichtes über die Ergebnisse des Betriebes der vereinigten preussischen und hessischen Staatseisenbahnen die wirkliche Lage der Eisenbahnarbeiter und Beamten zu schildern.

Die Gesamtsomme der persönlichen Ausgaben einschließlich der Löhne der Bahnunterhaltungs- und der Werkstättenarbeiter belief sich im Jahre 1903 auf 520 Millionen Mark, die persönlichen Ausgaben ohne die Löhne der Bahnunterhaltungs- und der Werkstättenarbeiter betragen 417,8 Mill. Mark. Gegenüber den vorausgegangenen Jahren ist eine wesentliche Steigerung der Ausgaben zu verzeichnen, doch ist diese Steigerung nicht etwa durch Gehalts- oder Lohnaufbesserungen hervorgerufen, sondern zum weitaus größten Teil durch die Vermehrung der Zahl der Bediensteten. Diese Vermehrung wiederum ist in der Hauptsache auf den Zugang verstaatlichter Privatbahnen, auf die weitere Ausdehnung des Bahnbetriebes und dergleichen, nur zum geringen Teil dagegen auf eine Steigerung der Löhne zurückzuführen. Trotz des gewaltigen Anwachses der Preise für Lebensmittel und Wohnungen weisen die Durchschnittslöhne der Gehilfen, der Hilfskräfte im unteren Dienst, der Handwerker und Arbeiter nur teilweise eine Erhöhung auf, und eine große Anzahl der staatlichen Arbeiter bezieht auch jetzt noch Löhne, die zum Lebensunterhalt kaum ausreichen. So beträgt z. B. die für ein Tagewerk gezahlte durchschnittliche Vergütung für Hilfskräfte im unteren Bahnhofs- und Abfertigungsdienst 2,63 M., für Hilfskräfte im unteren Bahnbewachungs- und Bahnunterhaltungsdienst sowie für Schrankenwärter und Wärterinnen 2,13 M., für Hilfskräfte im Lokomotiv-, Maschinen- und Wagenmeisterdienst 2,64 M., für Hilfskräfte im Zugdienst 2,31 M., für Arbeiter im inneren Dienst 2,77 M., für Betriebsarbeiter 2,71 M., für Bahnunterhaltungsarbeiter 2,32 M. Das sind Löhne, wie sie in einigermaßen anständigen Privatbetrieben kaum noch gezahlt werden.

Auch die tägliche Dauer des planmäßigen Dienstes des Personals ist trotz einiger Verbesserungen, die im Laufe der Jahre vorgenommen sind, immer noch viel zu lang. Nach den Bestimmungen der Verwaltung soll bei dem Bahnbewachungspersonal die Dauer der täglichen Dienstpflicht 14 Stunden nicht überschreiten, es kann aber bei einfachen Betriebsverhältnissen, wie namentlich auf Nebenbahnen, die Dienstpflicht bis zu 16 Stunden ausgedehnt werden. Bei dem Stationspersonal soll, wenn der Dienst eine ununterbrochene, angestrenzte Tätigkeit erfordert, die durchschnittliche tägliche Dauer 8 Stunden, die Dauer einer einzelnen Dienstpflicht 10 Stunden nicht überschreiten; im übrigen kann die durchschnittliche tägliche Dienstdauer bis zu 12 Stunden, die Dauer einer einzelnen Dienstpflicht bis zu 14 Stunden betragen. Ausnahmsweise kann sogar bei einfachen Betriebsverhältnissen, bei denen in die Dienstpflicht längere Pausen fallen, wie namentlich auf Nebenbahnen, die Dauer der Dienstzeit bis zu 16 Stunden ausgedehnt werden. Bei dem Zugbegleitungs-Personal soll die tägliche Dienstdauer im monatlichen Durchschnitt nicht mehr als 11 Stunden betragen, die einzelne Dienstpflicht darf 16 Stunden nicht überschreiten, doch dürfen Dienstpflichten bis zu dieser Dauer nur angelegt werden, wenn sie durch ausgiebige Pausen unterbrochen werden. Bei dem Lokomotivpersonal soll die tägliche Dienstdauer im monatlichen Durchschnitt nicht mehr als 10 Stunden betragen, sie kann bei einfachen Betriebsverhältnissen auf 11 Stunden ausgedehnt werden. Erfordert der Rangierdienst eine ununterbrochene, angestrenzte Tätigkeit, so soll die durchschnittliche tägliche Dauer 8 Stunden, die Dauer einer einzelnen Dienstpflicht 10 Stunden nicht überschreiten.

Diese Bestimmungen sprechen für sich selbst. Alle schönen Redensarten des Ministers können darüber nicht hinwegtäuschen, daß das Personal in der Eisenbahn-Verwaltung bis aufs äußerste ausgenutzt wird. Von insgesamt 366 962 der in Frage kommenden Beamten und Arbeiter hatten nur 31 631 bis 8 Stunden einschließlich Dienst, 36 508 zwischen 8 und 9 und 113 394 zwischen 9 und 10 Stunden. Bei den übrigen dehnte sich der Dienst über 10 Stunden aus, bis zu 16 Stunden. Was speziell das Zugbegleitungs- und Lokomotivpersonal betrifft, dessen Dienst wohl der allerschwerste sein dürfte, so hatten von 34 566 Beamten des Zugbegleitungs-Personals etwa 20 000, also mehr als die Hälfte, eine Dienstzeit von länger als 10 Stunden. Von den 29 640 Beamten des Lokomotivpersonals hatten 3521 eine durchschnittliche tägliche Dienstdauer von länger als 10 Stunden, und 20 728 eine solche zwischen 9 und 10 Stunden.

Anstatt nun wirklich praktische Sozialpolitik zu treiben und eine Aufbesserung der Löhne sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen, versucht es die Verwaltung mit allerhand sozialpolitischen Quacksalbereien, von denen sie nun wer weiß wie großes Aufsehen macht, die aber in Wahrheit kaum der Erwähnung wert sind. Herr v. Budde rühmt sich, daß Arbeiter, die mindestens 1 Jahr ununterbrochen im Dienst der Verwaltung beschäftigt sind, sofern sie nicht ausdrücklich nur zu vorübergehenden Zwecken

angenommen waren, bei militärischen Übungen von nicht mehr als 14 Tagen zwei Drittel des Lohnes erhalten. Diese Vergütung wird aber nur verheirateten Arbeitern oder solchen gewährt, die vorwiegend Ernährer von Familienangehörigen sind. Eine ganze Reihe von Kommunalverwaltungen geht in dieser Beziehung erheblich weiter als die Eisenbahn-Verwaltung. Herr v. Budde geniert sich nicht, besonders zu betonen, daß den Arbeitern bei Arbeitsverfall insolge von Teilnahme an Kontrollerversammlungen und dergleichen der Lohn für die Dauer der notwendigen Abwesenheit — natürlich unter Abrechnung der etwa für den Zeitverlust anderweit gewährten Entschädigungen — weiter bezahlt wird. Als ob das nicht jeder anständige Arbeitgeber als etwas ganz Selbstverständliches betrachtet! Arbeiter, die 20 Jahre und länger ununterbrochen im Dienst der Eisenbahn-Verwaltung gestanden haben, erhalten am Schluß jeder fünfjährigen Periode bei zufriedenstellenden Leistungen und guter Führung besondere Belohnungen, deren Höhe zwischen 20 und 150 M. schwankt. Das macht sich besser und ist vor allem billiger, als wenn man den Arbeitern von vornherein ausreichende Löhne gewährt.

Besonderes Gewicht legt der Minister darauf, daß die Beamten und Arbeiter der Verwaltung sich als Glieder eines großen Staatskörpers fühlen und daß die Beziehungen zwischen den Organen der Verwaltung und den Bediensteten aufrecht erhalten werden. Diesem Zweck dienen die Eisenbahnvereine, an deren Leitung sich neben höheren Beamten mittlere und untere Beamte und Arbeiter beteiligen. Es ist ja ein offenes Geheimnis, daß die Arbeiter moralisch gezwungen sind, solchen Vereinen beizutreten, in denen sie dann über der Pflege der Geselligkeit ganz vergessen, daß sie doch eigentlich mit den höheren Beamten keinerlei Interessengemeinschaft haben, daß sie bloße Dekorationsstücke bilden und daß sie, wenn anders sie ihre Interessen zu wahren verstehen, sich mit ihren Klassengenossen zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zusammenschließen müßten. Aber gerade hieron sollen sie mit Gewalt abgehalten werden. Weisliche keine Kampfsorganisationen, heileibe keine gewerkschaftlichen Organisationen! Organisierte Arbeiter sind Herrn v. Budde ein Dorn im Auge. Ob er wohl wirklich glaubt, daß die Eisenbahnarbeiter, sobald sie seinen Harmonievereinen beigetreten sind, sich als zufriedene Staatsbürger fühlen und nicht mehr danach streben, aus eigener Kraft ihre Lage zu verbessern?

Je mehr der Eisenbahnminister die unteren Beamten und Arbeiter durch Verflümmung ihrer staatsbürgerlichen Rechte, durch Schmälerung des Wahlrechts und durch Vorbehaltung des Koalitionsrechtes zu Staatsbürgern zweiter Klasse herabzudrücken bestrebt ist, desto mehr ist es Pflicht der Sozialdemokratie, die Eisenbahnarbeiter über ihre wahre Lage aufzuklären.

Die Abgabe der Komödie!

Da die Schauspieler sich weigerten, in der infamen Komödie mitzuspielen, hat der Zar, da keine Hofschauspieler aufzutreiben waren, die Vorstellung einfach abgesetzt. Anstich wird aus Petersburg bekannt gegeben: Da die Bildung der Kommission für die Arbeiterfragen unter dem Vorsitz des Senators Schidlowski infolge der Erklärung der Arbeiter, daß sie keine Vertreter wählen werden, in dem geplanten Bestande unmöglich ist, ist die Kommission am 5. d. M. auf kaiserlichen Befehl geschlossen worden.

Mit der zaristischen Verfassungs-Farce wird es genau so gehen! Mit den Lokmitteln der traditionellen absoluten Gaunerei wird aber nicht aufgehört. So hat der russische Verkehrsminister auf Grund ihm vom Zaren erteilter Vollmacht angeordnet, daß die Arbeiter der Werkstätten und Lokomotivdepots der Staatsbahnen Vertreter wählen sollen, durch welche die Bedürfnisse dieser Arbeiter zur Kenntnis der Vorgesetzten gebracht werden. Die Streikbewegung dauert an.

Generalfstreik in Petersburg.

In Petersburg ruht die Arbeit fast vollständig, auch in den staatlichen Betrieben und Betrieben. Nach der „Rossischen Zeitung“ kam es zu einigen unbedeutenden Prügeleien.

Die Bewegung in Russisch-Polen.

Łobz, 7. März. (Offizielle Meldung.) Die Fabrik von Posnanski ist geschlossen worden, mehr als 6000 Arbeiter sind entlassen. Wegen des Schließens der Fabrik befürchtet man antisemitische Unruhen. Eine in den Garten der Fabrik von Silberstein geworfene Bombe zerstörte nur Fensterscheiben. Zwanzig Personen, die beschuldigt werden Schüler aufgewiegelt zu haben, wurden verhaftet.

Aufbruch im Kaukasus.

Dem „Standard“ wird telegraphiert: 130 000 Mingreliter, Osseten und andere kein Land besitzenden Gebirgsstämme im westlichen Kaukasus befinden sich im offenen Aufstand. Die Stadt Kutais ist der Mittelpunkt einer anderen furchtbaren Volksverheerung. In Batum kam es von neuem zu blutigen Zusammenstößen, bei denen 15 Personen getötet wurden.

Batum, 7. März. (Offizielle Meldung.) In den Betrieben von Kantaschew allein wird gearbeitet. Die Arbeiter in der Ristenfabrik von Onito sind nicht zufriedengestellt. Die Fabrik schlug Löhne nach den Lohnsätzen vor dem Ausstande vor; ohne diese abzulehnen, halten die Arbeiter weitere Beratungen ab. Während der Unruhen am

Sonntag wurde das eiserne Reserfdoke von Schulz und Zimmermann von einer Kugel durchlöchert. Es herrscht demnach auch in Batum der Generalfstreik.

Unruhen in Finnland.

Helsingfors, 7. März. Wie die Blätter melden, sind am Sonnabend und Sonntag in der hiesigen Umgegend mehrere Menschen ermordet und ausgeplündert worden.

Eine Schändung des Roten Kreuzes.

Aus Petersburg berichten die Blätter: Am dem Schicksale, während einer Ausfahrt von einer Bombe getötet zu werden, zu entgehen, hat Generalgouverneur Trepow eine List erdacht, die in eingeweihten Kreisen Petersburgs lebhaft kommentiert wird. Zu seinen Spazierfahrten benutzt er nämlich seit einigen Tagen nicht mehr sein eigenes Gespann, sondern einen Krankenwagen des Roten Kreuzes, während seine Equipage, natürlich leer, als Attrappe durch die Straßen fährt, um die Aufmerksamkeit der Passanten auf sich zu lenken.

Dieser Mißbrauch des Roten Kreuzes verstößt gegen die internationalen Vereinbarungen.

Russische Preßstimmen.

„Russ“ und „Slowo“ weisen auf die gewaltige, der Gesellschaft bevorstehende Aufgabe hin. „Slowo“ meint, unmöglich könnten das alte System von Züge, Willkür und Betrug und die Männer, die Fortschritt verschuldeten, d. h. die Bürokratie, zur Lösung dieser Aufgabe verwendet werden. „Russ“ folgert aus der Verteilung des Petitionsrechtes die Notwendigkeit des Versammlungsrechtes und der öffentlichen Besprechung politischer Fragen. („Vost. Stg.“)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. März.

Die Entschleierung der Steuerpläne.

Am vorigen Mittwoch kündigte der Reichschatzsekretär seine neuen Steuerentwürfe für den Herbst an. Über ihren Inhalt konnte er, so erklärte er, noch nichts mitteilen, da die Beratungen im Bundesrat noch nicht abgeschlossen seien. Wohl aber verriet er, daß „mit kleinen Mitteln nichts mehr zu machen“ sei und daß die Vorlagen die Finanzen der Einzelstaaten stark berühren werden. In der Budgetkommission wurden die Stengelschen Pläne als „das verheerendste Bild von Sais“ gekennzeichnet.

Schneller aber als der Schatzsekretär gewünscht haben dürfte, beginnt die Entschleierung. Der Berliner Vertreter der „Münchener Neuesten Nachrichten“ deponiert seinem Blatte:

„Als Grundzüge der Reichsfinanzreform, die der Reichschatzsekretär Freiherr v. Stengel für den Herbst dieses Jahres in Aussicht gestellt hat, werden mir bezeichnet: Grundfähiger Ausgleich zwischen den Ratriklarbeiträge und Ueberweisungen, Scheidung der Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten, Vermehrung der Reichseinnahmen durch die neuen Zölle und eine Tabakfabriksteuer sowie eine Reichserbschaftsteuer, und schließlich Einführung einer regelmäßigen Schuldentilgung.“

Wie der Berliner Vertreter des Münchener Blattes Eingang in das sorglich gehütete Heiligthum des Reichschatzamtes gefunden, kann und nicht berühren; es scheint, daß er das richtige Bild von Sais gefunden und entschleiert hat. Dies Bild entspricht dem Geschmack der Finanzminister des Reiches, aber dem deutschen Volke wird es ganz und gar nicht gefallen.

Wenn sich die Mitteilungen des Münchener Blattes bestätigen, so hat sich, wie schon vermutet wurde, die Reichsfinanzverwaltung endlich dazu bequemt, die seit vielen Jahren im Reichstage erhobene Forderung einer Reichs-Erbchaftsteuer auszumachen. Die fürchtbar dringende Finanznot zwingt zu einem Zugeständnis, das bisher stets als völlig undurchführbar zurückgewiesen worden ist.

Die Reichs-Erbchaftsteuer soll aber, wie sich zeigt, offenbar nur der Vorwand sein, um diejenigen Steuerforderungen zu schleppen, welche dem Reichschatzamt als der wesentliche Teil der „Reform“ gelten: die Scheidung der Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten und eine neue Tabaksteuer.

Das Reich „auf eigene Füße zu stellen“ ist das alte Gehehen der Finanzreaktion im Reich und in den Einzelstaaten.

Die Einzelstaaten fühlen sich seit langem bedrückt, daß sie gemäß der Reichsverfassung dem Reiche, falls es keine Bedürfnisse aus eigenen Einnahmen nicht zu decken vermag, Beiträge entrichten müssen. Zwar haben die Einzelstaaten in den früheren Jahren besserer Reichsfinanzen vom Reiche erhebliche Summen erhalten; auch wurden sie in den letzten Jahren nur äußerst milde herangezogen und durch Zuschüsse zur Deckung laufender Reichsausgaben wurde ihre Beitragspflicht gespart. Aber selbst das Wenige, was die Einzelstaaten aus ihren direkten Steuern, welche die Wohlhabenden härter heranziehen, dem Reiche zuführten, erregte ihre wilde Klage. Sie fordern, daß das Reich für sich wirtschaftet, was nichts anderes bedeutet, als daß zu den zukünftigen Aufwendungen des Reiches die wohlhabenden Klassen nicht mehr durch direkte Steuerabgaben irgendwie herangezogen werden können. Zugleich verlieren damit die Einzelstaaten die letzte Kraft zum Widerstand gegen allzu tolle Militär- und Marinevorlagen des Reiches; wenn solche Vorlagen die Einzelstaaten finanziell in keiner Weise treffen können, so ist der Bewilligungslust der letzte schwache Fingel gelöst.

Genjo verhängnisvoll ist die Wiedererweckung der Tabakfabriksteuer. Wiederholt hat der Reichstag diesen verwerflichen, insbesondere für die schwer um das Dasein kämpfende Arbeiterschaft der Tabakindustrie ruinösen Steuerplan verworfen. Für jede politische Partei, welche die schmachliche Ungerechtigkeit des Reichs-

Die Inkerions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Annonzelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Zeitschriften und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Steuerwesen nicht noch steigern will, ist eine solche Steuer von vornherein verwerflich.

Auch durch die Zugabe einer Erbschaftsteuer, wie immer sie beschaffen sein mag, werden die höchst gefährlichen, volkreindlichen Steuerpläne der sich anmeldenden neuen „Finanzreform“ nicht schmaler.

Befürchten sich die Mitteilungen der „Münchener Neuesten Nachrichten“, so ist es nötig, daß das deutsche Volk, insbesondere auch die Tabakindustrie, alsbald zu kraftvoller Abwehr rüstet.

Reichstag.

Der freisinnige Abgeordnete Dr. Müller-Meinungen regte heute mit Recht an, daß im künftigen Jahre die sozialpolitischen Debatten nach ihren Gegenständen geteilt und systematisch geführt werden sollen. Bei der jetzigen Beratungsmethode gehen in der Tat die aller verschiedensten Fragen wild durcheinander, da sich durch die Zusammenfassung der Resolutionen natürlich keine Partei verhindern lassen kann, die Fragen, die ihr wichtig erscheinen, in die Debatte zu ziehen.

Genosse Zubeil, der heute als erster Redner zu Worte kam, unterzog sich der Aufgabe, mit den bürgerlichen Rednern, die gegen unsere Partei irgend welche Vorwürfe erhoben hatten, abzurechnen und die Haltlosigkeit ihrer Beschuldigungen nachzuweisen. Dem freisinnigen Abg. Mertens wies er nach, daß die Mängel, die sich bei der Ausführung des Kinderschutz-Gesetzes herausgestellt hätten, von unserer Fraktion schon vor Erlaß des Gesetzes entdeckt und aufgezeigt worden seien, ohne daß unsere Voraussage die bürgerlichen Parteien zur Annahme unserer Anträge zu bestimmen vermochte. Dem konservativen Abg. Pauli, der sich der armen, gequälten Unternehmer angenommen hatte, um ihnen das von der bösen Sozialdemokratie gefährdete Koalitionsrecht zu retten, hielt Genosse Zubeil vor, daß unsere Resolution auf Bestrafung der Unternehmer, welche den Arbeitern wegen Ausübung des Koalitionsrechtes das Fortkommen erschweren, kein Verbot der Unternehmerrückbildung darstelle, sondern nur Gleichheit und Gerechtigkeit im Verhältnis der beiden streitenden Parteien herbeiführe. Genosse Zubeil wies ihm auch nach, daß die Lehrlingsausbeutung bei den Zunungsmeistern so groß sei wie bei den anderen Handwerksmeistern auch, und daß nur die Sozialdemokratie etwas Wirksames für die Ausbildung der Lehrlinge tue und tun wolle, während die Forderung des Befähigungsnachweises auch hierfür vollkommen wertlos sein würde. Schließlich verteidigte Genosse Zubeil mit guten Gründen den Hausierhandel, den der Zentrumsabgeordnete Erzberger so scharf angegriffen hatte. Besonders scharf ging Genosse Zubeil gegen den freisinnigen Abgeordneten Dr. Mugdan vor, der sich durch seine scharfmäckerische Rede gegen die sozialdemokratischen Massenverbände am Freitag hervorgetan hatte. Moralisch gerichtet ist Dr. Mugdan durch die Feststellung, daß die von ihm vorgebrachten Fälle gräßlich entsetzlich sind, während er die Wahrheit kannte oder leicht erfahren konnte, und daß Herr Dr. Mugdan mit den von ihm jetzt so böswertig verleumdeten sozialdemokratischen Massenverbänden früher, als er noch ihr Vertrauensarzt war und ihr Geld nahm, gern so manche liebe Nacht durchgezogen hätte. Sachlich hatte Herr Dr. Mugdan ja gegen die Tätigkeiten der sozialdemokratischen Massenverbände nichts vorgebracht; aber zum Ueberflus konnte Genosse Zubeil sich auf die Anerkennung ihrer Leistungen durch die Aufsichtsbehörde und die Regierung berufen.

Bild durcheinander wurden dann wieder die Wünsche der einzelnen Parteien vorgebracht. Der Zentrumsabgeordnete Fischer verfrömmelte die vernünftige Forderung auf Ausdehnung der Sonntagsruhe. Der freisinnige Abgeordnete Müller-Meinungen behandelte die schwierige Frage, wie man den Automobilen das Stinken und Staubaufwirbeln und dem kapitalistischen Geschäftsbetriebe die Versteckung der schlecht bezahlten Angestellten abgewöhnen könnte. Und der Antisemit Bruhn forderte, was bei der gänglichen Bedeutungslosigkeit dieses Abgeordneten fast noch gleichgültiger ist, ein neues Zuchthausgesetz: Verbot des Streikpostenstehens, Verhinderung der Arbeiter am wirtschaftlichen Kampfe, blaue Wahlen gegen ihre politischen Forderungen und dergleichen mehr. Innerlich ist der konservative Abgeordnete Pauli gewiß ein Herz und eine Seele mit ihm. Im Reichstag tritt er vorsichtiger auf, beklagt nur rein theoretisch den Terrorismus und verlangt nur rein theoretisch den Befähigungsnachweis.

Graf Posadowsky sagte wieder über alles mögliche, über die Kaufmannsgerichte, über die Stellung der Handelsagenten und der Privatbeamten, die Zustände in den Erziehungsanstalten und so weiter. Ermittelungen und Ermüdungen zu. Erfreulich ist sein Bestreben auf Ausdehnung der Sonntagsruhe und reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens. Minder erfreulich ist seine Abneigung gegen den „Terrorismus“ der Arbeiter durch Streikpostenstehen und ausflürende Zeitungsnutzen.

Morgen hält der Reichstag auf Antrag Dr. Müller-Sagan wieder Schwerinstag ab. Gern retteten sich die Abgeordneten aus dem Birtwart der diesjährigen sozialpolitischen Debatte zu der Behandlung des freisinnigen Initiativantrages auf gerechtere Einteilung der Wahlkreise.

Zentrum und Unterstützung der Bergarbeiter.

In der rheinischen Industriestadt Stolberg hat man von seiten der Zentrumsparlei eine Unterstützung der notleidenden Bergleute aus Gemeindegeldern gefordert, und dieser Tage war der Antrag auf der Tagesordnung der Stadtverordneten-Versammlung. Infolge der Erkrankung mehrerer liberaler Stadtväter bestand die Möglichkeit, daß die sonst in der Minderheit sich befindenden Ultramontanen in dieser Sitzung die Mehrheit hatten und den Antrag annahmen. Darum trieben die Liberalen Obstruktion und machten durch Fernbleiben die Versammlung beschlußunfähig. Darüber natürlich große sittliche Entrüstung bei dem arbeiterfreundlichen Zentrum. Auch in Köln hat sich die Gemeindevertretung mit einem Antrag auf Unterstützung der Bergleute zu befassen; voraussichtlich aber wird die nationalliberale Mehrheit den Antrag ablehnen. Endlich hat letzten Freitag die Stadtverordneten-Versammlung in Mülheim a. Rhein zu einem solchen Antrag Stellung genommen. Das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften hatte die Bewilligung von 4000 M. beantragt. Die Finanzkommission war gegen den Antrag. Im Plenum war am Freitag das Zentrum zufällig in der Mehrheit, und so genehmigte man auf dessen Antrag ganze 500 M., nicht weil man wollte, sondern weil man mußte; denn in Mülheim a. Rh., einem unserer besten Partei-Orte im dortigen Bezirk, ist das Zentrum stark bedroht.

Bereits in Nr. 44 des „Vorwärts“ haben wir uns mit der Unterstützung der Bergarbeiter durch die Zentrumsparlei befaßt. Wir haben dort eine Reihe Städte aufgezählt, in denen die Gemeindevertretung auf sozialdemokratischen Antrag zum Teil erhebliche

Summen für die Ruhr-Bergleute genehmigt hat. Wir haben weiter festgestellt, daß in keiner einzigen derjenigen Städte, wo das Zentrum die Mehrheit im Rathause hat, ein Pfennig bewilligt worden sei. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Es kennzeichnet und blamiert das „arbeiterfreundliche“ Zentrum bis auf die Knochen, daß seine Leute nur dort um Unterstützung der Bergleute an die Gemeindevertretung herangegangen sind, wo die Liberalen die Mehrheit haben. In keiner einzigen Stadt oder Gemeinde, wo eine ultramontane Mehrheit besteht, ist auch nur ein solcher Antrag gestellt worden. Wie von kundiger Seite berichtet wird, hat das Zentrum in sämtlichen Gemeinden des Regierungsbezirks Aachen mit Ausnahme der oben erwähnten Gemeinden Stolzberg und Holscheid die Mehrheit. (Es wäre belanglos, wenn es einige mehr sein sollten.) Und ausgerechnet nur in diesen beiden Gemeinden beantragt man, dazu noch lange nach Beendigung des Streiks, Unterstützung der Bergleute. Weshalb? Für den, der beispielsweise das Aachener Zentrum kennt, kann es nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß dort trotz der Zweidrittelmehrheit des Zentrums die Unterstützung abgelehnt worden wäre. Um den Schwindscharakter der zentralistischen Arbeiterpolitik zu erweisen, braucht man nur die Praxis mit den schönen Theorien zu vergleichen.

Noch eins: Bekanntlich hat in Köln das Zentrum ebenfalls die Mehrheit im Rathaus. Auch in Köln hat man für die Bergleute, trotz des Beispiels zahlreicher anderer Städte, nicht einen roten Heller übrig gelassen. Und dem Kölner Stadtverordneten-Kollegium gehört auch der große Sozialpolitiker des Zentrums, Herr Reichstags-Abgeordneter Karl Trimborn an!!!

Deutschland und die russische Revolution.

In Rußland-Polen wird, offenbar von der russischen Regierung, ein Aufruf angeblicher Arbeitervereinigungen einer „national-demokratischen Partei“ verbreitet, der die Arbeiter beschwört, von einer Revolution im jetzigen Augenblick abzusehen. Es scheint sich um dieselbe Kundgebung zu handeln, die von der „Post“ in einer Lemberger Korrespondenz erwähnt wird. Nur gibt die „Post“ nicht die sonderbare Begründung wieder, mit der die Unzumutbarkeit eines gewalttätigen Aufstandes zu beweisen versucht wird, und die wir, dem genauen Wortlaut nach, in französischen Blättern finden. Danach soll der Aufruf nämlich die Unrätlichkeit der Revolution wie folgt begründen:

„Deutschland würde niemals dulden, daß eine solche Bewegung von Erfolg gekrönt würde. Das einzige Resultat würde eine Niedermetzelung russischer Arbeiter sein.“

Als in Moskau Plakate angeschlagen wurden, die England beschuldigten, daß englisches Geld den Streik inszeniert habe, erob die englische Regierung in Rußland formellen Protest. Von Preußen-Deutschland ist natürlich nicht zu erwarten, daß es gegen diese schweren Verdächtigungen russisch-offizieller, von der Zensur approbierter Kundgebungen Vorstellungen macht. Im übrigen möchten wir glauben, daß auch das offizielle Preußen — angesichts des nahenden Jahrhunderttages von Jena — die Lehre wenigstens lapidiert hat, daß die Koalitionskriege gegen die große Revolution zu dem Zusammenbruch der preussischen Herrlichkeit geführt haben.

Deutsches Reich.

Die Militärvorlage.

In der Budgetkommission des Reichstages begann am Dienstag die Spezialberatung des Gesetzentwurfes über die Präsenzstärke des Heeres. Der Kriegsminister gab eine vertrauliche Erklärung zu der Frage einer Verschönerung der Heeresvermehrung um ein Jahr ab, aus der erhellt, daß die „maßgebenden Stellen“ einer Ausschließung nicht zustimmen zu dürfen glauben. Die Beratung begann nach längerer Geschäftsordnungsdebatte mit dem § 2 (Infanterievermehrung), zu dem der Korreferent Roeren bemerkte, daß er alles bewilligen wolle, was dazu nötig ist, die Divisionen zu komplettieren und zu selbständigen Gefechtskörpern zu machen. Bei der Infanterie seien planmäßig 576 Bataillone notwendig, 625 seien schon vorhanden, 633 würden gefordert; über die Zusammenhänge dieser Zahlen verlangte er Auskunft. Der Kriegsminister legte dar, daß die Mindestzahlen für den Krieg nicht immer ausreichen, auch müßten für die vielen Reserveemannschaften Kadets im Falle der Mobilisierung vorhanden sein. Abg. Gröber erklärte, was immer bewilligt werde, das müsse auf Matrularbeiträge gehen, auf Bump werde gar nichts bewilligt. Die Einzelstaaten sollten sehen, wie sie mit ihren direkten Steuern zurecht kämen. Der sächsische Minister v. Reichs treibe eine Politik mit doppeltem Boden, wenn er auf der einen Seite die Propaganda des Flottenvereins für ein drittes Doppelgeschwader unterstühe, und auf der anderen sich über die Bewilligungslust des — Reichstages beklage. Zur Begründung der Vorlage reichten die allgemeinen Erwägungen des Kriegsministers nicht aus, sondern es müßten zahlenmäßige Nachweisungen für die Notwendigkeit der einzelnen Forderung gegeben werden. Abg. v. Kardorff bemerkte, daß seine Freunde ebenfalls nichts auf Zuschußanleihe bewilligen würden; dabei handelte es sich nicht nur um die Heeresvermehrung, sondern auch um Artillerieforderungen. Bei der Vorlage müsse man auch wissen, wie es mit dem Management (Gehlen) der Offiziere und Unteroffiziere jetzt stehe. Abg. v. Richthofen plädierte für Annahme des unlängst gescheiterten Antrages Kanitz über die Zollfreide: dadurch würden Mittel aufkommen, die zur Deckung der Kosten der Vorlage vielleicht ausreichen. Der Kriegsminister stellte fest, daß das Management an Offizieren jetzt kleiner als je sei. Die von Gröber geforderten Nachweise ließen sich aus vielen Gründen nicht bis ins einzelne liefern. Abg. Passaich sprach sich „bertrauensvoll“ für die Bewilligung der ihm fast noch zu gering erscheinenden Vorlage aus. Aus Rücksicht auf die Lage der Finanzen solle man die Kosten nicht auf Anleihe übernehmen. — In der immer weiter ausgedehnten Diskussion sprachen die Abg. v. Liebermann und v. Rippenhausen sich für die Vorlage aus und erklärten sich durch die vertraulichen Mitteilungen des Kriegsministers für völlig befriedigt. Abg. Dr. Südekum wandte sich gegen die Art, sekretäre Mitteilungen ohne weiteres als schlüssig beweiskräftig hinzustellen und gegen die Versuche, die Defensivität der Kommission systematisch zu beschränken. Abg. Gröber wies wiederholt darauf hin, daß kein Nachweis der Notwendigkeit der Infanterievermehrung geliefert sei. Abg. Dr. Müller-Sagan erklärte, daß die Opposition jetzt viel mehr als früher mit sachverständigem Material verlorget werde. Man dürfe die Kommission nicht zur „Schredensammer“ machen, in der „Geheimnisse“ ausgekratzt würden. General Sirj von Armin erklärte, daß Frankreich im Kriegsfalle soviel Infanteriebataillone mehr aufstellen könne als Deutschland, daß daraus 3 bis 4 Armeekorps formiert werden könnten. Abg. Dr. Spahn schlug vor, 116 Bataillone auf niedrigem Etat zu bewilligen und der Heeresverwaltung dann die Freiheit zu lassen, aus dem sich dann ergebenden Ueberfluß neue Bataillone zu formieren. Mit Rücksicht auf diese Darlegungen beantragte Abg. Roeren Ausschließung der Abstimmung: Spahns Anregung gehe darauf hinaus, daß kein Mann mehr bewilligt zu werden brauche.

Die Abstimmung wurde ausgesetzt. Was die Kavallerieforderung anlangt, so beantragte der Referent Bewilligung, der Korreferent beantragte 18 Eskadrons zu bewilligen. Der Kriegsminister erklärte, daß die andere

Verteilung der vorhandenen Kavallerie nicht um die Notwendigkeit einer Mehrbewilligung herumsühre. Man fordere jetzt (mit 28 Eskadrons) noch lange nicht das unbedingt Notwendige: über das Gebotene aber gehe man aus verschiedenen Gründen zurzeit nicht hinaus. Abg. Graf Orlova sah nur in der prekären Finanzlage einen ernsthaften Grund für die Verteilung, nicht 30 Eskadrons mehr zu fordern. Auf einen Abstrich nach dem Antrage des Korreferenten werde er sich nicht einlassen. Abg. Erzberger plädierte für einen Abstrich von 10 Eskadrons, dessen Zulässigkeit der Kriegsminister in längeren Ausführungen bestritt. Bei der Abstimmung wurde die Forderung der Regierung abgelehnt, ebenso der Vorschlag des Zentrums, sodas überhaupt nichts bewilligt wurde.

Bei der Artillerieforderung schwand der Widerstand der Kommission dahin: nach kurzer Debatte wurde alles bewilligt. Die am Samstagabendtag „abgeschaffte“ Kavallerie wird gewiß in der am Mittwoch fortzusetzenden Debatte eine frohliche Urständ feiern.

Unternehmerflucht ins Ausland.

Ein Industrieller, der das Profiteinstreichen fürchtbar satt zu haben scheint, findet in der „Post“ eine geeignete Stätte, um seine Schmerzen gegen die in Deutschland bestehende Arbeiterherrschaft abzulagern. Die größte Gefahr ist ihm, daß durch die unerhörte deutsche Sozialpolitik der „Industrie“ die Existenzmöglichkeit unterbunden werde. Wenn es so weitergehe, wie bisher, dann müsse die Industrie einfach auswandern, die paar Intelligenzen mitnehmen und zurückbleibe ein „arbeitsloses Riesenproletariat als schlimmer Ballast in politischer, krimineller, moralischer und finanzieller Hinsicht“.

Der Arbeiter wolle nur immer seine 4 Mark pro Tag verdienen; was später werde, sei ihm ganz egal. Und die verrückten Sozialpolitiker, die diese Begehrtheit großgezogen haben, sie denken auch nicht daran, daß der viel wichtiger und nützlicher ist, der mit großen Opfern das Riesenproletariat ernährt: der Kapitalist! Deshalb müsse endlich Schluß gemacht werden mit der Robenarttheit der Sozialpolitik. Röge der Pöbel nur rebellisch werden; in einem wohlgeordneten Staatwesen kann er schon noch im Zaume gehalten werden, selbst wenn er zum politischen Meuchelmorde greifen sollte.

Wenns aber so weitergehe, wie bis jetzt, insbesondere mit der Einrichtung der sozialdemokratischen Zentralarbeitsnachweise, die dem Unternehmer vorschreiben, jeden Geher zu beschäftigen, dann werde sich schließlich jeder deutsche Fabrikant bedanken, ferner noch Fabrikant im Reiche zu bleiben. Er wird auswandern nach Ländern, wo er auf dem Weltmarkt konkurrenzieren kann.

Und granzet!
Im Ernste ist das blödsinnige Geschwätz doch nur ein Beweis für die „nationale“ Gesinnung und die geradezu beschämende Unwissenheit des Schreibers in nationalökonomischen Dingen. Was sich da als Intelligenz aufspielt, das hat nicht das ABC der Nationalökonomie begriffen. Die deutsche Volkswirtschaft könnte sich nur gratulieren, wenn diese Sorte Intelligenz so schnell als möglich auswanderte, und nur unsere internationale Gesinnung hindert uns, irgend einem anderen Lande solchen „Wertzuwachs“ zu wünschen! Der Konkurrenz, die sie von dem Lande ihrer Aufsucht aus unternehmen würde, könnte jedes andere Land mit unsso größerer Gelassenheit entgegensehen, je bessere sozialpolitische Einrichtungen es hat und je höher die Lebenshaltung seiner Arbeiter ist.

Im übrigen findet sich in der Litanei auch eine richtige Beobachtung, wenn auch in unsinniger Begründung. Allerdings ist die Preisgabe dieser Wahrheit höchst unvorsichtig. Während nämlich die Industriepresse sonst Wunderdinge von der durch die Sozialpolitik gesteigerten Lebenshaltung der Proletarier erzählt, gesteht dieser „Post“-Industrielle — und der „Post“-Esel in der Redaktion hat diesen Anfall von Wahrheitsliebe nicht beseitigt! — zu, daß die Vorteile der Sozialpolitik wieder durch die verneinten Lebensbedürfnisse aufgehoben werden:

„Alles soll in Deutschland durch die Sozialdemokratie und gewerkschaftlichen, d. h. sozialdemokratischen Organisationen künstlich in die Höhe getrieben und verteuert werden. Aber schließlich muß doch auch der Arbeiter selbst wieder alles teurer bezahlen: seine Brötchen, sein Fleisch, seine Kohlen, Wohnung, Kleidung usw.“

Die Tatsache ist richtig und wir verzeihen dieses Geständnis von der Ausichtslosigkeit, daß der Arbeiter in der kapitalistischen Ordnung niemals eine gründliche Verringerung seiner Lage erzielen kann — auch nicht durch die Sozialpolitik. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß es nicht die beschwindernde Erhöhung der Produktionskosten durch die sozialpolitischen „Lösen“ und die Erzeugung besserer Löhne durch die organisierten Arbeiter ist, welche schuld an dieser Verteuern der Lebenshaltung ist. Fleisch und Brot verteuern nicht Sozialgesetze und Gewerkschaftserfolge, sondern die agrarische Volkswirtschaft, wie die Kohlen durch das kapitalistische Sandikat, die Wohnung durch den Bodenwucher in die Höhe getrieben werden.

Gedanken über die russischen Zustände. Während das Zentrorgan des Zentrums über die russische Revolution und die Sympathien, mit denen sie die Sozialdemokratie verfolgt, im Stile eines russischen Rentiers schreibt — es gibt neben der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und der „Staatsbürger-Zeitung“ kein schamloseres Russenorgan als die „Germania“ — äußert das rheinische Zentrumsorgan, die „Kölnische Volkszeitung“ im Sinne der Schweizer „Germania“ geradezu „blutdürstige“, menschenmörderische Ansichten. In einem „Gedanken über die russischen Zustände“ überfahrenden Artikel schreibt die „Köln. Volksztg.“ u. a.:

„Wohin die verkehrte innere russische Politik führen wird, kann niemand wissen; augenblicklich scheint es beinahe so, als ob man wirklich endlich Einsicht hätte und der rückwärtigen, widernatürlichen Entwicklung Einhalt tun wollte. Aber einseitigen Herrschaft noch die rote Gewalt der Waffen, und zweifellos wird sie zunächst herrschend bleiben; bei der russischen Verfassung, deren Mittelpunkt absolute Rechtslosigkeit des Bürgers ist, wird es kaum je zu einer von Erfolg begleiteten bewaffneten Revolution kommen; sie kann nicht vorbereitet werden. Aber eine Macht ist größer als die der Waffen: das ist die Macht des Geistes. Trotz aller für uns mit unseren Rechtsstaatsbegriffen kaum vorstellbaren Besorgungen ihrer Verfechter wird sie siegen. Welcher Mut, welche Berachtung des Lebens und der Freiheit wohnt in all den Männern, die seit Jahrzehnten durch politische Morde oder durch schriftliche und mündliche Verbreitung ihrer gefehlt strafbaren Meinungen Rußland von der Sklaverei der Beamtenherrschaft zu befreien suchen! Ein gleiches Bild hat Europa noch nicht gesehen. Die geistige Vorbereitung der französischen Revolution war nicht mit solchen Gefahren verbunden.“

Welcher geistige und materielle Zwiespalt herrscht doch innerhalb des Zentrums! Zwischen der „Germania“ und der „Kölnischen Volkszeitung“ scheint es kaum ein Gemeinames zu geben. Das Zentrum schillert in allen Farben, nur daß bei ihm — vernünftig weiß es von der Naturwissenschaft nichts wissen will — die Vereinigung der Farben nicht Weiß, sondern Schwarz ergibt!

Das Zentrum wird bald Gelegenheit haben, durch die Tat zu beweisen, ob es Russenpolitik nach der „Germania“ oder der „Kölnischen Volkszeitung“ treiben will!

Dem „sterbenden Freisinn“ hält die „Kölnische Volkszeitung“ eine graulose lustige Grabrede, die den Vorzug hat, daß sie über den Haupttoten zwar nichts Gutes, dafür aber die Wahrheit berichtet:

Die Löwen hatten sich in artige Lämmlein verwandelt; ganz jagdemäßig verließen die Erörterungen, und die Leidenschaft behielt man unter Verschluss wie gut verkorkten Sekt. Auch nicht ein einziger der reifen Reden, die löwenmäßig gegen den Postkarist gefochten hatten, dachte an Obstruktion. Das größte Wunder aber ereignete sich bei der Abstimmung. Beide freisinnigen Parteien halbierten sich, indem sie teils für, teils gegen stimmten. Einzelne aber drückten sich sogar, gingen vor die Tür und jammernten ob der Uneinigkeit ihrer Genossen. Und das freisinnige „Publikum“, das jahrelang

welt Macht haranguiert wurde, das sich in Versammlungen gegen die „Jölnner“ heiser geföhrt und dem Handelsvertragsverein usw. manch blauen Schein zu Agitationszwecken hat zukommen lassen, lieft verdugt diese Mär. . . . Was werden die beiden freijämigen Parteien nun bei den nädhsten Wahlen in ihre Anrufe schreiben? . . . Wir schlagen ihnen etwa folgende Fassung vor: „Die Handelsverträge sind von uns tapfer bekämpft und unterhüt, wir haben sie mit lauter Stimme abgelehnt und angenommen, und so haben unsere Wähler gewiß auch fürderhin Ursache, uns voll und ganz ihr unentwegtes Vertrauen und Mißtrauen zu weihen.“ Es muß schon eine ganz besonders zuverlässige Wählerliste sein, die eine solche Enttäufchung durch ihre parlamentarische Vertretung geduldig hinnimmt, aber solche Wähler hat gerade der Freijismus nicht.

Und dazu hat Eugen Richter jahrelang auf den Knien um die Liebe des Zentrums gebührt! Ein bejammernswürdiges Ende eines Parteiführers!

Um den Humor der Sache zu steigern, hat die freijämige Führerin der Sozialist, die „Deutsche freie Presse“, dieser Tage noch ausdrücklich erklärt, daß alle Sozialist-Artikel des Blattes von Eugen Richter persönlich verfaßt sind!

Gegen die Freijämigkeit der Trichine — von den Agrariern Freijämigkeit des Fleisches getauft — erklärten sich der Verein für wissenschaftliche Heilkunde und der Verein Königsberger Aerzte. Die beiden Vereine begründen, nach der „Königsb. Hartungischen Zeitung“, ihren Protest damit, daß die Freijämigkeit des frischen Fleisches eine Gefahr für die Würgerheit bedeute, weil das auswärts tierärztlich gesund erklärte Fleisch ohne weiteres eingeföhrt und in den Städten zum Verkauf gestellt werden könnte. Wie tierärztlich gesund erklärte Fleisch beschaffen sei, zeige eine Zusammenstellung, die der Königsberger Magistrat aus der Zeit vom 1. März 1903 bis 30. September 1904 gegeben hat. Bei den Nachprüfungen auf dem Schlachthof wurden von 55 ganzen Rindern 17, von 8 Viertelrindern 3 beschlagnahmt, gleich 31,14 Proz., von 111 Kälbern 10, gleich 9 Proz. Ganz untauglich waren 6 ganze Rinder, 3 Viertelrinder und 6 Kälber, bedingt tauglich ein ganzes Rind, mindertwertig 11 ganze Rinder und 6 Kälber.

27 prozentige Steuerbefreiungen. Die Gesellschaft von Besitz und Bildung drückt sich nach wie vor darum, Steuern zu zahlen. Wie in der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses festgestellt wurde, sind durch Beanstandungen der Steuerdeklarationen nicht weniger als 213 Millionen — 27 Proz. des gesamten veranlagten Einkommens mehr eingezahlt worden und die Steuer dadurch um 7 Millionen erhöht worden.

Das ist die nationale Betätigung der Besigenden! —

Ausland.

Die Flucht des Ministeriums Giolitti.

Rom, den 4. März. (Eig. Ber.)

Ohne ein Votum der Kammer abzuwarten, hat Giolitti das Feld geräumt, eine Situation juristisch, die sich schwieriger und komplizierter kaum denken läßt. Vor dem Angriff der organisierten Eisenbahner, den er ohne Not provoziert hat, hat sich Giolitti zurückgezogen, vielleicht mit geheimer Schadenfreude über den Rattenkönig an Schwierigkeiten, den er seinen Nachfolgern hinterläßt.

Der Schritt kommt so unerwartet, daß es schwer ist, ihn richtig abzuschätzen. Für den Staatsmann Giolitti bedeutet er wohl nicht mehr und nicht weniger als den Sprung über Bord, der bitter wenig Chancen läßt, je wieder das Schiff zu erreichen, von dem aus offiziell die Geschicke des Landes gelenkt werden. Einen kläglicheren Abschluß seiner Ministerlaufbahn konnte Giolitti nicht wählen. Für ihn, der doch wissen mußte, daß er nicht der Mann der eiserernen Faust ist, daß er seinen Prinzipien und seinem Temperament nach nicht zur brutalen Reaktion taugt, war es — vom Standpunkt seiner staatsmännischen Zukunft betrachtet — ein Wahnsinn, das Streikrecht anzutasten. Giolitti ist — und hier steckt eine eigene Nemesis darin — Opfer seines Skeptizismus geworden, seiner Geringschätzung aller idealen Motive. Er glaubte nicht, daß die Arbeiter, nach den schweren Opfern des Generalstreiks, noch einmal gewillt wären, den Kampf um ihre Klassenrechte aufzunehmen. Vielleicht erwartete er nur vereinzelte Versuche des Widerstandes, nicht die imponierende Einigkeit, die ihm die Eisenbahner entgegenstellten. Durch die Einbringung der Gesetze gegen den Streik war Giolitti verloren. Zog er die Gesetze zurück, so lieh ihn die Kammer, deren Mehrheit reaktionär ist, fallen; hielt er sie aufrecht, so mußte sich unfehlbar die jetzige Bewegung zum Generalstreik steigern und darüber hinaus, zu einer Volksbewegung von unabsehbarer Tragweite. Für Giolittis staatsmännischen Namen und politische Zukunft wäre es das Beste gewesen, die Gesetze zurückzuziehen und dem danach unausbleiblichen Mißtrauensvotum der Kammer zu weichen. So blieb er für eine Aufrechterhaltung vorgemerkt, mit dem Nimbus eines mit periodischen Reaktionszuständen behafteten Liberalismus. Schlechter, als er heute abschneidet, konnte er es nicht tun: er erscheint als der Mann, der schwierige Situationen heraufbeschwört, um dann seine Nachfolger in der Patsche zu lassen.

Für das Land selbst ist die Flucht des Ministeriums nur eine momentane, vielleicht sogar nur scheinbare Lösung. Es ist ein Waffenstillstand zwischen Regierung und Eisenbahnern, den die Regierung angeboten hat, während gerade das Agitationskomitee die Fortführung der Obstruktion zu beschließen im Begriff stand. Als Waffenstillstand sagte das Komitee die neue Lage auch an. Sofort wurden alle Unterkomitees aufgefordert, die Obstruktion einzustellen. Der Ausruf an die Eisenbahner Italiens schließt mit den Worten:

„Der moralische Sieg, der allein dem energischen Verhalten der Eisenbahner zu danken ist, möge uns Stärke und Kraft geben für die kommenden schwereren Kämpfe.“

Sobiel ist sicher: wir stehen in einer Periode, in der die Organisationen des Proletariats einen schwer wiegenden Einfluß auf die politischen Geschicke des Landes haben können. Wenn die Regierung weiß, daß hinter dem Streikrecht das gesamte organisierte Proletariat steht, bereit zum Generalstreik der Eisenbahner, zum Generalstreik der gesamten Arbeiterschaft, wenn sie weiß, daß in diesem Generalstreik potentiell, wenn nicht die Revolution, so doch der Massenaufstand steckt, so wird sie sich wohl hüten, das Streikrecht zu bedrohen. So erscheint es nicht unwahrscheinlich, daß die Streikgesetze einfach in einer Versenkung verschwinden und man bis auf weiteres sie nicht wieder hervorholt.

Freilich ist die neue Kammer reaktionärer als die alte, die Reaktion einiger und energischer als je vorher. Es ist eben die Kammer, die Giolitti in seiner Sozialistenjagd gewollt hat und die jetzt über ihn fortgeschritten wäre, wenn er es nicht vorgezogen hätte, sich einfach auf französisch zu empfehlen. Trotzdem ist nach unumtöhllichen parlamentarischen Regeln ein Ministerium der Rechten jetzt ausgeschlossen. Giolittis Abgang ohne Votum bringt eben diese bizarre Situation: das neue Ministerium muß die Farbe des alten haben, obwohl das Parlament, mit dem es leben und arbeiten muß, viel reaktionärer gefärbt ist.

Hier liegt eine Hauptschwierigkeit der Lösung der jetzigen Krise. Die Krone kann nicht ein Mitglied der Rechten zur Bildung des Kabinetts auffordern — eben weil ein Votum der Kammer in diesem Sinne fehlt — und sie wird Schwierigkeiten haben, ein Mitglied der Linken zu finden, das mit dieser Kammer regieren zu können sich getraut. Der wahrscheinlichste Ausweg ist so die Bildung eines Geschäftsministeriums, mit dem man sich durchschlägt, bis das heutige Parlament älter und also eventuell „auflösbar“ wird.

Frankreich.

Kosakisches aus Paris.

Paris, 4. März. (Eig. Ber.) Man kennt zur Genüge das allerwegen brutale Gebahren der Pariser Polizei. In frischer Erinnerung sind noch namentlich die gewalttätige Polizei-Attake gegen die Arbeitsbörse im Juli 1901 (unter dem Kabinett Waldeck-Rousseau-Millerand) und die in der Arbeitsbörse angerichtete Arbeitermelei im Oktober 1903 (unter dem Kabinett Combes). „Die Minister vergehen, die Beamten bleiben“ — dieses Wort paßt ganz besonders auf den Pariser Polizeipräsidenten, Lépine, und dessen Polizeikollegen. Herr Lépine scheint wirklich unabschätzbar zu sein. Er ist sozusagen eine vierte Staatsgewalt, gleich erhaben über die gesetzgebende wie über die ausführende und die richterliche Gewalt. Im Verhalten des Pariser Polizeipachas läßt sich nicht einmal eine Nuancierung der Brutalität unterscheiden entsprechend der Verschiedenheit der jeweiligen Ministerien. Wenn er aber unter Combes unbehelligt und ungehindert gegen die Arbeiterschaft wüten durfte, so erst recht natürlich unter Rouvier-Etienne.

In den letzten Wochen, d. h. in den Flitterwochen des neuen Ministeriums, hat er seine Polizeibeistien wiederholt in einer Weise wüten lassen, wie es in einem Rechtsstaat, geschweige denn in einer Republik, schlechterdings undenkbar sein sollte. So namentlich bei Gelegenheit der russischen Polizeibomben, als ein paar schuldlos verhaftete junge Leute von der Polizei mir nichts, dir nichts halb tot geschlagen wurden. Diese Untat wurde von der Liga der Menschenrechte aktenmäßig festgestellt, und ihr Vorsitzender, der sozialistische Abgeordnete Pressensé, hat in einer ausführlichen Beschwerde an den Minister des Innern die Verstrafung der Schuldigen verlangt. Minister Etienne mußte, angesichts des erwiesenen skandalösen Sachverhalts, zwei Polizeibeistien bestrafen lassen. Die Strafe war freilich gelinde genug: ein Monat bezw. zwei Wochen Aussetzung aus dem Dienst.

Dieser Tage aber hat Lépinés Polizei eine massenhafte Gelegenheit bekommen, um ihre Fäuste und Füße gegen streifende Arbeiter zu üben. Sie begnügt sich nicht mit der provokatorischen Belästigung der friedlichen Streikposten der Wagner, der Gießer und Schuhmacher, sowie mit dem üblichen provokatorischen Massenaufgebot von Ordnungshütern zu Fuß und zu Pferde. Sie mißhandelt kosakisch jeden Streikenden, der sich gegenüber ihren Belästigungen durch Worte, durch die Verungung auf sein gutes Recht zur Wehr setzt.

Nur die allerwenigsten Fälle dieser Art gelangen in die Oeffentlichkeit. Der trasseste Fall ereignete sich vor der Wagnerwerkstätte Niviere. Im Gefolge eines Wortwechsels zwischen einem Polizisten und einem Streikenden stürzte sich auf diesen eine Gruppe Polizisten: der Arbeiter Chassoing wurde zu Boden geworfen, mit Fäusten und Stiefelabsätzen so blutig geschlagen, daß man ihn ins nächste Spital transportieren mußte. Einer der zuschauenden Kameraden, der Arbeiter Chandelier, protestierte besonders heftig gegen die Verftien. Die Polizisten stürzten sich nun auf ihn. Da griff er in berechtigter Notwehr zum Revolver und verwundete den Polizisten Couhet.

Unmög zu sagen, daß auch Chandelier auf der Stelle bestialisch mißhandelt wurde und daß sein halb tot geschlagener Kamerad Chassoing obendrein — verhaftet wurde und gerichtlich wegen Verleidigungen und Tötlichkeiten gegen die Polizei verurteilt wird! Der verwundete Polizist aber hat die übliche goldene Medaille bekommen und wurde obendrein im Spital mit dem Besuche seiner Erzellenz des Ministers des Innern beehrt.

Die Polizei verbreitet die Lügennachricht, daß Chandelier Anarchist sei. Wahr ist hingegen, daß er in seiner Werkstatt wie im Militärdienst sich als ein durchaus sanfter Charakter bewährt hat. Uebrigens bereiten die Einwohner des betreffenden Stadtviertels als Augenzeugen der Polizeibrutalitäten eine Petition gegen die Polizei vor.

Die streifenden Wagner haben auf einer Massenversammlung (10 000 Teilnehmer) beschlossen, falls die Untätigkeit der Regierung gegenüber den Ausschreitungen der Polizei erhalten sollte, selbst das Recht der Notwehr zu üben. —

Trennung von Staat und Kirche.

Die mit den Vorberatungen für die hochwichtige Frage der Trennung von Staat und Kirche betraute Kommission hat unter dem Vorsitz Vuiffons und nach Verhandlungen mit dem Kultusminister Viennet-Martin einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der in 37 Paragraphen die ganze Materie regelt. Wir geben im folgenden den Wortlaut einiger der wichtigsten Bestimmungen wieder:

§ 2. Die Republik anerkennt weder, noch besoldet oder subventioniert sie irgend eine Religionsgesellschaft. Demzufolge haben ab 1. Januar, der auf das Inkrafttreten dieses Gesetzes folgt, aus dem Budget des Staates, der Departements und Kommunen alle Ausgaben für Kultuzwecke zu verschwinden.

§ 17. . . . Die Religionsgesellschaften dürfen vom Staate, von den Departements oder Kommunen keinerlei Unterstühtungen — unter welcher Form es auch sei — erhalten. Als „Unterstühtungen“ gelten nicht etwaige Ausgaben, die der Staat, die Departements oder Kommunen für erforderlich halten, um unerläßliche Reparaturen an den Gebäuden vorzunehmen zu lassen, die sie den Religionsgesellschaften vermietet haben.

§ 24. Es ist verboten, politische Versammlungen in den Lokalitäten abzuhalten, die gewöhnlich zur Ausübung des Gottesdienstes benutzt werden.

§ 25. Die Zeremonien, Prozessionen und sonstigen äußerlichen Ausgehungen einer Religionsgemeinde dürfen nicht auf öffentlichen Wegen stattfinden. (Für Leichenbegängnisse gelten die bezüglichen Sonderbestimmungen.) Ueber das Glockenläuten haben die Gemeindebehörden Anordnungen zu erlassen.

§ 26. Es ist in Zukunft verboten, irgend ein religiöses Zeichen oder Emblem an öffentlichen Gebäuden oder an irgend einer öffentlichen Stelle aufzurichten oder anzubringen. Ausgenommen sind nur die Kultuzwecken dienenden Gebäude, sowie Begräbnisplätze, Museen und Ausstellungen.

§ 27. Mit Geldstrafe von 16—200 Frank und Freiheitsstrafe von 6 Tagen bis zu 2 Monaten (oder mit einer von

beiden Arten) wird bestraft, wer eine Person entweder durch Handlungen (Gewalt, Drohung) oder durch Erregung der Furcht, ihre Beschäftigung zu verlieren oder ihr bezw. ihrer Familie Nachteil oder ihrem Vermögen Schaden zuzufügen, dazu veranlaßt: einen Kultus auszuüben oder sich der Ausübung eines Kultus zu enthalten, zu den Kosten eines Kultus beizutragen oder sich der Beitragsleistung zu enthalten.

Wird das Gesetz — wenn auch mit kleinen Abänderungen — angenommen, so ist in Frankreich wenigstens bald die Zeit gekommen, wo es mit dem offiziellen Charakter der katholischen Kirche ein Ende hat. Wer etwa glauben wollte, daß sie darum auch ihre gefährdete Nachstellung einbüßen müßte, der irrt sich allerdings. So weit sind wir denn doch noch nicht — auch nicht in Frankreich. —

Belgien.

Die Profite der belgischen Kohlenbarone.

die den armen Grubenflaven kaum des Lebens Notdurft gönnen, sind recht ansehnlich, wie eine neuere Statistik beweist. So haben von den 32 Gruben im Becken Charleroi 27 in 15 Jahren an Dividenden über 137½ Millionen Franks erzielt — das bedeutet: In 15 Jahren ist an die Aktionäre mehr als das Doppelte des eingezahlten Betrages in Form von Dividenden abgeführt worden!

Einige der Kohlengruben sind richtiger als Goldgruben zu bezeichnen, d. h. natürlich nur für die Aktionäre! J. V. Courcelles-Nord, wo in 15 Jahren das Dreifache des Kapitals an die Aktionäre in Form von Dividenden ausbezahlt wurde usw. usw. bis zur Grube Sacré-Madame, wo den Aktionären mehr als der effache Betrag anheimfiel! Und diesen Tatsachen gegenüber haben die Liberalen und die katholischen Zeitungen noch die Dreistigkeit, die Arbeiter zu beschimpfen, die diese unerhörten Zustände nicht länger geduldig mit ansehen wollen! —

In der Schlacht bei Mulden

ist auch heute noch keine Entscheidung eingetreten. Nach den russischen Telegrammen ist es den Russen gelungen, im wesentlichen ihre Positionen gegen die Angriffe der Japaner zu halten. Die russischen Telegramme behaupten sogar, daß es den Russen gelungen sei, einiges verlorenes Terrain im Westen und im Zentrum wiederzugewinnen. Trotzdem einige englische Telegramme melden, daß Mulden bereits in Stammen stehe, daß Ruropatkin den Rückzug organisiert und seine schwere Artillerie bereits nach Tieling geschafft habe, ist offenbar die Entscheidung auf dem Kriegsschauplatz noch immer nicht gefallen. Offizielle japanische Telegramme liegen nicht vor. Die Rueter-Meldungen besagen, daß die Japaner ununterbrochen gewaltige Anstrengungen machen, um die Russen im Zentrum und auf den Flügeln endgültig über Mulden zurückzuwerfen. Nach einigen Meldungen der französischen Presse aus Petersburg sind die russischen Verluste so hoch, wie wir sie gestern bereits schätzungsweise beziffert haben. „Echo de Paris“ gibt an, daß der russische linke Flügel 7000 Mann, der russische rechte Flügel 22 000 Mann und General Lienerowitsch im Zentrum ebenfalls 7000 verloren habe, was insgesamt 36 000 Mann ergibt.

London, 7. März. Dem „Rueterischen Bureau“ wird aus Ruisschwang von gestern gemeldet: Hier eingetroffene Händler berichten, daß die Japaner in Stärke von 30 000 Mann gestern nacht bis zu einer fünf Meilen westlich von den Toren von Mulden gelegenen besetzten Stellung vorgezogen sind. Bei Tagesanbruch dauerte das Handgemenge fort, doch hatte noch keine der beiden Seiten einen Vorteil errungen. Die Russen haben die Regierungsgebäude in Mulden in Brand gesteckt und besetzten sich zum Rückzuge vor. Die flüchtende Bevölkerung strömte nach Tieling und Simningting. Eine russische Abteilung geht auf des Ostufer des Niussusses nach Süden vor, um die Japaner im Rücken anzugreifen.

Die Japaner haben heute das Telegraphenamt von Simningting besetzt und dort eine militärische Zensur eingerichtet trotz des Widerspruchs der chinesischen Beamten. In Süden gehen die Japaner siebzehn Li von Mulden stetig gegen die brennenden Dörfer vor. Chinesische Flüchtlinge treffen hier zu Tausenden ein.

Japanische Offiziere erklären, Ruropatkin sei unschlüssig, ob er in Mulden Widerstand leisten solle. Er habe die schwere Artillerie nach Tieling geschickt, das von Chunshufen eingeschlossen sei. Dort herrsche Schrecken. Die Europäer rüsten sich, die Stadt zu verlassen.

Aus dem heftigen Feuer am Piao schließt man, daß die Russen versuchen, die Japaner zu umgehen.

Mulden, 7. März. Das Hauptgefecht des gestrigen Tages wurde südlich von Mulden in der Umgegend von Tschitschiao, etwa 13 Kilometer von Mulden, an der Simningtingbahn und in der Nähe von Janshün geführt. Gegen Abend hielten sich beide Seiten in ihren Stellungen, nachdem sie vorzugsweise durch Artilleriefeuer beiderseits Verluste erlitten hatten. Im Zentrum war es verhältnismäßig ruhig. Auf dem linken Flügel setzten die Japaner ihre Angriffe im Bezirk Kambolisan und gegen die Abteilung des Generals von Nennenlamp fort. Heute wurde bei Tagesanbruch der Kampf bei Mulden erneuert. Das Artilleriefeuer nimmt große Stärke an.

Paris, 7. März. Der Petersburger Korrespondent des „Echo de Paris“ berichtet seinem Blatte, er habe gestern einen Minister und einen Offizier des Generalstabes gesprochen, welche erklärten, daß die Lage Ruropatkins sich zu bessern scheine. Ruropatkin halte trotz der heftigen Angriffe der Japaner seine Stellungen. Es frage sich jetzt nur, wer von beiden, Oyama oder Ruropatkin, über die größten Reserven verfüge. Ein durchschlagender Erfolg sei indessen weder auf der einen noch auf der anderen Seite wahrscheinlich, da beide Gegner erschöpft seien. Auf der russischen linken Flanke seien 7000, auf der rechten 22 000 Mann getötet aber verwundet worden. Das zehnte und achte Korps seien beinahe völlig aufgerieben. Die Verluste im Zentrum seien noch nicht bekannt. Ein nachts eingetroffenes Telegramm berichte, daß die Kalone Gerkow in Simningting eingetroffen ist, die versuche, die Japaner, welche die russische Flanke zu umgehen beabsichtigten, zu umfassen. Man glaubt, daß der Kampf sich seinem Ende nähere. Beide Gegner werden sich wahrscheinlich noch weitere drei Monate gegenübersehen, ohne endgültige Operationen zu unternehmen.

London, 7. März. „Times“ meldet aus Petersburg, trotz der ersten Lage in Mulden seien die Generalsstabsoffiziere überzeugt, daß es Ruropatkin gelingen werde, seine Niederlage wieder gut zu machen. Wie verschiedene Telegramme berichten, hätten die Japaner bereits ihre gesamten Reserven ins Treffen geführt. Nach Informationen des genannten Blattes werde Ruropatkin seine gesamte Armee morgen nach Süden und Südwesten von Mulden werfen und den Versuch machen, die Armee Oyamas zu überrumpeln. Weiter berichtet das genannte Blatt aus Petersburg, daß in einem gestern abgehaltenen Kriegsrat unter dem Vorsitz Dragomirovs in Anwesenheit Gripenbergs beschlossen worden sei, weitere 400 000 Mann nach Ostasien zu entsenden.

Paris, 7. März. „New York Herald“ berichtet aus Petersburg, in militärischen Kreisen herrsche gestern Abend neuerdings Optimismus. Man hofft, daß europäisches Umgebungs- bewegung von Erfolg gekrönt sein wird. Tausende von Verwundeten treffen in den Spitalen ein. Es heißt, daß die Verluste diesmal alle vorherigen übersteigen. General Liniewitsch soll allein 7000 Mann verloren haben.

London, 7. März. Nach einer Depesche aus Tokio wird dort berichtet, daß europäischer Krieg in gefährlicher Lage befinde. Die Japaner stünden schon 8 Kilometer südlich von Mukden. Die russischen Verluste betragen schon 40 000 Mann. Man erwartet in Tokio, daß europäischer Krieg nach Norden abgeschnitten und seine Armeen vollständig umzingelt werden wird. Nach anderen Berichten sei seine Rückzugslinie bereits abgeschnitten. Die Anhöhen 8 Kilometer westlich von Mukden werden jetzt von zahlreichen schweren Geschützen bombardiert und ihre Eroberung steht bevor. Der allgemeine japanische Angriff begann am 3. März. Diesmal besaßen sie eine energiereichere Taktik als früher und nützen ihre Erfolge schnell aus. Enorme Massen von Vorräten wurden erobert. Zielung ist stark besetzt und hat eine Garnison von 40 000 Mann. Die Besetzung von Mukden wird ungefähr am 10. bis 12. März erwartet.

London, 7. März. Der Korrespondent des Reuterschen Bureaus bei der Armee Das meldet vom Sonntag: Seit dem 28. vorigen Monats drängt der linke japanische Flügel nachdrücklich vorwärts und greift trotz großer Schwierigkeiten beständig an; heftige Schneestürme wüten. Die Bewegungen werden bei Nacht durch Sternraketen und Scheinwerfer erhellt. Die Japaner nahmen die russischen Schanzgräben, die durch Drahtgesticht geschützt waren, mit Maschinengewehren und dem Bajonett trotz hartnäckigen Widerstandes der Russen, die sich jetzt in Unordnung zurückziehen und ihre Waffen und Bekleidungsstücke fortwerfen, um die Flucht zu erleichtern. Die Japaner eroberten eine Anzahl sechsfüßiger Geschütze und Maschinengewehre; ihre Angriffe werden durch heftiges Geschützfeuer gedeckt. Alle Belagerungsgeschütze von Fort Arthur wurden verwendet, ihre Wirkung war furchtbar. Dörfer wurden zerstört und Erdbersandungen vernichtet; die Russen wurden entmutigt. Inzwischen beschränkt sich der Kampf in dem Zentrum auf Artilleriekampf. Der japanische äußerste linke Flügel steht jetzt nordwestlich dicht bei Mukden, und ein Entkommen der russischen Hauptmacht scheint unmöglich.

Aus der Frauenbewegung.

Aus einer ungenüßlichen Schneiderinnen-Werkstatt.

Vor dem Gewerbegericht in Halle klagten die Schneiderinnen Däcker und Söhner gegen die Schneiderin Gittermann. Die jungen Mädchen erhielten von ihrer Meisterin pro Stunde fünf Pfennige Lohn — zehnstündige Arbeitszeit — und — nichts zu essen. Dabei wurden noch einer Aufstellung für die dort beschäftigten jungen Mädchen folgende Strafen verhängt:

- Für jede Minute Ruspätkommen 1 Pfennig
- Für jedes Follenlassen einer Schere 5
- Für Nichtausziehen der Schuhe bei dem Betreten der Werkstätte 10

Der Gerichtsvorsitzende, Stadtrat Winter, der darüber sehr erstaunt war, daß die Schneiderinnen bei dem Wochenlohn von drei Mark nicht einmal Kost beläßen, stellte die berechnigte Frage, wie viel Geld die Schneiderinnen auf ihren Lohn immer noch drauf gelegt hätten, um die „notwendigen“ Strafen bezahlen zu können. Die Beklagte entgegnete: „Ordnung und Disziplin“ müsse sein, denn sonstginge es drunter und drüber in solcher Schneiderinnenwerkstätte. Das Gericht konnte sich durchaus nicht mit der Beklagten einverstanden erklären und der Vorsitzende bemerkte, die Beklagte möge es in ihrem fideles Gefängnis nur nicht zu weit treiben. Darauf zahlte die Beklagte den der Klägerinnen zukommenden Betrag von 17,40 M. und verließ, hoffentlich für immer kurtiert, den Gerichtssaal.

Aus Industrie und Handel.

Neue deutsche Reichsanleihe. An der Berliner Börse liefen in der letzten Woche Gerüchte um, daß schon in aller nächster Zeit, wie manche wissen wollten, schon in den nächsten acht Tagen, die Aufnahme einer neuen Reichs- und preussischen Anleihe bevorstehe. Wie der „Frankf. Ztg.“ zu diesem Gerücht aus Berlin ganz richtig geschrieben wird, muß es jedoch als ausgeschlossen gelten, daß das Reich, bevor das Budget genehmigt ist, mit einer Anleihe herbeizutritt. Die offenen Kredite, die der Finanzverwaltung des Reiches noch zur Verfügung stehen, könnten allerdings sogleich durch eine Anleihe gedeckt werden; aber man geht im Finanzministerium von dem Standpunkt aus, daß es sich nicht empfiehlt, jetzt nur deshalb, weil der Geldmarkt flüssig ist, diesen kleineren Betrag aufzunehmen und dann im Laufe dieses Jahres nochmals für eine größere Summe an den Markt zu appellieren, am wenigsten im Herbst. In den sogenannten maßgebenden Kreisen ist man sich wohl bewußt, daß freilich die derzeitige Lage des Geldmarktes einen passenden Zeitpunkt für die Aufnahme einer Anleihe abgibt; aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen dürfte doch vorgezogen werden, zu warten, bis die sämtlichen Kredite bewilligt sein werden. Aller Voraussicht nach dürfte das noch in diesem Monat geschehen, so daß man für den Monat April eine neue deutsche Reichsanleihe zu gewärtigen hat. Preußen wird sich dann anschließen.

Mit dieser Auffassung stimmt auch die Ansicht überein, welche die „Voss. Ztg.“ an „zuständiger Stelle“ erhalten hat. Ihr wurde erklärt, daß von Verhandlungen über die Ausgabe einer neuen Reichsanleihe noch keine Rede sein könne; die zuständigen Stellen der Finanzverwaltung seien noch nicht einmal über den zu wählenden Typus (ob 3 oder 3½ Proz.) in eigentliche Beratungen getreten. Es sei nämlich keinesfalls ohne weiteres als sicher anzusehen, daß dreiprozentige Anleihen ausgeben werden, indem die Kursgestaltung der alten dreiprozentigen Anleihe trotz der längeren Schonung des Marktes und der Geldabundanz durchaus nicht befriedigend sei.

Die Renausgabe an Reichsanleihe soll sich auf ungefähr 400 Millionen Mark belaufen. Bevor diese Ausgabe erfolgt, wird aber noch eine andere finanzielle Operation vorgenommen werden, nämlich die Konvertierung der am 1. April 1905 fälligen 4prozentigen deutschen Schatzanweisungen vom Jahre 1900 auf 3½ Proz. Vorläufig scheint man allerdings nur an die Konvertierung der am 1. April 1905 fälligen 20 Millionen Mark 4prozentiger Schatzscheine zu denken. Es blieben dann noch die am 1. Juli d. J. rückzahlbaren 20 Millionen Mark 4prozentiger Reichsschatzscheine im Umlauf.

Ein recht sonderbares Spiel treibt die rheinisch-westfälische Unternehmer-Presse mit ihren Nachrichten über die Lage des Kohlenmarktes. Bald meldet das eine Blatt, die Situation liege sich noch immer nicht überblicken, dann folgt ein anderes mit der Nachricht, der Abfall von Kohlen bleibe hinter den Erwartungen zurück, da noch große Vorräte an unverkauften englischen und belgischen Kohlen vorhanden seien, darauf wieder heißt es in einem dritten Bericht, der Streik hätte auf den Kohlenmarkt höchst „belebend“ eingewirkt usw. Zum Teil mag die Verschiedenheit dieser Urteile darauf zurückzuführen sein, daß jeder Berichterstatter von besonderen örtlichen Verhältnissen ausgeht; aber außerdem scheint bei einzelnen Blättern ein gewisses Bestreben vorzuwalten, die Lage ungünstiger zu schildern, als sie wirklich ist. Einen recht günstigen Bericht bringt zur Abwechslung wieder mal die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die noch vor wenigen Tagen beweglich — klagte. Nach ihren letzten Angaben

ist die Förderung nach Beendigung des Ausstandes unerwartet schnell höher gegangen, denn sie stieg in nur einer Woche von etwa 4000 D.-B. auf über 19 000 D.-B. „Eine Frage“, heißt es in ihrem Bericht, „hat der Streik auf dem rheinisch-westfälischen Kohlenmarkt eine erkennliche Belebung hervorgerufen. Der Absatz ist augenblicklich als recht befriedigend zu bezeichnen, namentlich sind zahlreiche Bestellungen seitens der Eisenwerke eingegangen. Diese bedürfen wegen ihrer besseren Beschäftigung nicht allein durchweg sowieso größerer Zufuhren, sondern sie sind darauf bedacht, die aufgebrauchten Vorräte zu ergänzen und nach Möglichkeit zu vergrößern. Der rheinisch-westfälische Kohlenbergbau würde hieraus noch mehr Nutzen ziehen, wenn nicht die großen Quantitäten englischen Brennmaterials herbeigebracht wären, welche selbstredend zunächst aufgebraucht werden müssen.“

Für die oberflächliche Kohlenkonvention ist der Vergarbeiterstreik im Ruhrgebiet von bedeutendem Vorteil gewesen, da sie viele Aufträge aus mitteldeutschen Gebieten erhielt, die sonst ihren Kohlenbedarf aus Westfalen beziehen. Laut Meldung des Berg- und Hüttenmännischen Vereins stellte die Kohlenkonvention in ihrer gestrigen Sitzung fest, daß der Versand in den Monaten Januar und Februar denjenigen in der gleichen Zeit des Vorjahres um etwa 30 Proz. überschritt. Für den Monat März wurde die volle Verhältniszahl, die dem tatsächlichen Versand im März des Jahres 1904 entspricht, mit einem Zuschlag von 6 Proz. freigegeben.

Soziales.

Ärzte gegen Krankenhäuser.

In einer Ärzteversammlung am Montag, die dem Kampfe für die freie Arztwahl galt, hat der Dr. W. Becker einen Grund geltend gemacht, der jeden ruhig urteilenden Arzt stuhig machen sollte. Dr. Becker sprach über „Die Ueberfüllung der Krankenhäuser und das Asienarztsystem“. Schon die Benennung des Themas zeigt, daß es sich nicht um eine sachdienliche Erörterung der Krankenhauspflege handeln sollte, sondern um Ausschüttung der Ueberfüllung der Krankenhäuser für die Förderung der freien Arztwahl. Das zeigte sich auch bei der Behandlung des Themas. Dr. Becker sagte unter anderem:

Es sei eine alte Erfahrung, daß beim System der fixierten Ärzte, wo dem einzelnen Arzt eine große Arbeitsleistung zufällt, die Zahl der Kranken, die ins Krankenhaus geschickt werden, sehr groß ist. Beim System der freien Arztwahl könne viel eher auf Entziehung ins Krankenhaus verzichtet werden. Der Magistrat solle deswegen die freie Arztwahl fördern.

Welcher ehrliche Arzt könnte diese Begründung vor seinem Gewissen verantworten! Muß es nicht vielmehr ein Ziel aller Krankenbehandlung sein, mindestens jeden beträchtlichen, der Abwartung bedürftigen Kranken in einer Anstalt unterzubringen, um ihm dort sachgemäße Abwartung und geeignete Aufenthaltsträume zu gewähren? Die Ueberfüllung der Krankenhäuser dadurch beseitigen zu wollen, daß man ein Arztsystem empfiehlt, bei dem der Arzt ein Interesse an der Hausbehandlung hat, das hat man ja selbst in der freimüthigen Berliner Stadtverwaltung nicht zu empfehlen versucht. Das müßte einem „aus idealen Gründen“ für die freie Arztwahl kämpfenden Ärzte vorbehalten bleiben.

Die Anhänger der freien Arztwahl sollen sich nach besseren Vertretern ihrer Wünsche umsehen; ihrer Sache wird durch solche Gründe nicht gedient.

Allgemeine Einführung der Arbeiterausschüsse bei der Eisenbahn.

Eine hiesige Korrespondenz berichtet: Die Errichtung von Arbeiterausschüssen bei den preussisch-hessischen Staatsbahnen ist jetzt vom Minister der öffentlichen Arbeiten für alle Bezirke angeordnet worden, nachdem sich die Versuche in Berlin, Köln und Frankfurt bewährt haben. Die neuen Ausschüsse umfassen die Arbeiter außerhalb der Werkstätten, Gasanstalten und ähnlichen Anlagen der Bahnverwaltung, für die es schon jetzt Ausschüsse gibt. Die neuen Ausschüsse sollen nach den Inspektionen für Verkehr, Maschinen und Betrieb getrennt werden. Für jeden Bahnhof, auf dem eine entsprechende Zahl von Arbeitern derselben Inspektion vorhanden ist, sind in der Regel besondere Ausschüsse zu bilden, doch können benachbarte Bahnhöfe mit gleichen Betriebsverhältnissen zusammengezogen werden. Voraussetzung ist aber, daß in einzelnen Ausschüssen wenigstens hundert Arbeiter vertreten sind. Zahl und Sitz der Ausschüsse bestimmen die Direktionen. Zu jedem Ausschuss gehören mindestens 3 und höchstens 15 Mitglieder. Die Vertreter müssen 30 Jahre alt und mindestens fünf Jahre im Dienste der Verwaltung, ein Jahr auf dem Bahnhofe beschäftigt sein. Die Wahl erfolgt geheim durch Abgabe von Stimmzetteln. Die Wahl der Ausschussmitglieder und Erfahrmänner erfolgt auf fünf Jahre. Ausscheidende sind wieder wählbar. Eine Verpflichtung zur Annahme der Wahl liegt nicht vor. Die Ausschüsse sollen nicht nur Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiter beim Dienststellenvorsteher vorbringen und sich darüber gutachtlich äußern, sondern auch ihr Gutachten über Fragen, die das Arbeiterverhältnis betreffen, auf Anforderung abgeben, insbesondere über neue Arbeiterordnungen und Einrichtungen zur Verhütung von Unfällen sowie zum Wohle der Arbeiter und ihrer Angehörigen. Soweit die Ausschüsse von beiden Seiten angerufen werden, sollen sie auch Streitigkeiten der Arbeiter untereinander schlichten.

Der Ortsverein städtischer Arbeiter in Nürnberg (Hirsch-Dumder) ersucht uns mitzuteilen, daß er 130 Mitglieder hat.

Ein mangelhaftes Ortsstatut. Der Bahnhofswirt A. war in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er seinen Stellenerklärung eines Tages nicht in die städtische Fortbildungsschule von Halle geschickt hatte. Das Kammergericht hob jedoch das Urteil auf und sprach den Angeklagten aus folgenden Erwägungen frei: Für gewöhnlich bezögen sich Ortsstatute betreffend den Fortbildungsunterricht allgemein auf „gewerbliche Arbeiter“ in den durch das Gesetz gezogenen Altersgrenzen. Das Ortsstatut von Halle spreche dagegen nur von den in der Stadt wohnenden, im Handwerk und im Fabrikbetrieb sowie im Handelsgewerbe beschäftigten Personen. Dazu gehörten aber Stellenerklärer nicht, denn sie wären weder im „Handwerk“ und „Fabrikbetriebe“, noch im „Handelsgewerbe“ beschäftigt. Deshalb könne dies Ortsstatut überhaupt nicht auf Stellenerklärer und Restaurateure, welche sich solche hielten, angewendet werden. Das müsse zur Freisprechung führen. — Unter diesen Umständen ging das Kammergericht nicht auf die im Prozeß aufgeworfene Frage ein, ob Bahnhofswirtschaften unter den § 6 der Gewerbe-Ordnung seien und demzufolge nicht der Gewerbe-Ordnung unterstellt seien. Es meinte nur nebenbei, diese Frage wäre an sich „nicht ganz zweifellos“, könne aber hier ausbleiben.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Düsseldorf erhielten die freien Gewerkschaften 4201 Stimmen, die Christlichen 2963 und die Hirsch-Dumderschen 655. Die Mandate verteilen sich deshalb auf die drei Gruppen mit 5, 4 und 1.

Berichts-Zeitung.

Die Eidesverweigerung vor Gericht. Eine Verhandlung, welche kürzlich unter eigenartigen Umständen verlagert werden mußte, beschäftigte gestern wiederum die 9. Strafkammer des Landgerichts I

unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rangold. Wie noch ex- innerlich sein dürfte, mußte vor kurzem ein Termin gegen den Generalagenten und Tanzlehrer Eduard Binzpauf und dessen Ehefrau Helene geb. Dittmann verlagert werden, da sich zwei Zeugen, der Stepper Emil Laudner in Magdeburg und die 52jährige unverheiratete Näherin Rentwich, welche Mitglieder der katholischen Kirche sind, heftiglich weigerten, den Eid zu leisten. Die beiden Zeugen wurden seinerzeit zu einer Ordnungstrafe von je 30 Mark verurteilt, auch wurden ihnen die sämtlichen Kosten des durch ihre Eidesverweigerung verzeitelten Termins auferlegt. — Sie gehörten zu den Leittragenden, die von Herrn Binzpauf angeblich zu einer „Lebensstellung“ engagiert wurden und dann die Hingabe von Geldern betrogenen, weil sie nicht imstande gewesen waren, die Begriffe von „Kantion“ und „Geschäftsbeilage“, mit denen der Angeklagte geschickt operierte, auseinander zu halten. Wie gesagt, weigerten sich in der vorigen Verhandlung sowohl Laudner als die Zeugin Rentwich trotz aller Vorhaltungen des Vorsitzenden, den Eid zu leisten, da sie eine christlich-dissidentische Sekte angehören, welche den Eid verbietet. Die Ordnungstrafe war von den Angehörigen der Sekte solidarisch bezahlt worden. Die schwierige Sachlage machte gestern dem Richterkollegium wieder einige Kopfschmerzen. Auf die Frage des Landgerichtsdirektors Rangold, ob die Zeugen den Eid leisten wollten, erklärten beide im bestimmten Tone: „Nein, wir schwören nicht! Wir gehören beide zur Gemeinde Gottes und unser Glauben steht ausschließlich auf dem Boden der heiligen Schrift, welche die Anrufung Gottes in weltlichen Dingen verbietet!“ — Vors.: Es steht doch aber in der Bibel, „man solle der Obrigkeit gehorchen und nur in unnütigen Dingen den Namen Gottes nicht anrufen.“ Der Vorsitzende versuchte nun an der Hand einer großen Anzahl Bibelzitate den beiden Zeugen klar zu machen, daß der Eid nicht verboten ist. Beide Zeugen erklärten trotzdem, den Eid nicht leisten zu wollen. Der Staatsanwalt beantragte daraufhin gegen beide Zeugen die Haft, welche das Gesetz in Höhe bis zu 6 Monaten im Falle einer Eidesverweigerung zuläßt, anzuordnen. Zeugin Rentwich: „Wenn Sie die Todesstrafe über mich verhängen oder mich 10 Jahre ins Gefängnis werfen, ich leiste keinen Eid!“ Nach kurzer Beratung verkündete der Vorsitzende, daß der Gerichtshof von einer Bestrafung Abstand genommen habe, da er sonst einen förmlichen Gewissenszwang auf die Zeugen ausüben müßte. Ein Fall, in welchem ein Gerichtshof einem Zeugen trotz unbedeuter Aussage ebenfalls Glauben schenken mußte, sei erst kürzlich vom Reichsgericht entschieden. Wenn ein Zeuge vor seiner Vereidung nach gemachter Aussage plötzlich vom Schlag getroffen wird und verdirbt, so müsse dieser Aussage derselbe Glauben beigemessen werden, als einer bedingten. — In der Sache selbst war seitens des Rechtsanwalts Dr. Schmidt der Beweis dafür angetreten worden, daß der Angeklagte durch Schiffschläge wiederum auf die säkliche Ebene des Verdrehens gedrängt worden war. Die Ehefrau mußte nach dem Ergebnis der Vereidungsaufnahme ohne weiteres freigesprochen werden, da gegen sie nicht das mindeste Belastende festgestellt worden sei. Der Gerichtshof verurteilte den Ehegatten Binzpauf zu fünf Monaten Gefängnis, die Ehefrau B. wurde freigesprochen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Leipzig, 7. März. (W. Z. B.) Das Reichsgericht hat die Revision des Dr. med. Gottschalk, des Redakteurs Linde und sechs weiterer Sozialdemokraten verworfen, die vom Landgericht Königsberg am 26. Mai 1904 wegen Hausfriedensbruch, begangen bei der Wählerversammlung der vereinigten liberalen Partei am 2. November 1903, zu zwei Wochen bis zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden waren.

Paris, 7. März. (W. Z. B.) Deputiertenkammer. Chabert (Rad.) unterzieht das zwischen dem Finanzminister Rouvier und den Inhabern von Majoraten, die unter früheren Regierungen geschaffen worden sind, abgeschlossene Abkommen, nach dem diese Majorate zurückgekauft werden sollen, einer Kritik. Thivrier (Soz.) beantragt Abschaffung der Majorate. Ministerpräsident Rouvier erwidert, die Majorate bilden einen Teil der öffentlichen Schuld; sie seien legitimer Besitz und es sei unmöglich, sie abzuschaffen. Der Antrag Thivrier beantragt darauf, den Betrag für den Rückkauf der Majorate von 16 auf 4 Millionen herabzusetzen. Rouvier bekämpft diesen zweiten Antrag energig. Der zweite Antrag Thivrier wird darauf ebenfalls abgelehnt und zwar mit 321 gegen 244 Stimmen. Das Budget-Kapitel betreffend die Majorate wird darauf ohne weitere Erörterung angenommen. Gauthier de Clagny (Rad.) ersucht den Ministerpräsidenten, die Anordnungen des früheren Ministerpräsidenten Combes wegen der Schaffung von Delegierten, die der Regierung Auskunft erteilen sollen über die politische Gesinnung von Beamten usw., aufzuheben. Rouvier erwidert, er gebe lediglich die regelmäßigen Organe der Regierung, unter Ausschluß jeden fremden Einflusses, zu benutzen. Jaurès (Soz.) erklärt, die Republikaner hätten die Pflicht, der Regierung zweifellose Beamte, die von den Gegnern der Republik erlaucht würden, nachhaft zu machen. Der Ministerpräsident versichert, es gebe keinerlei ungeschickliche öffentliche Funktion; die Delegierten der republikanischen Komitees würden nach wie vor von den Departementsbehörden empfangen werden.

Lissabon, 7. März. (W. Z. B.) Der spanische Dampfer „Villalibre“, von Riddlesborough kommend mit der Bestimmung nach Genua, ist 25 Meilen von der Küste gegenüber Beiro gesenkt. Das Schiff und die Ladung sind verloren; 12 Leute von der Besatzung sind gerettet, 13 werden vermisst.

London, 7. März. (W. Z. B.) Unterhaus. Weibh (Konf.) fragt, ob die Landesverteidigungskommission einen englischen Beschluß darüber gefaßt habe, welche Streitmacht zur Verteidigung Großbritanniens unterhalten werden solle. Premierminister Balfour erwidert, die Kommission sei der Meinung, daß ein Eindeutigen in Großbritannien in einer Stärke, mit der London genommen werden könne, außerhalb jeder Betrachtung liege. Die Erwägungen, die für die Stärke der Truppen, wie sie erhalten werden solle, in Betracht kämen, hingen nicht von der Frage der Verteidigung Englands, sondern von der der Kolonien und noch mehr der Indiens ab.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Tokio, 7. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nach einem Bericht vom japanischen Hauptquartier wurden am Montag mehrere Gegenangriffe der Russen in der Richtung auf Singhing in der Nähe von Titajita zurückgeschlagen; unsere Angriffe gegen Nachuntan machen trotz des hartnäckigen Widerstandes langsam Fortschritte. Ein Teil unserer Truppen besetzte um 8 Uhr Montag Abend die nordöstlichen Höhen von Oungwai, 4 Kilometer südlich Nachuntans in der Richtung auf Konfhu. Am Montag nachmittags besetzten wir die Höhenlinie Paikuan, 7 Meilen südlich Nachuntans, die Russen zogen sich gegen Sanghaku, 3 Meilen südwestlich Nachuntans, zurück. Sonntag nacht machten die Russen einen Gegenangriff auf unsere Stellung am Kutulinpaß, wurden aber nach dem Scheitern in der Richtung östlich der Eisenbahn zurückgeschlagen. Sonntag nacht machten die Russen einen Gegenangriff nördlich Tunghafens, wurden aber ebenfalls zurückgeschlagen. Im übrigen ist die Lage unverändert. Im Westen der Eisenbahn haben unsere Truppen jetzt nach einem Gefecht Ost-Gangengpas und Cetaiku besetzt, wobei sich der Feind hartnäckig verteidigte. Am rechten Hunho-lfer machte am Montag früh eine russische Division mit 70 Geschützen einen Gegenangriff in der Nähe von Tschiliao, 10 Meilen nordwestlich Mukdens, wurden aber zurückgeschlagen.

Reichstag.

157. Sitzung vom Dienstag, den 7. März 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky. Zunächst wird in erster und zweiter Beratung ein Nachtrags-Nebereinkommen zum Handelsvertrage mit Oesterreich-Ungarn ohne Debatte angenommen.

Hierauf folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats zum Reichsamt des Innern nebst den 21 Resolutionen.

Abg. Jubel (Soz.):

Wir haben seit Jahrzehnten auf die Kinderausbeutung im Deutschen Reich aufmerksam gemacht. Auf unsere fortwährenden Bitten hin erfolgte dann endlich eine Enquete und als deren Resultat 1903 das Kinderschutzgesetz. Bei der Beratung stellte die Sozialdemokratie den Antrag, auch den Kindern, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, die Wohltaten des Gesetzes zuzulassen. Dieser Antrag wurde leider abgelehnt. Der freisinnige Abgeordnete Wertens hat ja gestern auf die großen Läden aufmerksam gemacht, die das Gesetz noch hat. Nicht allein die in der Landwirtschaft beschäftigten Kinder, sondern auch die in der Heimindustrie arbeitenden Kinder wurden von dem Schutze des Gesetzes ausgenommen. Wir sind es nicht, die den Hof schären, sondern Sie legen den Keim des Hasses von der frühesten Jugend an in das heranwachsende Proletariat. Glauben Sie denn, daß die Proletarierkinder es nicht fühlen, wenn sie sehen, daß ihnen die goldigsten Tage des Lebens, wie Sie es ja immer bezeichneten, verbittert werden? Sie werden diese Ungerechtigkeit nicht aus der Welt schaffen können, wenn Sie nicht die Resolution der Sozialdemokraten, daß ein Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren ausgesprochen werden müsse, zustimmen. Aber ein solches Verbot darf sich nicht nur auf die Industrie beschränken, sondern muß sich auch auf die Landwirtschaft erstrecken. Wir haben wiederholt schon Resolutionen eingebracht zum Schutze des Koalitionsrechtes. Ich muß dem Abg. Pauli widersprechen, wenn er meint, daß das Koalitionsrecht jetzt schon gesichert sei. Ich könnte Ihnen viele Maßnahmen von Arbeitgebern vorlegen, welche bewirken sollen, daß Arbeiter brotlos durch ganz Deutschland getrieben werden als Strafe dafür, daß sie sich bessere Arbeitsbedingungen verschaffen wollten. Ich kann Ihnen eine Liste eines Osnabrücker Tischlereibetriebes vorlesen, in welcher die Namen der sämtlichen damals in Osnabrück in Streik befindlichen Tischler aufgezählt werden. Es heißt darin: Wir bitten Sie, diese Liste unter den Berufskollegen möglichst zu verbreiten. Auf keinen Fall dürfen die Ausständigen wieder irgendwo als Tischler eingestellt werden. Zu Gegenständen gern bereit. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Kein Staatsanwalt, keine Polizei, kein Richter hat die Tischlermeister an dieser Erklärung, an dieser Berufserklärung gehindert! Das Schreiben blieb unbeantwortet. Selbst vor den elendesten Demingulationen scheuen die Unternehmer nicht zurück. So schrieb der Pianofabrikant G. Winkler an einen der ausständigen Arbeiter, er möchte die bei ihm angefangene Arbeit fertig stellen, sonst werde er ihn bei der Polizei anzeigen und diese werde ihn ausweisen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren scheinen ganz vergessen zu haben, daß der größte Lump im ganzen Land der Demingulant ist. Hingegen werden an den Arbeitern die geringsten Uebertreibungen im sozialen Kampfe schwer gerächt. Wegen sie werden alle Hilfsmittel der Staatsgewalt aufgeboten, wenn sie von dem wirtschaftlichen Fortschritt auch für sich einige Profiteure nehmen, wenn sie entweder von der Zeit der guten Konjunktur auch ein wenig Verbesserung ihrer Lage erhalten oder in unglücklichen Zeiten das Niveau ihrer Lebenshaltung nicht herunterdrücken lassen wollen. Ein Magdorfer Polizeibeamter hat unter seinem Eid vor Gericht auszusagen müssen, daß der Polizeipräsident von Berlin den Befehl erlassen habe, Streikposten, die sich gegen die Straßenpolizei-Verordnung vergebten, so lange auf der Wache festzuhalten, bis in den von dem Streik betroffenen Betrieben Feierabend eingetreten sei und die Streikbrecher die Betriebe verlassen hätten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nur der Schulung und Befolgenheit der Arbeiter ist es zu verdanken, wenn unter diesen Umständen nicht täglich schwere Zusammenstöße erfolgen. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat dabei noch neue Zwangsmaßnahmen gegen die Arbeiter gefordert. Und zugleich kündigt der Verband in seiner Zeitschrift an, daß er gegen Arbeitgeber, die sich ihm nicht angeschlossen haben, rücksichtslos alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel, auch die Materisulsperrre, anwenden werde. So sehen, Herr Kollege Pauli, in Wirklichkeit die unglücklichen Unternehmer aus, die erst durch die bösen Arbeiterorganisationen gezwungen worden sind, sich zu vereinigen. Aber gleichwohl will unsere Resolution betreffs Verfassung von Arbeitgebern, die sich zur Unterdrückung des Koalitionsrechtes ihrer Arbeiter vereinen, den Unternehmern das Koalitionsrecht keineswegs rauben, sondern nur Freiheit und Gleichheit nach beiden Seiten herbeiführen. Herr Pauli sprach auch von dem Befähigungsnachweis und der Behelungszüchterei. Bei den Innungsmeistern ist die Ausbeutung der Lehrlinge genau so schlimm wie sonst im Handwerk. Auch bei den Innungsmeistern sind die Lehrlinge nur ein Stück Maschine, Hausmädchen für alles, auch dort werden sie wie die Karrenhunde jahrelang vor den Wagen gespannt. An der Verbreitung der Lungen- und Tuberkulose in Deutschland trägt die Ueberarbeitung der Jugendlichen sicherlich ihr gutes Teil. Aber die Innungen haben weder gegen diese Ausbeutung noch gegen das Halten einer übermäßig großen Zahl von Lehrlingen etwas getan. Bisweilen haben sich sogar die Behörden vernünftiger gezeigt als die Innungen und über das von ihnen vorgeschriebene Maß hinaus die Zahl der Lehrlinge in den einzelnen Betrieben beschränkt. Nur wo unsere Parteigenossen in die Innungsvertretung eingedrungen sind, ist es gelungen, den Fortbildungunterricht in die Arbeitszeit hineinzulegen.

Wenn der Lehrling erst nach zehn- und elfstündiger Arbeitszeit die Fortbildungsschule besuchen soll, hat er natürlich keine Lust mehr zur Arbeit. Aber Sie geben es ja offen zu, daß die Handwerker zum großen Teil ohne die Lehrlingszucht gar nicht auskommen könnten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vielfach werden überhaupt nur Lehrlinge und keine Gesellen beschäftigt. In einer Fabrik in Posen sind unter 40 Arbeitern allein 19 Lehrlinge. Auch vernünftige Meister beurteilen diese Praxis auf das schärfste, so der frühere Obermeister der Berliner Tagelagererinnung. Dieser gibt zu, daß die Meister vielfach nicht das geringste Interesse für die Ausbildung der Lehrlinge zeigen, daß trotz des Verbots Lehrlinge als Voten benutzt werden und oft meilenweit Handwagen ziehen müssen. — Die Handwerker klagen ja auch immer über das Unwesen der Submissionen. Wir sind der Meinung, daß dies Unwesen verschwinden wird, wenn das Submissionswesen von der Regierung und den Gemeinden in eigene Regie übernommen werden. Rechtswürdig ist nur, daß die Handwerker, die über die Unterbietungen bei den Submissionen klagen, sich selbst zu solchen Unterbietungen hergeben. So hat bei einem Regierungsbaun in Potsdam im vorigen Jahre der Tischlermeister Pauli-Potsdam seine eigenen Kollegen um 25 000 Mark unterboten. Dabei bestand ein Abkommen unter den Mitgliedern der Innung, unter einem bestimmten Preis nicht herabzugehen. Der Tischlermeister Pauli-Potsdam hat sich an dieses Abkommen nicht gehalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Erzberger wandte sich gegen den Hausierhandel und wies auf die Schäden an den Häusern hin: Betteln und Hausieren verboten. Es gibt noch kleinere Schäden, darauf stellt: Mitglied des Vereins gegen Verarmung und Bettel, und die Häuser sind auch ganz verfallen. Die Herrschaften wollen sich eben durch eine jährliche Abschlagzahlung von 3 Mark davor schützen, das Glas täglich vor

Augen zu haben, Sie sehen es nicht gerne mit eigenen Augen. Wir sind gegen die Beschränkung des Hausierhandels, denn die Leute greifen nicht aus Uebermut zu dieser wenig angenehmen Beschäftigung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist nicht das leichteste Brot, welches die Hausierer essen. Es gibt gerade auf dem flachen Lande Leute, die nur alle paar Monate einmal in die Stadt kommen. Für die meisten Bewohner des platten Landes ist der Hausierhandel geradezu ein Segen. Wenn Sie, meine Herren vom Zentrum, das Gegenteil meinen, so denken Sie eben nur an die wenigen Wohlhabenden und Besitzenden auf dem Lande. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Mugdan hat seinem geprehten Herzen am vorigen Freitag Luft gemacht und sein Gift und seine Galle, die er seit langem angeammelt hatte, gegen die Sozialdemokratie ausgespien. Am meisten sagte er, daß die Krankenkassen die Ärzte in ihrer Lebensstellung herabsetzen. Er sagte auch, daß auch von den Krankenkassen-Vorstandsmitgliedern verlangt würde, daß sie gewerkschaftlich organisiert seien. Ja, Herr Kollege Mugdan, wo in der Welt ist es denn anders? Sie erklären doch auch jeden Kollegen als minderwertig, ja sogar für unehrenhaft, sobald er Ihre Bestrebungen nicht teilt. Handeln denn nicht auch die Kirch- und Dunderschen Vereine so, daß sie von jedem bei ihnen Angestellten verlangen, daß er zu ihrer Partei gehört? Hat die Sozialdemokratie sich je darüber beklagt? In welcher Gesellschafts- und Berufsklasse wird anders gehandelt? Dann haben Sie an der Beschäftigung eines Teiles der Mitglieder an unseren Krankenkassen einen Zweifel erhoben. Aber die Regierung weiß es vielleicht besser als Sie, daß die Mitglieder unserer Kassen befähigt sind als die der anderen. Als in diesem Jahre im kaiserlich statistischen Amte eine Veranlassung stattfand, da wurden als Sachverständige lediglich Beamte unserer freien Gewerkschaften sowie sozialdemokratische Redakteure hinzugezogen. — Seinen ärztlichen Kollegen hat Dr. Mugdan ein außerordentlich gutes Zeugnis ausgestellt. Honorarige, edelstehende Leute lassen sich doch sonst nicht so von einem Kollegen beschimpfen. Dr. Mugdan sagte nämlich: Die Ärzte seien durch die Behandlung in den Krankenkassen wissenschaftlich und ethisch zugrunde gerichtet, und ihre politische Abhängigkeit sei geradezu unwürdig. Sie, Kollege Dr. Mugdan, werfen also den Kassenärzten vor, daß sie nach dem Sprüchelein handeln: „Weh Brot ich esse, weh Lied ich singe“. Sie werfen ihnen also geradezu Versinnungsumperei vor. Wegen Sie doch einmal einen Arzt, der wegen seiner politischen Gesinnung von den Kassenärzten gemahregelt worden ist, auf dem Tisch des Hauses nieder! (Große Heiterkeit.) Wir haben allerdings unter den Ärzten schon Männer, die sich zur Sozialdemokratie rechnen. Das ist selbstverständlich (Widerspruch rechts), und das sind die vorgeschrittensten unter den Ärzten. (Lachen rechts und bei den Freisinnigen.) Die Tatsache, daß ein sozialdemokratischer Arzt mehr Vertrauen bei den Krankenkassenmitgliedern genießt als ein anderer, werden Sie durch keine Besetzung ändern können. Heute sind Sie Gift und Galle gegen die Vorstände der Berliner Krankenkassen. Aber es gab eine Zeit, Herr Dr. Mugdan, wo Sie mit ihnen gut Freund waren und es nicht verschmähten, manche Nachstunde in jovialer Gesellschaft mit den Mitgliedern der Vorstände zu verbringen. Da hatten Sie noch keinen Hühnertritt von ihnen erhalten, da konnten Sie sich noch an ihre Modische Klammern. Nachdem aber die Krankenkassenvorstände den Charakter des Arztes Mugdan — außerhalb dieses Hauses — erkannt hatten, da kündigte Ihnen der Vorstand die Freundschaft. Ich glaube, daß Ihnen das sehr schmerzhaft war, aber es war doch kein Grund zu Ihrem jetzigen Auftreten.

Präsident Graf Ballestrem (unterbrechend): Sie dürfen die Verhältnisse der Mitglieder außerhalb des Hauses nicht in die Debatte ziehen.

Abg. Jubel (Soz., fort):

Nur weil Herr Dr. Mugdan die Vorstandsmitglieder der Krankenkassen in ehrenrühriger Weise hier angegriffen hat, hielt ich mich für berechtigt, darauf hinzuweisen, daß er früher, als er noch nicht Abgeordneter war, als seine Tätigkeit ganz außerhalb des Hauses lag, anders über diese Beamten geurteilt hat.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, hier im Reichstage dürfen Sie nicht erörtern, was ein Abgeordneter getan hat, bevor er Abgeordneter war, sondern nur, was er als Abgeordneter getan hat. (Heiterkeit.)

Abg. Jubel (Soz., fort):

Der Verein freigewählter Kassenärzte hat als Sekretär einen agitatorisch tätigen Sozialdemokraten angepickt. Die eigenen Kollegen des Dr. Mugdan urteilen also etwas anders über die Sozialdemokraten, als er sich hier am Freitag erlaubt hat. Wie steht es mit dem Verein freigewählter Kassenärzte? Wehe dem Kollegen, der diesem Verein nicht beiträgt! Er ist ausgelöscht aus der Reihe der Ärzte, die auf irgend welche Tüchtigkeit und Ehrenhaftigkeit Anspruch machen können. Wenn er aber eintritt, dann ist er alle Minderwertigkeit los, dann hat er sich alle ärztlichen Qualitäten wieder erworben. (Heiterkeit.) Es ist Herr Dr. Mugdan auch gar nicht darauf angekommen, von diesem Wlache aus die Unwahrheit zu sagen. Er hat auf den Fall „Dowald“ hingewiesen. In der Vichtenberg-Druckerkasse hatte der freisinnige Rentant und die Leuchte des dortigen Freisinn, Kaufmann, durch die Aufsichtsbehörde entfernt werden müssen, weil er sich zahlreiche Unregelmäßigkeiten hatte zuschulden kommen lassen und sich auf ungewisse eine lebensfähige Stellung verschafft hatte. Für die offene Stelle meldeten sich außer unserem Parteigenossen Dowald Grauer noch acht Bewerber, darunter zwei Arbeiterkapitane a. D. (Heiterkeit.) Im Vorstand saßen damals vier Arbeitgeber und acht Arbeitnehmer, darunter nur zwei Sozialdemokraten. Das hätte Herr Dr. Mugdan bei seinen politischen Freunden im Vorlande der Vichtenberg-Friedrichselder Krankenkasse leicht erfahren können. Einstimmig wurde von den Nicht-Sozialdemokraten unser Genosse Grauer zum Rentanten gewählt, gerade auch von den freisinnigen Parteigenossen des Herrn Dr. Mugdan. Trotzdem hat dieser sich nicht geschämt, einen ehrenwerten Mann in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Eine einzige Erkundigung bei der Aufsichtsbehörde für die Krankenkasse hätte dem Herrn Dr. Mugdan auch darüber belehrt, welchen Auffassung die Kasse seit dem Amtsantritt des Sozialdemokraten Grauer bis zum heutigen Tage genommen hat. Dr. Mugdan sprach dann vom Verwalter der Schneiderkasse, der neun Monate Gefängnis verbüßt habe, zwar in Organisation und Agitation bewährt sei, aber von den Krankenkassenverhältnissen keine Ahnung hätte. Herr Dr. Mugdan weiß, warum der Mann bestraft worden ist, weiß, daß er nichts Ehrenrühriges begangen hat, weiß, daß die Aufsichtsbehörde den Mann befähigt hat — und trotzdem hat er sich nicht geschämt, auf diesen Fall Bezug zu nehmen und es so darzustellen, als ob ein moralisch minderwertiger Mensch in den Kassenvorstand gewählt worden sei! Nur den Namen hat Herr Dr. Mugdan nicht genannt; so viel Schamgefühl hat er noch befallen. Aber hunderttausend Menschen kennen in Berlin den Leiter der Schneiderkasse; und darum können wir hier ruhig sagen, daß Genosse Lätzerow dadurch nicht an seiner politischen Ehrenhaftigkeit verloren hat, daß er für andere eine Strafe auf sich nahm. Ich glaube, daß Dr. Mugdan mit seiner Rede vom Freitag den Ärzten und seiner Partei einen lächerlichen Dienst geleistet hat. Aber das kann uns schließlich gleichgültig sein. Wir wollten nur die Kampfesweise charakterisieren. Die Herr Dr. Mugdan in dieses Haus einzuführen beliebt hat. Es wird Ihnen nicht möglich sein, von den Angaben, die ich Ihnen gemacht habe, auch nur eine einzige zu widerlegen. Aber hoffentlich werden

Sie in Zukunft etwas vorsichtiger sein, ehe Sie unwahre Angaben über ehrenhafte Personen hier im Reichstage verbreiten. Ob Ihre Ketzereien Ihr Verhalten ebenfalls ehrenrührig ansehen werden, wage ich nicht zu entscheiden. Aber in den Kreisen der Arbeiterklasse sind Sie für immer gerichtet. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Lachen bei den Freisinnigen und rechts.)

Abg. Jäschke (Z.): Die Sonntagstraße spielt eine wichtige Rolle in der Sozialpolitik. Das zeigt sich auch darin, daß sich diesmal eine ganze Anzahl Resolutionen zum Etat des Innern mit ihr beschäftigen. Wir fordern so gut wie die Sozialdemokratie grundsätzlich die volle Sonntagstraße, und die Sozialdemokratie läßt wie wir Ausnahmen zu. Es fragt sich nur, wo man die Grenze zieht. Wir ziehen es vor, das Mögliche zu erreichen, anstatt Unmögliches zu erstreben. Am königl. Opernhause ist auch Sonntags gearbeitet worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir halten das nicht für unbedingt notwendig. Wir erwarten, daß die vom Bundesrat beabsichtigten Änderungen am Sonntagsgesetz dem Reichstage vor Kenntnis kommen. — Was die Sonntagstraße im Handelsgewerbe betrifft, so verlangt unsere Resolution ein Höchstmaß von zwei Stunden. Wir sind mit der redaktionellen Änderung, daß hinter den Worten „zwei Stunden“ eingefügt werde: „hintereinander“ auch einverstanden. Die Gemeinden sollten einstimmig sein. In Berlin wird noch fünf Stunden gearbeitet. Man sagt, Berlins Weltmarktstellung sei sonst bedroht. Wenn Reisende aus England kommen, müßten die von ihnen mitgebrachten Aufträge sofort erledigt werden, da in der Saison kein Tag verloren gehen könne. Das sind rüchständige Ansichten. Man beruft sich auch auf die Ministerien, wo am Sonntag gearbeitet würde. Ich weiß nicht, ob das wahr ist. Wir wünschen auch, daß die zwei Stunden Sonntagsarbeit vor den Hauptgottesdiensten fallen. — Ueber die Sonntagstraße der kaufmännischen Angestellten sprach bereits Kollege Lipinski. Er erwähnte eine „private“ Statistik über die jetzige Ausdehnung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe. Es wäre wohl richtig gewesen, wenn er angelegt hätte, daß diese Statistik vom deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verband stammt, zumal er die Statistik ziemlich stark benutz hat. (Sehr richtig! im Zentrum.) — Herr Lipinski hat es meinem Freunde Erzberger vorgeworfen, daß er einen Antrag Frische und Genossen in einen Antrag Schälweiger und Genossen umgetauscht habe, nur um Herrn Debel anzugreifen zu können. In der Tat aber hat der damalige Abg. v. Schweizer den betreffenden Antrag ausführlich begründet, während der Abg. Frische kein Wort dazu gesagt hat. Der Antrag hat jedenfalls Antrag Frische geheißen wie heute Ihre Anträge Antrag Luer oder Albrecht heißen, während man doch häufig genau weiß, wer der wirkliche Vater des Antrages ist. — Den Gastwirtsgehilfen wollen wir möglichst jeden Sonntag, zum mindesten jeden zweiten Sonntag den Besuch des Gottesdienstes ermöglichen. In Berlin lenne ich einen sogenannten besseren Gasthof, wo die Gehilfen Tag für Tag von 9 Uhr morgens bis 2 Uhr nachts im Dienst sein müssen. Mit 30 bis 40 Jahren sehen diese Gastwirtsgehilfen aus wie Greise. Die Erhebungen über die Sonntagsarbeit im Verlehdgewerbe werden hoffentlich recht bald zu einer Beschränkung dieser Arbeit führen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.) regt an, daß der Senatoren-Lordent überlegen solle, wie die Debatte über das Reichsamt des Innern am zweckmäßigsten geregelt werden könne. Ich sage nicht „am kürzesten“, denn kurz werden diese Dinge zumal vor Einführung von Diktanden niemals behandelt werden können. Bei dem jetzt herrschenden Lohntwahn ist dem einzelnen Redner kein Vortrag darauf zu machen, wenn er über alle möglichen Sachen redet. Vielmehr überlegt namentlich das Zentrum die Einführung einer gruppenweisen Behandlung der zum Reichsamt des Innern gehörigen Gegenstände. Wir als Bayern machen hier das sozialpolitische Wettrennen zwischen dem Zentrum und der äußersten Linken besonderen Spaß; in Bayern gehen die Herren ja Hand in Hand gegen uns. (Beifall des Abg. Erzberger.) Jawohl, Abg. Erzberger, das habe ich schon voriges Jahr gesagt. Es ist auch heute noch wahr. Die in Aussicht gestellte Anerkennung der Berufsvereine durch den Grafen Posadowsky war ja das einzig Erfreuliche an der bisherigen Debatte. Aber im englischen Zusammenhang damit steht die Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung des Vereinswesens. In den Einzelstaaten wird immer auf das Reich, im Reichstage auf die Einzelstaaten hingewiesen. Das geht nicht so weiter. In Bezug auf das Vereinstwesen geht Preußen in Deutschland wirklich voran. Das erkenne ich als Süddeutscher an, ich bin nicht der Partikulär, für den mich der Abg. Gump erklärt hat. In engstem Zusammenhang mit der in der Resolution Eichhoff ausgesprochenen Resolution um Berechtigung der Oberrealschul-Abiturienten steht auch die Frage des Frauenstudiums. Ich will darauf aber nicht näher eingehen, sondern nur noch kurz auf die zwei Resolutionen hinweisen, welche meinen Namen tragen. Die eine verlangt eine Regelung des künstlerischen und photographischen Urheberrechts. Nachdem die deutsche graphische Kunst auf der Weltausstellung in St. Louis einen so großen Erfolg errungen hat, ist eine solche Regelung besonders dringend geworden. Die andere Resolution verlangt eine Gesetzgebung über das Automobilwesen. Der Herr Staatssekretär hat ja eine solche in Aussicht gestellt, hat sie aber für äußerst schwierig erklärt. Aber alle anderen Staaten, die überhaupt in Betracht kommen, sind uns schon mit solchen Gesetzen vorangegangen, so daß der Regierung ein sehr reiches Material vorliegt. Die Unpopularität dieser großen Erfindung, die meines Erachtens das Zukunftschicksal bildet, wird in dem Maße schwinden, als die Erzeugnisse und die Belästigungen des Publikums aufhören werden. Nicht bloß die sportliche Materie muß aufhören, sondern auch die Stanzfrage und die Benzingeradefrage muß geregelt werden. Der Herr Staatssekretär sollte das Reichsgesundheitsamt einmal auf diese Herren aufmerksam machen. Wenn einer seinen Hahn krähen läßt des frühen Morgens (Schallende Heiterkeit im ganzen Hause), wenn einer seinen Hund bellen läßt, so muß er diese Tiere einsperren. Aber ein Kutler darf bellen, ein Siedler etwas Staub aufwirbeln, so kann er bestraft werden; ein Kutler aber darf eine Landstraße für eine halbe Stunde so in Staubwolken hüllen, daß niemand sich dort aufhalten kann.

Zum Schluß möchte ich mich der Schmiergeldfrage in einigen Worten zuwenden. Wir wollen eine Enquete machen, das Zentrum, sozialpolitisch fortgeschritten, ein Gesetz. Ja, wenn das Zentrum folgende ein Gesetz vorgelegt hätte. (Abg. Erzberger (Z.): Dann hätten Sie es referiert.) Gewiß, dazu sind wir da. (Heiterkeit.) Denn das Zentrum unterschätzt die Schwierigkeiten der Regelung einer solchen Frage. Die Formen des gewerblichen Trinkgelberwesens sind überall verschieden. Sie treten als Paten-, als Weihnachts-, als Neujahrsgeschenke usw. auf, haben schon auf die Syndikate und Konsumvereine übergegriffen. Unter diesen Umständen müssen wir erst versuchen, durch eine sorgfältige Untersuchung mit Hilfe der Provinzale und Angehörten, den Schlichen auf die Spur zu kommen. Die ausländischen Bestimmungen sind entweder sehr spezialisiert und kompliziert, oder sie sind so kaufmännisch, daß sie auch das Dienstmädchen, das vom Wäcker eine Semmel geschenkt bekommt, mit Strafe treffen. Nirgends ist das Exprektempo in der Gesetzgebung so gefährlich als auf dem Gebiet des gewerblichen Konsumlebens. Ich bitte Sie deshalb, unseren Antrag auf Veranlassung einer Enquete anzunehmen. (Beifall links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Abg. Dr. Müller-Meinungen hat die Länge der Beratung des Etats mit der Diktandenfrage in Verbindung gebracht. Er ist doch sonst so menschenfreundlich; da hoffe ich, daß er mich nicht als Geisel zurückbehalten wird, so lange bis die Diktandenfrage gelöst ist. (Stürm. Heiterkeit.) Ueber die Ausführungen des Gesetzes betreffend die Kaufmannsgerichte, haben mir die Bundesregierungen be-

richtet, daß die Einrichtung der Kaufmannsgerichte allerdings nur in einer kleinen Zahl der dazu verpflichteten Städte rechtzeitig erfolgt ist, daß aber der Rest wahrscheinlich gegen Ende des Jahres oder im Laufe des Jahres zu ordnungsmäßigen Kaufmannsgerichten kommen sein werde. Die hier im Laufe angeregte Frage der rechtlichen Befreiung der Handelsagenten verdient ernste Würdigung; ich werde sie in Verbindung mit den preussischen Reskripten und den beteiligten Kreisen vertiefen. Es sind weiter Ausstellungen gemacht worden über die Stellung der Privatbeamten. Mit den Verhältnissen der Bureaubeamten ist zurzeit der Verzicht für Arbeiterstatistik beschäftigt; er hat seine Untersuchungen noch nicht beendet. Die landwirtschaftlichen Beamten unterliegen der Gewerbe-Ordnung. Für die technischen Beamten ist ein Bedürfnis oder eine Anregung, ihre Arbeitsverhältnisse zu regeln, noch nicht hervorgetreten. Nachdem die Frage aber hier angeregt worden ist, will ich nicht verfehlen, ihr nachzugehen. Es ist gefordert worden, die rechtlichen Ungleichheiten zwischen den technischen und kaufmännischen Beamten einerseits und den übrigen Privatbeamten andererseits zu beseitigen. Ich habe mit dem preussischen Justizminister besonders über die Stellung der Hilfsbeamten in den Bureau des Rechtsanwälters, Notars und Krankenkassen Verhandlungen angestellt, aber diese sind noch nicht abgeschlossen. Für die Beaufsichtigung der Arbeitsverhältnisse der Werkmeister nach § 189b der Gewerbe-Ordnung sind die Gewerbe-Zustellern nicht zuständig. Sehr eingehend ist hier die Frage der Hygiene in den Glas- hütten behandelt worden. Auf Grund früherer ähnlicher Anregungen habe ich einzelne Glasstätten bereisen lassen. Es war namentlich auf die Gefahr hingewiesen, die darin besteht, daß bei einzelnen Arten des Glasblasens verschiedene Arbeiter mit demselben Instrument das Glas besorgen und dadurch ansteckende Krankheiten übertragen würden. Nur in einigen Fabriken wird das Glasblasen durch Anwendung von Apparaten mit komprimierter Luft besorgt. Aber auch das hat sich nicht als praktisch herausgestellt. Ueberhaupt liegt die Gefahr der Ansteckung gar nicht so nahe, als man glaubt. Auch der Rat, daß jeder Arbeiter sein eigenes Mundstück haben solle, hat sich als praktisch und durchführbar erwiesen. Was die Revision der Apothekergesetzgebung anbetrifft, so haben sich der Abweisung der Apothekerorganisationen unübersteigliche Hindernisse entgegengestellt. Ich habe den preussischen Kultusminister deshalb gebeten, zu erwägen, ob sich die Reformen nicht auf einem anderen Wege ermöglichen ließen. Man scheint jetzt in Preußen die Sache landesgesetzlich regeln zu wollen. Ich kann aber nicht leugnen, daß eine reichsgesetzliche Regelung des Apothekergewerks sehr erwünscht wäre. (Sehr richtig! links.) Die zurzeit dem preussischen Kultusministerium vorliegenden Gesetzentwürfe zum Schutz der Werke der bildenden Künste und der Erzeugnisse der Photographie werden dem Bundesrat bald zugehen. Es wird eine Enquete über die Kartelle der Feuerversicherungs-Gesellschaften gewünscht. Man darf diese Kartelle, die sich auf Versicherungen beziehen, nicht mit den Warenkartellen vergleichen. Das Aufsichtsamt für Privatversicherungen hat sich prinzipiell dahin erklärt, daß es sowohl die Interessen der Versicherungsgesellschaften wie der Versicherten gleichmäßig zu vertreten habe. Die Frage der Verrechnungsgelder im wirtschaftlichen Verkehr ist ja erst ganz kurz vor Beginn dieser Tagung neu aufgetaucht. Ueber den Umfang dieses Mißstandes sind nähere Mitteilungen nicht vorhanden. Tritt man der Frage also überhaupt nahe, so halte ich es für das Richtige, zunächst einmal die Handelskammern hierüber zu hören. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Der Vertreter der sozialdemokratischen Partei hat heute die Verurteilungen seitens einiger Arbeitgeber getadelt. Unter die Vorschriften der Gewerbe-Ordnung fallen diese Verurteilungen nicht, da dort nur strafbar ist, wer jemand zwingt, einer Koalition beizutreten oder sich von ihr fernzuhalten. Außerdem darf keine Verurteilung in die Akte aufgenommen werden. Trotzdem mißbillige ich die Verurteilungen in jeder Form, mag sie ausüben, wer immer wolle. Denn die persönliche Freiheit, namentlich die Freiheit, seine Arbeitskraft zu verwenden, muß die Grundlage jedes geordneten Staatswesens, jeder geregelten Gesellschaft sein. Wenn man aber die Nichtigkeit der Gewerbefreiheit anerkennt, muß man auch ihre Konsequenzen tragen. Ich halte es auch für eine Verurteilung, wenn in einer Zeitung die Annonce steht: In dieser Fabrik wird gestreikt; Zugang ist fernzuhalten. Ebenso ist es ein Verurteil, wenn ein Streikposten die Arbeitswilligen vor der Arbeit in einer Fabrik warnt. Oder wenn organisierte Arbeiter sich weigern, in ein A. Betriebe mit nichtorganisierten Arbeitern zusammen zu sein, wie das jeden Tag passiert. Man sollte auf allen Seiten bestrebt sein, die volle Freiheit der Persönlichkeit anzuerkennen.

Von dem Gesetz zum Schutz der arbeitenden Kinder können Sie nichts erwarten, daß es in allen Lebenslagen und in allen Kreisen der bürgerlichen Gesellschaft sofort zum Durchbruch komme. Die dispositiven Bestimmungen eines solchen Gesetzes sind nicht das Wesentliche. Ein solches Gesetz muß dazu beitragen, das öffentliche Gewissen zu wecken und allmählich eine gute Sitte einzuführen. Das kann erst nach und nach geschehen. Was den angeklagten Mißbrauch in öffentlichen Erziehungsanstalten anlangt, so halte ich an sich den Grundlag, die Kinder zur Arbeit anzuhalten, für richtig. Aber es mag möglich sein, daß manchmal ein ehrgeiziger Vorsetzer aus der Kinderarbeit Profit herauszuschlagen will, um den Zuschuß aus öffentlichen Mitteln herabzudrücken oder zu beseitigen. Ich werde nicht ermahnen, die Verbündeten der Regierung auf die hier gemachten Beschwerden aufmerksam zu machen. Wenn das zutreffen sollte, was gestern hier behauptet wurde, so würden solche Vorsetzer allerdings fehlerhaft gehandelt haben. Die Kinder in den Erziehungsheimen sind häufig sittlich und körperlich heruntergekommen. Wenn man aber das körperliche Befinden hebt, so gehen die Erfahrungen dahin, daß häufig dadurch auch der sittliche Zustand gehoben wird. (Weisfall links.) Die Kinderarbeit auf Profit in einer solchen Anstalt würde ich daher für einen entschieden pädagogischen Fehler halten. (Lebhafter Bravo! links.) Ein Redner der Linken hat mir vorgeworfen, ich hätte zu Unrecht den australischen Ministerpräsidenten Watson mit der sozialdemokratischen Partei identifiziert. Das habe ich nicht getan. Die beiden Parteien haben wohl das Gemeinsame, daß beide in ihrem Programm theoretisch den Kollektivismus vertreten; aber es besteht der Unterschied zwischen ihnen, daß die australische sozialistische Partei durchaus protektionistisch ist. (Sehr wahr! rechts.) Zum Schluß will ich noch mit einigen Worten auf die Sonntagsruhe eingehen. Ich habe schon gesagt, daß ich im Begriffe bin, die Vorarbeiten über die Sonntagsruhe einer allgemeinen Durchsicht zu unterwerfen. Wer die englischen Sonntagsruhegesetze kennt, ist sehr geneigt, darüber zu spotten. Aber es ist sicher, daß bei allen Uebertreibungen des englischen Sonntagsruhe-Gedankens die Sonntagsruhe dort eine unendliche Quelle des Segens für die Erhaltung des englischen Volks- und Familienlebens ist. — Wenn wir die Sonntagsruhe ausdehnen, so leisten wir für die sittliche und geistige Wohlfahrt unseres Volkes ein ersprießliches Werk. (Lebhafter Weisfall, besonders im Zentrum.)

Abg. Bruhn (Antisemit): Ich muß dem Abg. Trimborn bestreiten, daß wir Mittelstandspolitiker gar keine Arbeiterpolitik treiben wollen. Wir wollen nur zunächst für den sehr schwer leidenden Mittelstand Fürsorge treffen. Eine gute Mittelstandspolitik schließt eine richtig aufgefaßte Arbeiterfürsorge in sich, genau so wie die von uns unterstützte Agrarpolitik gleichzeitig im Interesse der Landarbeiter liegt. Viele sozialpolitische Gesetze zugunsten der Arbeiter belasten gerade den Mittelstand, der sich so zwischen zwei Mähdsteinen, dem Großkapital und dem Terrorismus der Arbeiter, sieht. Wir wollen in erster Linie eine gesunde Mittelstandspolitik und daneben, soweit es nötig ist, eine Erfüllung der berechtigten Arbeiterforderungen. Aber die einseitige Arbeiterpolitik, der sozialpolitische Wettlauf zwischen Sozialdemokratie und Zentrum ist den Interessen der Allgemeinheit schädlich, zumal sich die Fabrikarbeiter im allgemeinen besser sehen als die Handwerkermeister. Redner verlangt ein gesetzliches Verbot des

Streikpostens. (Lachen links.) Gegen den Terrorismus der Arbeiter, gegen diese Schraube ohne Ende, muß energisch eingeschritten werden. (Weisfall rechts, Lachen links.) Ein christlicher Staat muß seine christlichen Arbeiter schützen. Die Lohnforderungen werden gestellt, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, ob die Geschäfte die erhöhten Kosten tragen können. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Weniger Arbeit und mehr Geld! Das ist das Motto der Arbeiter und die Mauer gehen als Pioniere voran. Die unerhörten Forderungen der Maurer verteuern die Bauten und die Mieten. Nicht Maßregeln zum Schutze der Arbeiter, sondern Maßregeln zum Schutze der Arbeitgeber sind notwendig. Auch der Handwerker in Magdeburg hat sich in diesem Sinne ausgesprochen. Der wirtschaftliche Kampf, den die Sozialdemokratie täglich führt, ist viel gefährlicher als der politische Kampf; gegen ihn gilt es, mit allen Mitteln einzuschreiten.

Das Krankenfallenwesen kenne ich genau. Es ist sehr bedauerlich, daß die Krankenkassen in die Hände der Sozialdemokratie gekommen sind, aber wir dürfen das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Die freie Arztwahl hat sich vielfach nicht bewährt. Ich kenne eine Kasse, die einen großen Reservefonds ohne die freie Arztwahl hatte und ihn sofort verlor, als sie die freie Arztwahl einführte. — Gewiß herrscht bei den Krankenkassen Elitenwirtschaft, aber Herr Dr. Mugdan hatte am wenigsten Anlaß, einen solchen Vorwurf zu erheben, denn nirgends herrscht eine größere Elitenwirtschaft als da wo der Freisinn herrscht. (Sehr wahr! bei den Antisemiten.)

Abg. Pauli-Potsdam (l.) spricht sich für den Befähigungsnachweis im Handwerk aus. Das Handwerk wird sich ja mit der Erklärung des Herrn Staatssekretärs abfinden müssen, aufgeben wird es aber seine Forderung nicht. Die Arbeiter üben unbedingt einen Terrorismus aus, dürfen sich also auch nicht über Verantwortung seitens des Osnabrücker Tischlereibetriebes beschweren. Ueber die Lehrlingszuchterei hat der Abg. Jubel einen einzelnen Fall herausgegriffen. (Lachen rechts.) Sicher nicht wahr! Ja, wahr ist er, das weiß ich selbst, aber es ist doch nicht im ganzen Deutschen Reich ebenso. Dann sprach Herr Jubel von einem Tischlermeister Pauli in Potsdam, der bei der Submission eines Regierungsbaues in Potsdam seine Kollegen unterboten habe. Wenn ich ebenso diskutieren wollte, könnte ich anführen, es gab mal einen Gastwirt Jubel, in dessen Gastwirtschaft den Arbeitern Bier aus schmutzigen Gläsern gereicht wurde. Wo so kommen wir nicht weiter. In der Frage des Krankenlaffenwesens lahm ich mich den Ausführungen des Herrn Dr. Mugdan durchaus anschließen. Es werden häufig fähige Beamte durch ganz unfähige Leute, die aber Genossen sind, ersetzt.

Staatssekretär Graf Bosadowsky verweist gegenüber dem Abg. Pauli auf die schlechten Erfahrungen, die in Amerika mit dem Befähigungsnachweis gemacht wurden. Ein Bauunternehmer habe mit 28 verschiedenen Arbeitergewerkschaften verhandeln müssen, um für einen Bau die nötigen Arbeiter zu bekommen.

Abg. Dr. Dahlem (l.) weist die Angriffe des Abg. Bruhn gegen das Zentrum als unbedeutend zurück und tritt für die Angelegten in der rheinischen Schifffahrt ein. Die Arbeit in diesem Gewerbe ist eine ununterbrochene auch an hohen Festtagen. Die Einführung der Sonntagsruhe ist hier dringend notwendig. (Bravo! im Zentrum.) Hierauf vertagt sich das Haus.

Präsident Graf Ballestrem beraumt die nächste Sitzung an auf Mittwoch 1 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) beantragt, morgen einen Schwerinstag abzuhalten.

Präsident Graf Ballestrem: Ich werde das Haus darüber abstimmen lassen. Ich kann es mit meiner Verpflichtung, den Etat rechtzeitig fertig zu stellen, nicht vereinbaren, Schwerinstage abzuhalten.

Das Haus beschließt gemäß dem Antrag Müller-Sagan. Präsident Graf Ballestrem legt nunmehr auf die morgige Tagesordnung den Antrag Dr. Abt (fr. Sp.) auf Neueinteilung der Reichstags-Wahlkreise. Schluß 5¹/₂ Uhr.

Partei-Nachrichten.

Das Strafkonto der Arbeiterbewegung wurde im Februar mit vier Jahren, fünf Monaten, einer Woche und sechs Tagen Freiheitsstrafen und 1212 M. Geldstrafe belastet.

Parteipresse. Die Genossen in Bremen beschäftigten sich in der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins mit der Frage der Umwandlung ihrer Zeitung in ein Abendblatt. Der Vorschlag wurde von der Redaktion und der Geschäftsleitung vertreten mit der Begründung, daß das Blatt dadurch aktueller gemacht werden könne. Nach eingehender Debatte beschloß die Versammlung die Wahl einer Kommission, die die Frage unter Hinzuziehung von Sachverständigen prüfen soll.

In einer Konferenz für den Wahlkreis Remscheid-Lennep-Rettmann wurde verhandelt über den Versuch der Remscheider Genossen, unter Umgehung der Kreisorganisation ein Lokalblatt für Remscheid zu gründen. Die Remscheider Genossen finden die Behandlung ihrer lokalen Angelegenheiten durch die „Elsfelder freie Presse“ ungenügend. Sie wollen deshalb auf eigenes Risiko ein Blatt gründen und erklären, auf jede materielle Unterstützung durch die Partei verzichten zu wollen. Nachdem die Konferenz vier Stunden verhandelt und die meisten Redner die Pläne der Remscheider Genossen mißbilligt hatten, sollte über eine Resolution abgestimmt werden, die diese Mißbilligung ausdrückte. Jetzt rüdten die Remscheider mit der Mitteilung heraus, daß sie bereits mit der „Arbeiterstimme“ in Solingen einen Vertrag auf Lieferung eines Kopfblasses für Remscheid abgeschlossen haben. Dieses ungebührliche Verfahren erregte große Entrüstung. Die Mißbilligungsresolution wurde dann trotzdem angenommen.

Berichtigung. Unser in Lüneburg verstorbener Parteifreund heißt nicht Lobsfried, sondern Leibfried.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Durch Singen am hellen Mittag sollen eine Anzahl junger Mädchen in Oberstedt ruhestörenden Lärm und groben Unfug verübt haben. Die Mädchen sollen deshalb je 10 M. Geldstrafe bezahlen laut Strafbefehl des Amtsgerichts Magdeburg-Kustadt. Es haben nämlich ein Pastor und ein Rektor an dem Inhalt des Liedes Anstoß genommen. Das Lied ist seinerzeit unter der Ueberschrift „Stille Nacht“ in der „Magdeburgischen Volksstimme“ veröffentlicht worden und wird auch nach der Melodie des bekannten Weihnachtsliedes gesungen, hat jedoch einen anderen Text.

Gewerkchaftliches.

Zentrums-Gewerkchaften und Zentrums-Unternehmer. Aus dem Rheinland wird uns geschrieben: Bei der Firma August Heinrichs in Aachen traten im Dezember die Steindrucker, Kupferdrucker und Buchbinder in eine Lohnbewegung, um die Einführung eines Tarifs zu erreichen. Die Gehältern waren zumeist in dem christlichen Verbande für das graphische Gewerbe organisiert. Da der Inhaber der Firma, ein guter Katholik und Zentrumsmann, alle Verhandlungen ablehnte, so waren seine proletarischen Glaubens- und Parteigenossen gezwungen, am Vorabend des Festes der christlichen Liebe, am 24. Dezember, die Kündigung einzureichen, und da der Unternehmer auch während der Kündigungsfrist den Herrenstandpunkt nicht verließ, traten am 7. Januar etwa 20 Gehältern in den Ausstand. Nach 14 Tagen mußte der Unternehmer jedoch den Tarif im wesent-

lichen anerkennen, obwohl ihn neben anderen Zeitungen auch das Aachener Zentrumsbblatt „Echo der Gegenwart“ durch Arbeitswilligen-Inserate unterstützt hatte. Herr Heinrichs weigerte sich aber entschieden, den seit zehn Jahren bei ihm tätigen Maschinenmeister, den Vorsitzenden der Aachener Ortsgruppe des christlichen Verbandes, wieder einzustellen. Und dieser Tage hatte sich der christliche Vorsitzende infolge einer Denunziation des Herrn Heinrichs vor dem Schöffengericht zu verantworten, weil er dessen arbeitswillige Arbeiterinnen bedroht haben soll. Die Kenntnis von den „Bedrohungen“ hat der Unternehmer durch Nachfragen erlangt; keine Arbeiterin hatte sich beschwert, und die von dem Vorsitzenden des Gerichts an die Zeuginnen gerichtete Frage, ob sie sich bedroht gefühlt hatten, wurde verneint. Trotzdem erkannte das Gericht wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung auf fünf Tage Gefängnis.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Schneider.

Am Montag veranstaltete der Verband der Schneider drei Versammlungen, welche der Propaganda für die Forderungen dienten, die in den Berliner Detailgeschäften der Herrenkonfektion durchgeführt werden sollen. Es handelt sich nur um eine Lohnbewegung im engeren Sinne des Wortes, denn es ist den organisierten Schneidern vor allem darum zu tun, daß die oft besprochenen schreienden Mißstände, die gesundheitsgefährlichen Zustände beseitigt werden, welche eine notwendige Folgeerscheinung der Heimarbeit sind. Demgemäß wird an die Geschäftsinhaber in erster Linie die Forderung gestellt, daß die Arbeiten in eigenen, den modernen Anforderungen der Hygiene entsprechenden Werkstätten hergestellt werden. Im einzelnen wird in dieser Hinsicht verlangt, daß Souverain- und Manjardenräume nicht als Werkstätten benutzt werden; daß die Werkstätten für die darin Beschäftigten genügend Luft und Licht bieten; daß der Bülgefraum vom Arbeitsraum getrennt ist; daß der Arbeitgeber für regelmäßige und gründliche Reinigung der Werkstätten, sowie für gutes Trinkwasser, Waschgelegenheit und Spundnäpfe zu sorgen hat. Die tägliche Arbeitszeit soll nicht mehr als 10 Stunden betragen. Als Mindestlohn werden 5 M. für männliche Arbeiter, 2,50 M. für Arbeiterinnen gefordert. Ueberstunden- und Sonntagsarbeit soll nur in dringenden Fällen zulässig sein und dann mit einem Aufschlage von 25 Proz. für Ueberstunden und 50 Proz. für Sonntagsarbeit bezahlt werden. Sämtliche Arbeitsgeräte und Futuraturen soll der Arbeitgeber liefern — Die Arbeitgeber werden erucht, diese Forderungen bis zum 15. August durchzuführen und dem Verbands bis zum 15. März mitzuteilen, wie sie sich dazu stellen.

Die Versammlung in Henfels Saal in der Invalidenstraße war sehr gut besucht. Der Referent Holzhausen begründete die vorstehenden Forderungen. Er schilderte die Verhältnisse, welche sich in dem hier in Frage kommenden Zweige der Konfektion herausgebildet haben. Die großen Geschäfte dieser Branche geben die Arbeiten an den Konfektionär, dieser überträgt sie dem Zwischenmeister und nachdem beide einen erheblichen Teil vom Arbeitslohn eingestekt haben, bleibt für den Arbeiter, der die Sachen anfertigt, nur ein Hungerlohn im wahren Sinne des Wortes übrig. So werden beispielsweise für Paletots, welche die Firma Rudolph Herzog für 70 bis 100 Mark verkauft, dem Arbeiter Löhne von 7, 9, höchstens 10 M. gezahlt. Für Jacketts, die zu Anzügen für 70 bis 80 M. gehören, erhält der Arbeiter einen Lohn von 3,50 M. Für einen auf Seide gearbeiteten Gehrock werden 7,50 bis 9 M. Arbeitslohn gezahlt. Trotz der unerhöht niedrigen Löhne wird eine ebenso saubere Arbeit verlangt, wie in den besten Maßgeschäften. Diese elenden Zustände müssen abgeschafft werden, und deshalb gilt es vor allem, das Zwischenmeisterum, die Wurzel des Übels, zu beseitigen und die Geschäftsinhaber zur Einrichtung eigener Betriebswerkstätten zu veranlassen. Der Verband der Schneider wird für diese Forderungen unermüdet agitieren, nicht nur unter den Kollegen, sondern auch unter der Bevölkerung Berlins, die durch Flugblätter auf die bestehenden Mißstände aufmerksam gemacht und zur Unterstützung der gerechten Forderungen der Schneider aufgefordert werden soll.

Was der Referent über die traurige Lage der Schneider ausgeführt hatte, wurde in der Diskussion durch Anführung von Einzelfällen in vollem Maße bestätigt. Unter anderem sagte ein Redner, er habe am Montag durch eine Verhandlung vor dem Gewerbegericht erfahren, daß Burschenjacketts für die Firma Richter u. Co. mit einem Arbeitslohn von 50, 60, 70 Pf., je nach der Größe, bezahlt wurden. Ein geübter Konfektionschneider könne nicht mehr als drei solcher Jacketts pro Tag fertigmachen.

Die Versammlung, welche in Schulz festfällen in der Belfortstraße tagte, zeigte durch die große Zahl der Besucher sowie durch ihren Verlauf dafür, daß in diesem Stadtteil das Interesse für die Erringung erträglicher Arbeitsbedingungen sehr reg ist. Es waren größtenteils kränzlich und überarbeitet aussehende Menschen, die hier versammelt waren, und namentlich sah man es den Frauen an, wie verberlich die schrankenlose Ausbeutung in der Konfektionsindustrie auf die Gesundheit einwirkt. Mit Recht hob der Referent Sabath herpor, daß nur durch Einführung von Betriebswerkstätten und bestimmten Minimallöhnen dem Elend gesteuert werden kann, und es war verwunderlich, daß sich noch ein Diskussionsredner fand, der meinte, man solle lediglich 20 Proz. Aufschlag auf die Arbeitspreise verlangen, ohne zu bedenken, daß die Durchführung einer solchen Forderung ganz unmöglich ist. Die Versammlung erklärte sich durch einstimmige Annahme der Resolution mit den vom Verband der Schneider an die Detailgeschäfte der Herrenkonfektion gestellten Forderungen einverstanden.

In der Versammlung, die im „Ewinemünder Gesellschaftshaus“ abgehalten wurde, sprach Käming. Seine Ausführungen fanden den lebhaften Beifall der Anwesenden. Wie überaus erbärmlich der Verdienst und die Lebenshaltung der Konfektionschneider sind, das zeigte ein Diskussionsredner an folgendem markanten Fall: Ein Schneider, Vater von vier Kindern, war kürzlich um Armenunterstützung eingekommen, obwohl er tagaus tagein für eine Konfektionsfirma tätig war. Als der Armenordner sich persönlich nach den Existenzverhältnissen des Schneiders erkundigte, fand er, daß dieser Jacketts für die Firma zum Lohnsache von 2,50 Mark pro Stück in Arbeit hatte. Bei der Sorgfalt, die in der Bearbeitung der Ware vorgeschrieben war, konnte der Mann unter größter Anstrengung nur 5 Jacketts pro Woche fertigmachen, was einen Wochenverdienst von 12,50 Mark ergab. Von diesem Hungerlohn hatte der Schneider nun aber noch 2 M. für seine Nähmaschine abzuzahlen und die üblichen Arbeitsauslagen zu tragen, so daß ihm zur Ernährung seiner Familie ein Betrag von — zifra 9 M. verblieb. Unter solchen elenden Verhältnissen muß ein Konfektionsarbeiter dahinvegetieren, der regelmäßige Beschäftigung hat! Dem Armenordner blieb unter diesen Umständen denn auch weiter nichts übrig, als dem Manne die Armenunterstützung anzuweisen. Somit muß also die Stadt dem Schneider einen Teil des Lohnes zahlen, den ihm die betreffende Konfektionsfirma unter skrupelloser Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Uebermacht vorenthält. Gewiß ein drohendes Bild aus unserer „gottgewollten“, „herrlichen“ Gesellschaftsordnung! Eine Diskussionsrednerin schilderte sodann in ergreifender Weise, wie infolge der überaus niedrigen Stücklöhne die Schneider gezwungen sind, ihre eigenen Kinder für das Kapital fronden zu lassen. Häufig hat sie es angetroffen, daß Kinder im zarten Alter bis herunter zu 8 oder 9 Jahren bis über 10 Uhr abends hinaus mit nähen helfen müssen. Keiner der vornehmen Stunden der großen Konfektionshäuser denkt wohl daran, daß an dem eleganten Anzug, den er sich in einem sogenannten erstklassigen Geschäfte kauft, der Blutschweiß zarter ausgemergelter Kinder fließt.

Nach Schluß der überall sehr regen Diskussion wurde in allen Versammlungen folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit den Forderungen des Ver-

Handes der Schneider und Schneiderinnen einberstanden; sie erklärt weiter, daß nur auf diesem Wege eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Wollkonfektion und Konfektion zu erwarten ist. — Sollten die Inhaber der in Frage kommenden Geschäfte die Erfüllung der Forderungen ablehnen, beziehungsweise ignorieren, so spricht, in Anlehnung an die Beschlüsse des letzten Heimarbeiterskongresses, die in der Heimarbeit der Schneiderin beschäftigte Arbeiterin die Erwartung aus, daß ihr die wählend und nach diesem Kongress zugesagte moralische Unterstützung seitens aller Bevölkerungsklassen auch zuteil wird. — Zu diesem Zweck beauftragt die Versammlung den Verband der Schneider und Schneiderinnen, die ihm geeignet erscheinenden Schritte bei den zuständigen Instanzen in die Wege zu leiten.

Achtung, Tapezierer! Wir ersuchen die Kollegen, die Näherinnen ihrer Werkstätten auf die heute abend 8 Uhr in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20, stattfindende Näherinnenversammlung aufmerksam zu machen.

Achtung, Schuhmacher! In der Schuhfabrik von A. Schneider, Rungestraße 18, sind Differenzen ausgebrochen. Zutritt ist ferngehalten. Verband Deutscher Schuhmacher, Johannisstr. Berlin.

Der gemerkte Bademeister der Badeanstalt „Süd-Ost“ ersucht uns um Aufnahme folgender Erklärung:

In Nr. 53 Ihrer Zeitung vom 3. März befindet sich eine Verächtigung des Besitzers von Bad „Süd-Ost“, Herrn Jäger, wonach der betreffende Bademeister wegen seines Betragens beim Einfordern der Trinkgelder und eines höchst unpassenden Ausdrucks mit Bezug auf dem Besitzer entlassen worden wäre. Diese Verächtigung kann ich nicht stillschweigend über mich ergehen lassen, denn sie ist durchaus nicht zutreffend. Der Sachverhalt war folgender: Ich hatte im Bad „Süd-Ost“ feinerzeit einen Verdienst, der jeder Beschreibung spottet; in den letzten 84 (vierundachtzig) Arbeitsstunden 15,95 M. — Als der Besitzer am 3. Januar noch nichts merken ließ betreffs des Tarifs, der am 1. Januar in Kraft trat, fragte ich ihn, welche Vorteile ich aus dem Tarif zu erwarten hätte. Er sagte, er könne noch nichts machen, da die Krankenkassen noch nichts bewilligt hätten. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß in der „Bademeisterei“ habe, der Tarif ist nicht abhängig von den Verhandlungen mit den Krankenkassen. Darauf erwiderte der Besitzer, daß ich nichts fordern dürfte, wenn auch Schilder ausgehängt seien. Am nächsten Sonnabend waren die Schilder noch ausgehängt. Als eine Reihe von Gästen

keine Bedienung bezahlt hatten, sagte ich zu einem Gast: „Vom 1. Januar ab kostet die Bedienung 10 Pf., die betreffenden Schilder sind nur noch beim Glaser.“ Dieser Gast hat sich beim Besitzer beschwert, worauf mir der Besitzer Vorhaltungen machte. Ich gab eine ausweichende Antwort. Am anderen Morgen rief er mir zu: „Dah Sie mir ja nicht wieder Bedienungsgelder verlangen!“ worauf ich mit „Nein“ antwortete. Dem Herrn Besitzer war aber dieses Verhalten noch nicht genug, sondern er rief noch: „Sonst werden Sie entlassen!“ Ich sagte: „Herr Jäger, Sie können doch nicht verlangen, daß ich ganz umsonst arbeite.“ Diese Äußerung hielt der Herr für so ungehörig, daß er mir allerlei Liebenswürdigkeiten sagte, auf die ich nicht weiter eingehen will, weil ich verklagt habe wegen tätlicher Beleidigung und das gerichtliche Urteil noch aussteht.

Deutsches Reich.

In der Lederfabrik von Reumann in Wittenberg sind die Arbeiter am 6. März in einen Abwehrstreik getreten, da Herr Reumann die kürzlich vereinbarten Bedingungen durchbrochen hat und seinen Arbeitern das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht zu rauben versucht. — Zutritt von Lobgerbern ist streng ferngehalten.

Achtung, Metallarbeiter! Wir ersuchen den Zutritt nach Hannover ferngehalten, wegen Streik. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Bauarbeiter Kreuels, Maurer sowohl als Bauhilfsarbeiter, wollen, wie uns unser dortiger Korrespondent mitteilt, mit den Unternehmern einen längeren Vertrag abschließen und haben ihre Forderungen eingereicht. Doch verhalten sich die Unternehmer vollständig ablehnend. Die zehnstündige Arbeitszeit wollen sie akzeptieren; doch stehen sie auf dem Standpunkte, daß der Lohn nur nach Leistungen bezahlt wird. Sie lehnen sogar das Gewerbegericht als Schiedsgericht ab; es war dieses in dem Verträge vorgesehen. Den Bauhilfsarbeitern wollen sie überhaupt keine Zugeständnisse machen, ergingen sich vielmehr in Beleidigungen gegen die Vertreter derselben. Wohl hatten sie den Versuch gemacht, mit den Christlichen und Unorganisierten einen Vertrag zu schließen, doch scheiterte dieser Versuch an dem Proteststandpunkt, den die Unternehmer einnahmen. Das Herr im Hause wird von denselben in der rücksichtslosesten Weise herbeigeführt; deshalb wird der Kampf, der entbrennen wird, ein heftiger sein. Die Bauarbeiter sind aus dem Grunde im Vorteil, daß eine Anzahl größerer öffentlicher Gebäude errichtet werden; die Hauptsache ist, daß der Zutritt ferngehalten wird.

Gleichzeitig sind die Anstreicher, Stukkateure und Zimmerer in die Lohnbewegung eingetreten, auch diese Gruppen beabsichtigen längere Ausstände mit den Unternehmern abzuschließen. Doch ist wenig Aussicht vorhanden, daß auf dem Wege der Verhandlungen viel zu erreichen sein wird, auch hier stellen sich die Unternehmer sehr halbfertig, so daß es schließlich zu Streiks kommen kann.

Steinfeker. Die Differenzen in Prenzlau sind erledigt. Der Steinfeinmeister Schmidt hat den Tarif ebenfalls bewilligt.

Ausland.

Eine große Mauererstreikung hat die dänische Arbeitervereinigung angekündigt, und zwar für die Städte Horsens, Vejle, Svendborg, Maribo und Rydåbing auf Falster. Die Ausperrung soll am Sonnabend, den 11. März, durchgeführt werden, falls bis dahin keine Einigung erzielt wird. Es finden gegenwärtig Verhandlungen über die Streitfragen zwischen den Vertretern der Hauptorganisationen der dänischen Arbeiter und Arbeitgeber statt.

Der Konbitorenstreik in Stockholm ist bei den Mitgliedern des Konbitorenmeistervereins noch immer nicht beendet. Er dauert jetzt schon 17 Wochen, dennoch denken die Streikenden nicht daran, die Arbeit wieder aufzunehmen, bevor ihre Forderungen bewilligt sind. Der Boykott der von Streikbrechern angefertigten Waren hat sich teilweise als sehr wirksam erwiesen.

Die Eisenbahner New Yorks sind gestern früh auf den Untergrund- und Hochbahnen in den Ausstand getreten infolge der Weigerung der Verwaltung, die gestellten Forderungen zu bewilligen. Der Ausstand erstreckt sich auf 5000 Angestellte und hemmt fast den ganzen Verkehr, sobald es für viele Bewohner der unteren Stadt unmöglich ist, zur richtigen Zeit ihre Geschäftsstellen zu erreichen. 3000 Polizeibeamte bewachen die Stationen der Untergrund- und Hochbahnen. Am Nachmittag waren die Züge teilweise mit neuem Personal besetzt. Nach 4 Uhr morgens war es dem Publikum gestattet, auf den Untergrund- und Hochbahnen auf eigene Gefahr (!) zu fahren. Abteilungen der Ausständigen stehen an den Eingängen zu den Stationen und warnen die Fahrgäste vor der Fahrt, die infolge der Unzufriedenheit der Streikbrecher gefährlich sei. Nach 8 Uhr verkehrten die Züge auf der Untergrundbahn etwas häufiger, auch fuhren einige Schnellzüge.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Wittmoß, den 8. März.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Bajazzo. (Pagliacci.)
Cavalleria rusticana. (Maurerchöre.)
Neues königl. Opern-Theater.
Geschlossen.
Deutsches. Schuffeldens.
Vertliner. Der Kaiserjäger.
Leffing. Ein Volksfeind.
Wesien. Blauer Blut.
Zentral. Die Jurbeirat.
National. Die Jüdin.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Thalia. Der Kilometerfresser.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater.)
Im Hofen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmshändliches Theater.)
In Behandlung.
Kleines. Abschied vom Regiment.
Angele.

Reichens. Hotel Compagnon.
Lustspielhaus. Der Familienstag.
Zeitanon. Das Abenteuer des Herrn Malezieng.
Die Briefstunde.
Ein peinlicher Zwischenfall.
Deutsch-Amerikanisches. Kein Jost.
Luisen. Göt von Berlichingen.
Belle. Alliance. Der beste Tip.
Carl Weik. Die Kinder des Kapitan Grant.

Metropol. Die Herren von Maxim.
Apollo. Das Weichenmadel.
Kaisers. Heirat auf Probe.
Gernfeld-Theater. Die Heirat.
Wassage-Theater. Die 5 Locken.
Bollen Ration. Spezialitäten.
Reichshallen. Ertimer Säng.
Palast. Wie man Weiber fesselt.
Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Im Theater und sein Gebiet.
Der Stimpfen und sein Gebiet.
Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtstraum.
Donnerstag: Ein Sommernachtstraum.
Freitag: Der Graf von Charolais.
Sonnabend, Sonntag: Ein Sommernachtstraum.

Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Angele.
Vorher: Abschied vom Regiment.
Donnerstag: Nachtasyl.
Freitag zum erstenmal: Sanna.
Sonnabend: Angele. Der Bär.
Sonntag: Angele. Abschied vom Regiment.

National-Theater
Weinbergstr. 19.
Wittmoß, den 8. März 1906:
Die Jüdin.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Donnerstag: Entensale. Götspiel des Theater des Westens. Die neugierigen Frauen.

Kasino-Theater
Lohstingerstraße 37 (Hollenshale Tor.)
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2—8 Konzert.
Heirat auf Probe.
Vorher das vollst. neue Programm.
Sonntag nachmittags 4 Uhr: Mutter Gräbert. (Meine Preise.)

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Der Simplon und sein Gebiet.

Sternwarte
Invalidenstr. 57/62.

P. GASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Das sensationelle Riesen-Mädchen!!!
Rosa Wedsted,
2 Meter 20 cm hoch,
größte lebende Riesin der Welt.

Zentral-Theater
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Juxheirat.
Operette in 3 Akten von Jul. Bauer.
Musik von Franz Lehár.
Morgen und folgende Tage: Die Juxheirat.
Sonnabend nachm.: Der gestiefelte Kater. Abends: Die Juxheirat.
Sonntag nachm.: Die Fledermaus.
Abends: Die Juxheirat.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Göt von Berlichingen.
Donnerstag: Opern-Götspiel des National-Theaters: Die Jüdin.
Freitag: Das Stillsitzen.
Sonnabend: Der neue Stillsitzen.
Sonntag nachm.: Dorf und Stadt.
Abends: Regentropfen auf Neffen.
Montag: Göt v. Berlichingen.

Apollo-Theater.
Täglich:
Das Weichenmadel.
Rust von Prof. Josef Heilmesberger,
1. Postapostmeister.
Josefine Vettori a. G.
Willi Bauer a. G.
Vorher 8 Uhr: Neue Spezialitäten.
Sonntag, 12. März, nachmittags 3 Uhr, ermäßigte Preise: Berliner Lust und Spezialitäten.

Metropol-Theater
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Giampietro.
Josef Josephi. Anton Grünfeld.
Frid Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballott.)
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.
Sonnabend, den 11. März:
Großer Metropol-Theater - Ball.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Zwischen zwei Herzen.
Schausp. in 4 Aufz. von Richard Boh.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: Ball.
Bergzugarten zu halben Preisen haben Gültigkeit.
Sonntag, 12. März, nachmittags: Das Mädchen von Heilbrunn.
Abends 7 Uhr: Der Goldschloß.

Schiller-Theater
Friedrich-Wilhelmshändliches Theater.
Wittmoß, abends 8 Uhr:
Im Hofen.
Drama in 3 Akten von Georg Engel.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Leibalte.
Freitag, abends 8 Uhr:
Medea.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kraus & Schönfeld. Belle Alliancestr. 7/8.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Stürmischer Lacherfolg!
Der Kilometerfresser
Charleys Tante.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: Großes Urbock-Jubelfest.
Internationale Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Zirkus Schumann.
Heute Wittmoß, den 8. März, abends 7 1/2 Uhr:
Große Wohltätigkeits-Vorstellung
zum 5. Lokal-Kommissariats des besten Nationaldank für Veteranen.
Ganz exquisites Gala-Programm.
Die glänzenden neuen Spezialitäten u. die größte Sensation der Gegenwart!

Mr. Cph. Thompsons
wunderbar dressierte Elefanten-Herde,
worunter der einzig existierende Saltomortale schlagende Elefant.
Ferner: Die Alb. Schumanns neue moderne Dressuren.
Um 9 1/2 Uhr: Preislos das bestehende Erfolg! Die große Schumannsche mit wahrenharter Procht inszenierte Kostümrings-Pantomime:
Eine Nordlandsreise
im Strahle der Mitternachts-Sonne.
7 hervorragend schöne Bilder.
ca. 400 Mitwirkende. 2 Russkorps.
Neue Einlagen.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenickerstr. 67/68, Stat. Jannowitzbr.
Jed. Abd. 8 Uhr: Gastsp. Ad. Philipp.
Der große Erfolg!!
107.
Zum Malo:

NEW-YORK
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise
Ueber'n großen Teich.
Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
KONZERT.
Der dümmste Max u. der kluge Hans.
Diensttag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiserjäger:
Tanz.

Belle Alliance-Theater.
Friedrich-Wilhelmshändliches Theater.
Wittmoß, abends 8 Uhr:
In Behandlung.
Komödie in 3 Aufzügen von Max Dreyer.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Im Hofen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Leibalte.

Der beste Tip.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Keas ober: Genie und Leidenschaft.
In Vorbereitung: Die Rote.

Vorletzter Tag!
Zirkus Busch.
Um 7 1/2 Uhr:
Mit noch nie dagewesenem Erfolge die große Ausstattungs-Feerie:
Katharina II.
Um 9 Uhr: Beginn d. zirkusischen Vorstellung.
Vor 10 Uhr:
Fortsetzung der Gr. Internationalen Ringkampf-Konkurrenz.
Mk. 7500.- Geldpreise in bar.
Ehren-Protectorat:
Herr Professor Reinhold Bogas.
Alle Kämpfe werden bis zur Entscheidung durchgeführt.
Morgen letzte Vorstellung und Schluß d. Ringkampf-Konkurrenz.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Das Abenteuer d. Hrn. Malezieng
Die Driestische.
Ein peinlicher Zwischenfall.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Die glückliche Gilberto.

Residenz-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Hotel Pompadour.
Schaupl. in 3 Akten v. Anthony Ward u. Leon Karcov. Deutsch v. M. Schönau.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nora.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater.
Frankfurter-Allee 85.
Das großartige März-Programm.
24 erstklassige Nummern.
Neu! Wolly Neu!
oder: Die Folgen eines Hintereckpans-Romans.



Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater.
Frankfurter-Allee 85.
Das großartige März-Programm.
24 erstklassige Nummern.
Neu! Wolly Neu!
oder: Die Folgen eines Hintereckpans-Romans.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.
Novität! Täglich: Novität!
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.
Kommerzienrat Meyerhain:
Donat Herrnsfeld.
Pfechowski, Herausgeber des „Scheinwerfers“:
Anton Herrnsfeld.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11—2 Uhr.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Sonntagmittags 12 Uhr zum erstenmal: Hans im Glück.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Penjion Schöllers.
Schaupl. in 3 Akten von E. Laus.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag: Extra-Elite-Vorstellung: Lumpazivagabundus.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonnt. 3, Woherstr. 51/52.
Das beste Programm Berlins
The five sisters
Lorrison
die bekannten Frauen Schönheiten.
Bokken Lasson
die exotische Strahlsängerin.
Die Picchiani-Truppe.
14 neue Nummern.
jede hervorragend.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Im Bistorta-Theater zu Berlin über 700 Mal aufgeführt.
Die Kinder des Kapitan Grant.
Abends 8 Uhr:
Morgen und folgende Tage: Die Kinder des Kapitan Grant.
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder-vorstellung: Aschenbrödel oder: Der silberne Pantoffel.

Rheumatismus
Gicht, Gliederreizen, Nervenschmerzen, Hüftweh etc.
verschwinden nach kurzer Zeit durch äußerlichen Gebrauch von „Electricum“ (Netherisches Stiefmader-Waldmoos). Einfaches und unschädliches Naturprodukt von starker und durchgreifender, sofort schmerzstillender Wirkung.
Tausende verdanken „Electricum“ ihre Gesundheit.
Fl. Mk. 1.— u. 2.—, franko 2.50.
BERLIN 49, Eisenbahnstr. 4.

Wie man Weiber fesselt.
Militär-Gefangenspieler von Reisingen, Verfasser von „Mutter Gräbert“, „Lisel Cohn“, „Wie einst im Mai“, „Vor und nachher“, „Die glänzenden März-Spezialitäten ersten Ranges.“
Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert.
Entree 50 Pf.
Freitag: Der Pfarrer von Kirchfeld.
Sonnabend: Keine Vorstellung.
Vorzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenpreise.

Palast-Theater
Burgstr. 22, früher Feen-Palast.
Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert.
Entree 50 Pf.
Freitag: Der Pfarrer von Kirchfeld.
Sonnabend: Keine Vorstellung.
Vorzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenpreise.

WINTERGARTEN
Neues Programm.
SAHARET.
Herbert Lloyd, Amerikan. Komiker. Dianda, Dressierte Affen. Dorothy Clark, Engl. Sängerin. Stellung u. Revell, Kom. Reckturner. Dr. Angolo, Lebende Porzellanfiguren. Pas de deux, Orientalischer Tanz. The Novelles, Europa in Indien. Diane de Fontenoy, Lebende Bilder. Mistinguette, Pariser Sängerin. Kaufmann-Truppe, Kunstradfahrerin. Doherty Sisters, Amerikan. Sängern und Tänzerinnen. Biograph, Serienbilder.

Otto Pritzko's
Abnormalitäten - Ausstellung
Rungstraße 10.
Täglich Vorstellung
Die Riesin Hona, 485 Pfd. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.

Medizinische Rätsel, anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!

Sanssouel.
Kollischer Tor - Stat. der Hochbahn
Heute Wittmoß:
Eine Nacht in Berlin
Poffe in 4 Akten.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzchen.

Maifeier!
Soeben erschien bei uns:
Der beste Wunsch.
Dramatisches Märchenpiel von Anna Käbergl.
Preis M. 1.50.
Von hinreißender, packender Wirkung. Ergiebt bei seiner Vorkaufsprüfung Riesenerfolg. Ueberall leicht aufzuführen.
Maifest - Abzeichen in Rabelform. Postkarten etc. zu billigsten Preisen.
Rauh & Pohle,
Leipzig, Hospitalstraße 21.

Volksgarten - Theater
(früher Weimann).
Mittwoch, den 8. März er.:
Das Stiftungsfest.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Ball.**

Skala-Theater.
Eintragsstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Deta Waldau
Johie
20 internat. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

Neues Konzerthaus
Grand Hotel Alexanderplatz.
Gr. Kurt Goldmann-Konzert
unter Mitwirkung des Salon-Gamocisten **G. Bonné.**
Anfang 8 1/2 Uhr.
Seine Söhne in Berlin wie Blumengarten empfehlen zu Versammlungen und Festlichkeiten jeglicher Art. (33232)
Albert Moerner.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Anf. Hochfesttags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Zielführe an dem Nummer, welchen sich jedes 8 Tage woher zu haben

C. Joëls Viktoria - Garten.
11 Kegelbahnen. Köpenicker Landstr. 21. Theaterbühne.
Jeden Sonntag: Grosser Ball
unter Leitung des Tanzmeisters Herrn C. Zinns.
Empfehle meinen renovierten Saal und Garten, 5000 Personen, für Winter- und Sommer-Geschäfte allen Vereinen und Gesellschaften.

H. Detert, Möbelfabrik,
Fruchtstraße 32. 21512*
Komplette Wohnungs-Einrichtungen.
Einzel-Verkauf.
Nur Fabrikgebäude. Kein Laden.

Zur gefl. Beachtung!
Allen Freunden, Bekannten, Vereingenen und Kollegen zur Mitteilung, dass ich in der Schillingstr. 24 eine Schenkwirtschaft eröffnet habe.
Bisshinige Besuche und ergebenst
Leo Ostrowski,
Schenkwirt,
Schillingstr. 24.
29225

Bürgerbad
NO. Weberstr. 40 b.
Schönste Badeanstalt Berlins.
Ruffisch-Röm. Bäder mit dem in allen Staaten patent. Licht-Luftperl-Bassin. Besondere ärztliche Medizin. Abteilung für elektr. Licht- und Dampfheilbäder.
Rechenle I. u. II. Klasse mit elektr. Beleuchtung.
Annahme sämtl. Krankenkassen.
Billigste Bezugsquelle von Garnituren, Pancellos, Rutsche, Sofas, Schlafsofas, Chaiselongues, Bettstellen mit Watray, Kleiderständer, Vertikal, Spiegel in voller Ausführung. Langjähr. Gar. * Neumann, Tapes, Oranienstr. 202.

Sofastoffe
Auswahl aller Qualitäten.
Wolle, Reste! Mocquettos, Plüsch, Satteltaschen.
Muster b. näher. Angabe franko.
Emil Lafèvre, Berlin, 158,
Oranienstr.

Möbel,
ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stühle äußerst billig. Eigene Tischlerei-Werkstatt.
Wiehr, Petrusburgerstr. 62.
Berlin O., 22170*

Steppdecken
kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik. 72 verschiedene 72, wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden.
C. Strohmayer, Berlin 14,
Friedrichstr. 202/203

Verband d. Tapezierer, fil. Berlin.
Tapezier-Näherinnen!
Mittwoch, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
Welche Vorteile können die Näherinnen durch die Lohnbewegung der Gehälften erreichen?
Die Verbandsleitung.
177/13

Soeben erschien in unserer Verlage der **Jahresbericht der Sandgemeinde-Ordnung** für die sieben städtischen Bezirke der Romarchie.
Dieser Jahresschrift gibt nicht nur die einzelnen Paragraphen wieder, sondern erläutert dieselben auch ausführlich, so dass er ein wertvolles Nachschlagebuch namentlich für die Gemeindevorstände und die Genossen bildet, welche die Mitbestimmung in den städtischen Bezirken leiten. Preis 30 Pf.
Ferner sind zu haben:
Führer durch das Invalidenversicherungsgesetz
durch das Gewerbenfallversicherungsgesetz
durch das Unfallversicherungsgesetz
durch das Unfallversicherungsgesetz für Forst- und Landwirtschaft
für den Militärfürsorge. Von B. Schröder. Preis 30 Pf.
durch die Strafprozessordnung, Rechte des Angeklagten vor Strafgericht und Vollzug. Von Dr. Heinemann. Preis 40 Pf.
Das Vereins- und Versammlungsgesetz in Deutschland haben wir (soeben in zweiter Auflage, durchgesehen und revidiert herausgegeben. Dasselbe enthält ausführliche Erläuterungen zum preussischen Vereinsgesetz vom 11. März 1850 und eine Uebersicht des Vereins- und Versammlungsgesetzes nach den reichsgesetzlichen und landesrechtlichen Vorschriften. Das Buch ist mit ausführlichem Sachregister versehen und kostet 25 Pf. (33/15*)
1,25 Mark.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Branche der Korbmacher.
Donnerstag, den 9. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Krause, Köpenickerstr. 41:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Such und Karte legitimiert. — Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Die Kommission.
81/9

Arbeiter-Radfahrer-Verein Charlottenburg
(Mitglied d. Reichs-Radfahrer-Bundes "Solidarität").
Sonntag, den 11. März, in den Germania-Sälen (Auh. C. Wodrich), Charlottenburg, Spreestraße 13:
Großer Wiener Maskenball.
Nach der Demaskierung: **Reigenfahren.**
Während der Kaffeepause: **Komische Vorträge.**
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. (28375)
Es ladet hierzu freundlichst ein **Das Komitee.**
Gewinnverteilung.
Die Auszahlung der Gewinnanteile für 1904 nach § 54 der Betriebsordnung wird am **Freitag, den 10. März d. J., nachm. 5 Uhr,** erfolgen. Die im abgelaufenen Jahre von mir beschäftigten Arbeiter werden zu der der Auszahlung vorangehenden Versammlung der Fabrikmitglieder hiermit eingeladen.
Berlin, 7. März 1905.
Heinrich Freese.
28718

4. Berliner Reichstags-Wahlkreis
(Süd-Ost)
Freitag, den 10. März 1905, abends 8 Uhr:
Oeffentl. Versammlung
im Lokal „Urania“, Brangelstraße 10/11.
Tages-Ordnung:
Junkershub und Arbeiterklub. Reichstags-Abgeordneter **Georg Ledebour.**
Diskussion. 214/3*
Zahlreichen Besuch erwarten Die Vertrauensleute.

Schildermaler
und verwandte Berufe Berlins.
Heute Mittwoch, den 8. d. M., abends Punkt 8 Uhr, in Feuersteins Festsaal, Alte Jakobstraße 75:
Außerordentliche Versammlung.
Selbige ist zur Notwendigkeit geworden, da die Unternehmer der Schilderbranche durch unbotmäßiges Vorgehen gegen die einzelnen unserer Mitglieder und zwingen, schon morgen Stellung zu unseren Forderungen zu nehmen.
Erscheint pünktlich und macht es Euch zur Ehrensache, zu der für Euch so wichtigen Versammlung zu agieren, daß auch keiner unserer Leute fehlt.
Die Verwaltung.

Handlungsgehülfen!
Morgen, Donnerstag, 9. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Luisenstädtischen Konzerthaus“, Alte Jakobstraße 37:
Protest-Versammlung.
Kollege **Martin Meyer** spricht über:
Zahlreichen Besuch erwartet
Zentralverband der Handlungsgehülfen und Gehälftinnen Deutschlands. Bezirk Berlin. 287/10

Innungs-Krankenkasse der Tischler-Innung.
General-Versammlung
der Vertreter der Kassensmitglieder und der Innungsmitglieder
am Montag, den 20. März, ab 7 1/2 Uhr, im **Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45.**
Tages-Ordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1904. 2. Bericht der Revisoren. 3. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern (Arbeitsnehmer). 4. Beschlußfassung über die gemeinschaftliche Krankenkassentabelle. 5. Antrag der bei der Kaffe Angestellten auf Gehaltsverhöhung. 6. Wahl der Beamten auf die Dauer von zwei Jahren.
Um pünktliches Erscheinen erlaucht
Der Vorstand.
271/1

Vereinigung der Maler, Lackierer etc.
Filiale Berlin.
Donnerstag, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Wahl der Ortsverwaltung. 2. Berichtsangelegenheiten. 3. Mitgliedsbuch legitimiert.
Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.
124/10

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.
Donnerstag, den 9. März, präzis 8 1/2 Uhr:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn **Ed. Bernstein** über: „Die Entwicklung des Sozialismus in Deutschland seit 1848.“ 3. Beschlußnahme.
Gäste willkommen. Der Vorstand.
20/12

Arbeiter-Bildungsschule Berlin
Sonntag, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 3:
Fortsetzung der Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Diskussion über den Vortrag des Genossen **Davidsohn:** „Neue Bildungsbestrebungen des Proletariats.“ 4/15*
Mitgliedsbuch legitimiert.

Friseurgehülfen.
Donnerstag, den 9. März, abends 10 Uhr, Kaiser Wilhelmstr. 18 m:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Welcher Friseurgehülfsverein vertritt die Interessen der Kollegen? Referent: **Otto Hermle.** 2. Diskussion und Anträge.
Bierke Kollegen! Die Versuche einzelner Kollegen, durch Gründung von Gehülfsvereinen Lucrabilität in unsern Reihen zu tragen, bedürfen der Klärung, wir erwarten daher, daß kein Kollege dieser Versammlung fernbleibt.
Verband (Zentral) der Friseurgehülfen, Zweigverein Berlin. 8. Tiere. 287/9

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.
Sonntag, den 12. März, vormittags 10 Uhr:
General-Versammlung
in der Neuen Welt, Gassenheide 108/114.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht und Kassensbericht sowie Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl des ersten Bevollmächtigten, des zweiten Kassierers, zweier Revisoren, zweier Beisitzer, der Auswähler der Arbeitslosen-Unterstützung, des Bibliothekars und des Registrars. — Eine Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Achtung! Klemptner! Achtung!
Die in der letzten Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ bekanntgegebene Versammlung findet wegen Verhinderung des Referenten erst am 16. d. Mts. statt. 112/30
Die Ortsverwaltung.

Uniform **Fritz Schneider**
aus Bielefeld ein dreifaches
Dad: H. P. W. I. R. E. G. M.
Nachruf.
Am Montag, den 6. d. Mts., abends 10 Uhr, verschied plötzlich infolge Herzleidens in der Krankenanstalt Heiter-Nisch bei Dresden unser hochverehrter Vorgesetzter, der Fabrikant **G. A. Hoffmann** im noch nicht vollendeten 59. Lebensjahre.
Erhättert und schmerzlos haben wir an der Bahre dieses edlen Mannes, dem wir alle wie einen Vater geliebt haben und in dem wir das Vorbild eines treuen, rechtschaffenen Mannes, sowie Kaufmannes und Arbeitgebers verkörpert haben sein dürfen, nicht in uns nie erlöschend.
Berlin, den 7. März 1905.
Das Kontor- und Fabrik-Personal der Firma **G. A. Hoffmann** Hut- und Mützen-Fabrik.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berl. Reichstags-Wahlkreise.
Unser treues Mitglied, der Metallarbeiter **Max Bauer** (2. Abteilung) ist nach kurzem schwerem Leiden im 45. Lebensjahre verschieden.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 8. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses Friedrichshagen nach dem St. Georgen-Friedhof, Landberger Allee, statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.
245/4

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Ludwig Noel** am 4. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Kolonnenstraße 12 nach dem Seebahn-Friedhof statt.
Nege Beteiligung erwartet
112/19 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.
Am Sonntag, den 5. März, verstarb unser altes Mitglied **Oskar Otto** im Alter von 30 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. März, nachmittags 3 Uhr, auf dem neuen Genuß-Friedhof in der Seefraße statt.
Gute Beteiligung wünscht
Der Vorstand.
137/3

Invaliden-Unterstützungskasse d. Steindruckers u. Lithographen.
Die Beerdigung des am 5. März verstorbenen Steindruckers **Joh. Gerhardt** findet statt am Mittwoch, den 8. März, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Andreaskirchhofes, Wilhelmberg.
Reise bis 6. April.
28125 **M. Schütte.**

Dr. Simmel, Str. 41. Privat-
Spezialarzt für **Haut- und Halsleiden.** 87/9*
10-2, 5-7. Sonntag 10-12. 2-4.
Ausschneiden Wert 4 Mk
Künstl. Zähne Naturgetreu
tadel. Ausführung äußerst billig
Schmerzlos Zahnziehen
Nervlos Zähne reinigen
Bei Bestellung umfasst
Keine extra Berechnung
Ent-Rufenzahl gestatt.
Um Misstrauen zu vermeiden
den bitte ich bring, erst bei
Vorbereitung Anwesenheit vorzuz.
Max Guckel,
Lausitzer Platz 2.

Patent-Bureau.
Anmeldung von Patenten in allen Staaten. Neueste billige Preise. Besondere Leistungen. Gleichwertigkeit u. Genauigkeit der durch uns. Dur. angegeb. Pat. Besch. v. Ideen f. Raffin. vollkommen. Spr. 10-1 und 4-6.
Wolters & Co., Wilhelmstr. 119/120.

Parteigenossen! Heute ist Zahlabend in Berlin und den Vororten!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Heute ist Zahlabend in folgenden Lokalen: Restaurant Schieber, Admiralstr. 21; Krüger, Naumynstr. 54; Stumme, Alte Jakobstr. 119; Boigt, Mitterstr. 76; Stramm, Mitterstr. 123; Manegold, Sebastianstr. 1; Engel, Sendelstr. 90; Ladeberg, Alte Jakobstr. 83; Gärtner, Michaelstr. 21; Wiederstein, Adalberstr. 61. Die Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Mariendorf. Heute Mittwoch abends 8 Uhr hält der sozialdemokratische Wahlverein seine Mitgliederversammlung ab, in welcher Genosse Schubert einen Vortrag halten wird: „Die preussische Volksschule — eine Klassenfrage“. Gäste, auch Frauen, haben Zutritt. Die Bibliothek ist eine Stunde vor Beginn der Versammlung geöffnet.

Treptow-Baumfischweg. Auch hier ist von heute ab jeden zweiten Mittwoch im Monat Zahlabend in sämtlichen Bezirken. 1. Bezirk: Schäfer, Baumfischstr. 7; 2. Bezirk: Christ, Ernst- und Marienhalerstr. 6; 3. Bezirk: Wische, Baumfischstr. 84/85; 4. Bezirk: Kleinmager, Baumfischstr. 67.

Lichtenberg! Die Gemeindevahlen finden am 15. und 16. d. M. statt. Ragt die Zeit zur lebhaften Agitation aus. Am Donnerstag, den 9. März, abends 8 Uhr, wird im Lokale von Girsch, Frankfurter Chaussee 86, der Wahlverein seine Generalversammlung abhalten. Hier werden die Parteigenossen über die aufzustellenden Kandidaten zu beschließen haben. Die Zahlabende, die heute, Mittwoch stattfinden, müssen von allen Mitgliedern wahrgenommen werden.

Lokales.

Die Aufnahmeklassen der Gemeindefschulen

Können für einzelne Lehrfächer in zwei Abteilungen zerlegt werden, die jede ihren besonderen Unterricht erhalten. Durch solche Zerlegung werden die Nachteile gemildert, die die starke Besetzung der Aufnahmeklassen den in die Schule eintretenden sechsjährigen Kindern bringt. Wenn eine achte Klasse zu 60—65 Kindern in zwei gesonderte Klassen zu je 30—35 Kindern geteilt wird, so ist wenigstens in denjenigen Lehrfächern, für die die Teilung durchgeführt wird, eine Beeinträchtigung des Unterrichtserfolges durch zu hohe Klassenfrequenzen nicht mehr zu befürchten. Als solche Lehrfächer kommen Rechnen und Deutsch nebst Anschauungsunterricht in Betracht.

Von freisinniger Seite ist versucht worden, die Verminderung der bis 69 hinaufgehenden Frequenzen der achten Klassen durch den Hinweis auf die erfolgten Teilungen zu entkräften. Aber unsere Bitte, doch einmal anzugeben, wie viel achte Klassen denn wirklich geteilt sind, ist bisher unerfüllt geblieben. Mit derselben Lustsucht suchte man sich auch in der Stadtverordneten-Versammlung zu helfen, als die sozialdemokratische Fraktion wieder einmal eine Herabsetzung der Frequenz namentlich der untersten Klassen forderte. Kürzlich trug dort ein sozialdemokratischer Redner den Wunsch vor, der Magistrat möge die Zahl der geteilten Klassen in seinen halbjährlichen Frequenzübersichten mitteilen. Der Stadtschulrat versprach das, aber er ließ schon im voraus durchkommen, daß es nicht diese sind.

Die Teilung gibt der Schulverwaltung die Möglichkeit, den etwa nicht vollbeschäftigten Lehrern den Sonderunterricht in einer geteilten Klasse zu übertragen, damit sie auch wirklich bis zur vollen Zahl ihrer Pflichtenstunden beschäftigt werden können. Besonders seit Einführung des neuen Lehrplanes, der einzelnen Klassenstufen eine Verminderung der wöchentlichen Stundenzahl brachte, gibt es manchen nicht mehr vollbeschäftigten Lehrer. Die Teilung achter Klassen wird bereitwillig gewährt, so lange sie sich noch unter Verwendung solcher Lehrkräfte ausführen läßt. Sobald aber besondere Lehrkräfte nötig werden, denen ein Ueberstundenhonorar gezahlt werden muß, läßt die Teilungsfreudigkeit nach. Auch der Stadtschulrat deutete an, daß der Kostenpunkt mitpricht.

Zur Beleuchtung dieser Verhältnisse können einige Angaben des Gemeindefschul-Etats für 1905 dienen. Dort wird vorgerechnet, daß in den Aufnahmeklassen durch Teilung des Unterrichts wöchentlich 900 Stunden mehr erforderlich sein werden. Da nun 654 achte Klassen mit wöchentlich 13080 Stunden angefaßt sind, so kann man sich ungefähr ein Bild davon machen, wie selten geteilt wird. Geteilt werden soll allerdings nur in den wichtigsten Fächern und nur in den starkbesetzten Klassen. Aber selbst unter dieser Voraussetzung ist 900 Stunden pro Woche doch wohl ein bißchen wenig. Wird nur für 10 Stunden pro Woche der Unterricht geteilt (Rechnen und Deutsch) nebst Anschauungsunterricht beanpruchend (14 Stunden), so kommt man auf nur 90 geteilte Aufnahmeklassen.

Dem Freisinn ist schon das zuzubilligen. In dem Stadtverordneten-Ausschuß, der die geplante Abänderung der Lehrerbefoldungs-Ordnung vorbereitet, ist darüber geklagt worden, daß die Teilung schon jetzt die Hauptursache der Ueberstunden sei. Man hat darauf hingewiesen, daß die Teilung ursprünglich nur „nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Lehrkräfte“ erfolgen sollte, und hat ausgerechnet, zu welchen Ausgaben eine allgemeine Teilung der achten Klassen führen würde. Die „guten Hausväter“ dürfen sich beruhigen: die allgemeine Teilung kommt vorläufig nicht. Sie ist „zu teuer“, und für die Volksschule gilt in Berlin noch immer der Grundsatz, daß sie möglichst wenig kosten darf. Billig muß sie sein, das ist die Hauptfahne. Ob sie leistungsfähiger wird, das kommt erst in zweiter Linie in Betracht.

Der Ausschuß für die in den Etat für 1905 aufzunehmenden Veränderungen hielt am Dienstag nachmittag seine zweite Sitzung unter Vorsitz des Stadtv. Wallach ab. Die Beratung wurde bei den Titularsekretären fortgesetzt; dieselben verlangen 4800 M. Endgehalt. Der Magistratsvorschlag von 4500 M. wird angenommen. Bei den Bureau-Assistenten schlägt der Magistrat ein Anfangsgehalt von 2000 M. vor, das Endgehalt soll in 11 Steigerungen mit je 200 M. nach 22 Jahren in Höhe von 4200 M. erreicht werden.

Von unseren Genossen wurde moniert, daß es doch nicht angeht, so große Unterschiede zu machen, wie es hier geschieht. Von anderer Seite wurde vorgeschlagen, das Anfangsgehalt auf 2100 Mark festzusetzen. Von sozialdemokratischer Seite wurde noch ausgeführt, um dem Drängen von außen einen Riegel vorzusetzen, sei doch jetzt gerade die beste Gelegenheit, hier einzugreifen, um die Arbeitsfreudigkeit zu heben.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag angenommen, das Anfangsgehalt der Bureau-Assistenten auf 2100 M. festzusetzen, das Endgehalt nach dem Vorschlage des Magistrats zu belassen.

Beim Titel „Bureau-Assistenten“ beantragt der Magistrat, das Anfangsgehalt auf 1800 M., das Höchstgehalt auf 1800 M. festzusetzen. Dieser Vorschlag sowohl als auch die Aufbesserung der Diätäre, die die Magistratssekretärsprüfung bestanden haben, wurde einstimmig angenommen.

Bei Beratung der Aufbesserung des Gehalts der Steuererheber wurde von seiten des Magistrats ausgeführt, daß es ihm bei keiner Kategorie von Beamten so schwer werde, Aufbesserung zu beantragen. Von mehreren Seiten wurde darauf aufmerksam gemacht, daß doch die Steuererheber einen Vertrauensposten inne haben und für ihre Tätigkeit wohl eine Aufbesserung von je 100 M. verdienen; dann sei es auch nicht angehend, die Steuererheber im Anfangsgehalt niedriger zu stellen als die Magistratsdiener. Ein Antrag, das Anfangsgehalt auf 1600 M. festzusetzen, wird abgelehnt; dagegen der Magistratsantrag, das Anfangsgehalt auf 1500 M., das Endgehalt auf 2700 M. (in 20 Jahren zu erreichen mit einer pensionsfähigen Funktionszulage von 300 M. pro Jahr) angenommen.

Nach denselben Vorschlägen werden die Gehälter der Magistratsdiener, Arbeitshausaufseher, Chaussee- und Wegeaufseher, Grünwärter, Hausväter und Entwässerungsrevisorien angenommen. Ebenso werden die Magistratsvorschläge betreffend die Hilfsaufseher und Hilfs-Steuererheber angenommen.

Bei den Magistratsräten wird vom Magistrat vorgeschlagen, das Anfangsgehalt auf 5100 M., das Endgehalt auf 7600 M. (in 15 Jahren zu erreichen) festzusetzen.

Die Magistratsassessoren sollen ein Anfangsgehalt von 4000 M., ein Endgehalt in drei Jahren zu erreichen) von 4500 M. erhalten. Von unseren Genossen wurde gefordert, mit der Gehaltssteigerung zu brechen, die Stellung der Assessoren als Durchgangsstation zu betrachten. Von diesem Gesichtspunkt aus muß man der Magistratsvorlage zustimmen; will man die Leute halten, so müssen frühere Fehler gut gemacht werden; denn es ist von großem Wert, ein eingearbeitetes Magistratskollegium zu haben.

Von anderer Seite wurde geltend gemacht, daß sich eine so enorme Aufbesserung nicht vertreten lasse. Bei der Abstimmung wurde der Magistratsantrag angenommen und die Sitzung auf Mittwoch vertagt.

Die Deputation für die städtische Kanalisation und die Miefelder befaßt in ihrer gestrigen Sitzung, den Magistrat zu ersuchen, daß er die Stelle des Direktors der Miefelder, welche der am 1. April ausscheidende Prof. Bachhaus zur Zeit inne hat, öffentlich ausschreibe. Die Stelle ist mit 12000 M. Gehalt und 1500 M. Entschädigung dotiert.

Ueber die Schulverhältnisse in Rudow entspann sich eine längere Debatte. Schon vor vier Jahren war vom Stadtverordneten-Vorgmann auf die traurigen Schulzustände hingewiesen worden; auch hatte damals die Deputation einstimmig die Notwendigkeit anerkannt, hier bessernd einzugreifen. Trotzdem sind die Verhältnisse heute noch dieselben. Die Verwaltung lehnte jede Verantwortung dafür ab. Sie habe der Schulgemeinde nicht nur einen Vauplatz kostenlos zur Verfügung gestellt, sondern auch 12000 M. zu den Baukosten beigetragen sich bereit erklärt. Allerdings mit der Bedingung, daß in dem Neubau zwei Wohnungen für verheiratete Lehrer vorgesehen werden. Ferner soll alljährlich eine außerordentliche Unterstützung von 300 M. gezahlt werden. Ob nun der dringend notwendige Neubau der Schule vor sich geht, steht dahin, da die Regierung wegen ihres Beitrages anscheinend nicht ins Reine kommen kann. Interessant war auch die Mitteilung der Verwaltung, daß die Erhöhung der Lehrergehälter sehr oft an dem Widerspruch der Regierung scheitert, weil sonst die Gehälter nicht mehr im Einklang mit den Gehältern in den anderen Ortsgemeinden stehen. So hat zum Beispiel die Regierung der Gehaltserhöhung des Lehrers in der Grundschule zu Heinersdorf bis heute noch nicht zugestimmt, obwohl dieser Antrag von der Stadt bereits seit einem halben Jahre gestellt ist. Die Anträge auf Gehaltserhöhung der Administratoren und Rechnungsführer wurde vertagt.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstag u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Berichterstattung des Etatsausschusses über die nachstehend bezeichneten Etats für das Etatsjahr 1905, und zwar: Grundstücke in der Stadt, ländliche Grundstücke in- und außerhalb, sowie Wiesgrundstücke außerhalb der Stadt und Kalksteinbruch zu Rudow, Berechtigungen, Krankenhaus im Friedrichshain, Krankenhaus Roabit, Krankenhaus am Urban, Krankenhaus Gütchinerstraße, Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinderkrankenhaus, Jren- und Jdiotenanstalt in Dalldorf, Jrenanstalt in Lichtenberg, Anstalt für Epileptische „Wahlgarten“ bei Bieddorf. — Berichterstattung über die Vorlagen betreffend: Abänderung des § 9 des Gemeindefschul-Etats vom 9. Mai 1901 wegen Bewilligung von Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung für die ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt dauernd beschäftigten Personen — und die Abänderung einiger Befoldungsordnungen für das Lehrpersonal an den höheren Lehranstalten und höheren Mädchenschulen. — Vorlagen betreffend: die Abänderung des § 1 und 2 der Vorschriften für die Unternehmung des in § 3 des Ausführungsgesetzes vom 28. Juni 1902 als trichinenschnupflich bezeichneten rohen und zubereiteten Fleisches — die Regulierung der Entwässerungsanlage bei dem Wäddenbause der Jdiotenanstalt zu Dalldorf, — die erfolgte Bauabnahme der Vardenschule zwischen Anipode- und Gneisenstraße, — den Kostenausschlag für die innere Einrichtung des Neubaus des Märkischen Museums, — den Ertrag der Wandelhalle zwischen den Pavillons VII und IX des Krankenhauses am Urban durch einen Neubau sowie die Einrichtung eines Röntgenhauses daselbst, — die Beschaffung von Trögen bei dem Neubau der Rinder- und Hammelställe B IX 1 und 2 auf dem Salzdamm, — die Herstellung eines elektrischen Speisenaufzuges und Verlegung der Festlichte im Kalkseker, — die Erwerbung von Terrain des Grundstücks Frankfurter Allee 24 zur Freilegung der Voligstraße, — die Abänderung der Abteilungen XI und IX des Erbbauplanes zwischen der Berliner Ringbahn, Dohstraße, Badstraße, Grünhalerstraße, Weichbildgrenze mit Panlow und Ralmsdorferstraße sowie die Abstumpfung der nordöstlichen Ecke der Straße 62b, Abteilung X 2, — den Ankauf der auf dem rechten Spree-Ufer an der Fruchtstraße gelegenen Flußbadeanstalt. — Fortsetzung der Besprechung über die Personenfrage betreffend die Wahl von fünf Bürgerdeputierten für die Deputation der städtischen Fach- und Fortbildungsschulen. — Berichterstattung über die Vorlage betreffend die Verwendung des der Stadtgemeinde zugefallenen Maurermeister Grundmannschen Nachlasses. — Berichterstattung betreffend Wahl eines Bürgerdeputierten beider Deputationen für das städtische Turn- und Badewesen. — Außerdem findet am Beginn der Sitzung die Einführung und Verpflichtung des zum Stadtverordneten gewählten Gastwirts Feuerstein statt.

Für den Posten eines Verwaltungsdirektors des Rudolf-Birchow-Krankenhaus, der ausgeschrieben ist und demnächst besetzt werden soll, haben sich nicht weniger als 71 Bewerber gemeldet, wovon indes ein großer Teil von vornherein ausscheidet, weil die Qualifikation für dieses sehr viel Arbeit, Umsicht und Kenntnisse erfordernde Amt fehlt.

Der größte Schuft im ganzen Land — das ist und bleibt der Demuziant. Diese Anschauung scheint jetzt auch im Reich der Herrn Budde Geltung zu gewinnen. Die königliche Eisenbahndirektion hat auf Grund zahlreicher bei ihr eingegangener anonymen Zuschriften folgende Verfügung erlassen: „In der letzten Zeit ist zu unserem Bedauern ein auffallend starker Eingang anonymen Anzeigen gegen Beamte festgestellt worden. Wir vermuten, daß häufig Angestellte der eigenen Verwaltung die Urheber der Anzeigen sind, und sehen uns deshalb veranlaßt, an dieser Stelle unserer Verurteilung einer derartigen Handlungsweise Ausdruck zu geben. Die Verdächtigungen anderer Personen aus dem Hinterhalte, ohne mit dem eigenen Namen für die aufgestellten Behauptungen einzutreten zu wollen, verrät eine betrieblidrig und verwertliche Bestimmung, daß solche Anschuldigungen auf Verächtlichung keinerlei Anspruch erheben können. Wir weisen deshalb erneut darauf hin, daß anonyme Eingaben ohne irgendwelche Behandlung der Vernichtung anheimzufallen. Der Weg, auf welchem Besuche, Anzeigen und Beschwerden einzureichen sind, ist durch die §§ 6 und 7 der gemeinsamen Bestimmungen für alle Beamten im Staatsbahndienst und durch den § 2 Absatz 7 der gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstzweige der Staatsbahnverwaltung bestimmt.“

Im Eisenbahnbetriebe ist bekanntlich die gewerkschaftliche Organisation, die am besten zur Solidarität erzieht, streng verpönt. Das Prinzip des Teilens und Herrschens fördert hingegen das Laster des Demuzierens.

Dreißt aber dumm hat es ein Diebespärgchen angestellt, welches gestern abend von der Kriminalpolizei erwischt worden ist. Am hellen lichten Tage fuhr gestern nachmittag vor dem Hause Alexanderstr. 29 ein Handwagen vor, dessen Begleiter, ein Mann und eine Frau, sich in den Hauseingang des genannten Grundstückes begaben. Dort hatte der Möbeldändler Müller eine wertvolle Kücheneinrichtung zur Ansicht ausgestellt. Trotz des starken Verkehrs in der Alexanderstraße und trotz der Gefahr, daß jeden Augenblick ein Angestellter der Möbeldhandlung auf der Bildfläche erscheinen konnte, wagte es das dreiste Pärchen, die Kücheneinrichtung Stück für Stück mit der größten Ruhe auf den Handwagen zu tragen. Ungehindert konnten die beiden auch davonfahren. Ein Herr M. bestreumeter Nachbar, welcher der Meinung war, daß die Einrichtung verkauft sei, hatte dem Schreiben der beiden Diebe ruhig mit zugehört. Die benachrichtigte Kriminalpolizei hatte bald ermittelt, daß sich das Pärchen nicht einmal heute, aus dem gegenüberliegenden Grundstück Alexanderstraße 9 den Handwagen zu dem Diebstahl zu leihen. In der Vermutung, daß die beiden den Wagen wieder abliefern würden, lauerte man ihnen dort auf, und sobald es dunkel geworden war, erliefen denn auch tatsächlich das Diebespärgchen mit dem Handwagen. Sie hatten die Kücheneinrichtung nach einem Grundstück in der Ebertstraße gebracht. Der Mann wurde als der Vierfahrer Krieger festgesetzt, während sich seine weibliche Begleiterin als seine Wittchaffertin ausgab.

Berdorbene grüne Heringe. Am 4. d. M. hat eine Räuherwaren-Handlung in der Zentral-Markthalle 21 Kisten grüne Heringe, etwa 42 Zentner, zur tierärztlichen Untersuchung eingeliefert, welche als verdorben erachtet und deshalb der Abdeckerei überwiesen werden mußten.

Die Juwelendiebe. Die lange Zeit vergeblich gesuchten Täter des Juwelendiebstahls in der Großen Frankfurterstraße sind als der vielfach vorbestrafte, der Berliner Kriminalpolizei sehr bekannte frühere Schauspieler Jagarias, der frühere Agent Schäfer und dessen Mutter, eine Witwe, entdeckt und in KZM verhaftet worden. Sie wurden bereits dem Untersuchungsgefängnis in Berlin eingeliefert.

Ueber die Verhältnisse des Bauunternehmers John-Fürstenwalde' der hier den Straßenraub auf den Bankboten Schmöhl versucht hat' wird der „F. O. B.“ aus Fürstenwalde geschrieben: In diesen Tagen wo der „Fall John“ die gesamte Einwohnerschaft in Aufregung versetzt hat und in dauernder Spannung erhält, wird auch ein Zivilprozeß, den John vor etwa Jahresfrist gegen einen heftigen allseitig geachteten Restaurateur W. gewann, lebhaft erörtert. Der mehr als einem Jahre bekam ein Berliner Glasfabrikant L. von J. einen bedeutenden Auftrag. Ehe er ihn ausführte, kam L. hierher, um über J. Erkundigungen einzuziehen, bei welcher Gelegenheit W. von dem als allgemein „sehr reich“ geltenden John das Gegenteil behauptete. L. hatte nichts Eiligeres zu tun, als John davon Mitteilung zu machen, der jetzt gegen W. die Verleumdungsklage anstregte. W. wurde zu 150 M. Geldstrafe verurteilt, und L. trat mit John in geschäftliche Beziehungen. Wie verlautet, hat auch er mit so vielen anderen den Zusammenbruch seines Geschäfts zu beklagen. Weiter ist in dieser Angelegenheit zu berichten, daß gestern das von den Gläubigern beantragte Konkursverfahren eröffnet worden ist. Zum Konkursverwalter ist der Bankier Köhler hier selbst bestellt worden. Wie hoch sich die Schulden belaufen, ist noch nicht festgelegt, doch ist es nicht zu hoch gegriffen, wenn man behauptet, daß Fürstenwalde allein den Verlust von über 200 000 M. zu beklagen haben wird, da sich zu dem Heer der Gläubiger täglich neue hinzugesellen. Ein bisheriger Steinlieferant bekommt allein 33 000 M. und ein Eisenwarenhändler einige 20 000 M. Dieser Tage wollte ein Hosielerant aus Krossen a. D. hier, welcher sogar mit 65 000 M. beteiligt sein soll.

Durch die Aufmerksamkeit eines Pferdehändlers ist gestern ein Pferde Dieb der Kriminalpolizei in die Hände gefallen. Vor einigen Tagen erschien bei dem Pferdehändler G. in der Kobaldisstraße ein etwa 30-jähriger Mann und bat um die Erlaubnis, in der folgenden Nacht dort zwei Pferde unterstellen zu dürfen. G. kam die Sache verdächtig vor, und als in der Nacht vom Sonntag zum Montag die Pferde tatsächlich von zwei Männern nach dem Stall geleitet wurden, verständigte er am Montag morgen die Polizeibehörde. Inzwischen war aber aus Lichtenberg die Anzeige eingelaufen, daß dort dem Fuhrherrn Kube zwei Pferde gestohlen worden seien. Die Diebe hatten auf dem Futterboden eine Diele ausgestemmt, waren so in den Stall gelangt, dessen Tiere sie von innen erbrachen, und hatten dann die Pferde, deren Hufe sie vermutlich mit Tchern umwickelt hatten, entführt. — Der Mann, der die Pferde in der Kobaldisstraße eingestellt hatte, wurde gestern vormittag, als er die Tiere wieder abholen wollte, von der Polizei in Empfang genommen. Der Verhaftete ist ein wegen gleichartiger Diebstahle bereits vorbestrafter „Arbeiter“ Hindemann, welcher den dreisten Raub gemeinsam mit einem Komplizen ausführte. Dieser, den der Verhaftete angeblich nicht kennt, konnte noch nicht ermittelt werden.

Unfälle in den Allgemeinen Elektrizitätswerken. Vier Unglücksfälle kamen gestern in den Allgemeinen Elektrizitätswerken in der Voltastraße vor. Hierbei hätte der 23-jährige Elektrotechniker Paul Adam, der erst vor einigen Wochen zugereist war, sein Leben ein. Adam war in einem Saale der Maschinenbau-Abteilung damit beschäftigt, an der Decke eine elektrische Stromleitung zu legen. Er stand hierbei auf einem Schrank. Unvorsichtigerweise wurde nun aber ein auf zwei horizontalen Schienen laufender Lastwagen in Bewegung gesetzt, dessen Führer sein Augenmerk auf die angehängte Last zu richten hatte. Weder er noch einer der zahlreich anwesenden Arbeiter beobachteten die Gefahr, in der der Elektrotechniker schwebte. Dieser wurde plötzlich von dem auf ihn zuströmenden Strahl erfasst und gegen die Wand gepreßt, wobei der Tod

augenblicklich eintrat. Die Schuld trägt zweifellos die Betriebsverwaltung, die den Krach nicht in Betrieb setzen durfte, so lange Adam an seiner Arbeit war. Der Bergarbeiter wohnte in der Bergstraße 68. — Fast zur selben Zeit wurden in derselben Abteilung zwei Arbeiter durch einen Dampfhammer die Hände zerquetscht. Dieses geschah auch kurze Zeit darauf in der Großschmiede bei einem Arbeiter. Somit hatte das Werk an einem Tage vier Unglücksfälle zu verzeichnen.

Feuerbericht. Eine ganze Reihe Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Nach der Wödemstr. 130 wurde die gerufen, weil dort im vierten Stock in einer Wohnung Feuer entstanden war. Möbel und Kleidungsstücke wurden hierbei in der Hauptsache beschädigt. — In der Straßburgerstr. 28 mußte dann ein Strohständerbrand beobachtet werden, während in der Prinzessinnenstr. 1/2 beim Schwefeln in einem Keller Feuer ausgebrochen war. — Bald darauf brannte es in der Urbanstr. 102 in einer Tischlerei. Die Gefahr konnte mit Leichtigkeit beseitigt werden. — Längere Zeit gab es aber in der Melchiorstr. 21 zu tun. Dort hatte der Fußboden und die Balkenlage Feuer gefangen. — Außerdem liefen noch aus der Liebenwalderstr. 40, Alten Schönhauserstraße und noch aus verschiedenen anderen Orten Feuermeldungen ein, doch handelte es sich in allen diesen Fällen um ganz unbedeutende Brände, die ein förmliches Eingreifen der Wehr nicht erforderten.

Beim Stiftungsfest des Wahlvereins Berlin VI ist ein Portemonnaie mit Inhalt gefunden worden. Der Besitzer kann sich melden bei Paul Karsten, Bernauerstr. 47a, wohnhaft bei Siebing, Hof rechts.

Der Wintergarten bemüht sich auch in diesem Monat, sein Programm abwechslungsreich zu gestalten. Eine Kunst, die durchaus nicht so einfach ist, wie sie scheint, da das Variété bei all seiner Vielseitigkeit doch auf bestimmte Kräftegruppen angewiesen ist, die dieser und jener immer schon einmal gesehen hat. Diesmal sind die alten Bekannten aber außerordentlich rar, und es scheint, daß ein wirklich neues Programm zusammengestellt werden konnte. Die einzige Ausnahme, Frau Sabaret, läßt man sich als Wiederholung in der bunten Reihe schon gefallen und ebenso den eisenen Bestand des Variétés, den Biographen, der mit zwei Serien ganz besonders drastischer Bilder heranrückte. Aus dem Programm führen wir die lebenden Bilder des Herrn Angelo an, die als Vortragsfiguren gegeben, in ihrer Art formvollendet sind. Eine vortreffliche Tiergruppe bringt Alice Dianda auf die Bühne: Affen, Hunde und Papageien führen Kunststücke aus, die aller Achtung wert sind. Mit vielem Aufwand führen sich die Novellen ein, die in ihrer Nummer „Europa in Indien“ sich als ausgezeichnete Akrobaten bewähren. Tüchtige Reitmänner sind die Herren Stellung und Rebell, und acht Radfahrerinnen verrichten unter dem Namen der Kaufmannstruppe Leistungen, die nicht minder von Grazie wie von Geschicklichkeit zeugen. Weiter sei Diane de Fontenay mit ihren ausserordentlich lebenden Akteurbildern genannt, ebenso die englische Sängerin Dorothy Clark. So fehlt es im Wintergarten nicht an Leistungen, in denen jedem Geschmack Rechnung getragen ist.

Vortrag über die IX. Sinfonie. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß an diesem Donnerstag im Gewerkschaftshaus abends 8 1/2 Uhr ein Vortrag über Beethovens neunte Sinfonie gehalten wird. Der Vortrag, der durch Erläuterungen am Klavier begleitet wird, ist bestimmt, die Besucher des Märzfestes der Freien Volksbühne in das Werk einzuführen. Es wird zu dem Vortrag kein Eintrittsgeld erhoben und ist jedem ohne weiteres zugänglich.

Theater. Die Robilität des Schiller-Theaters, das Drama „Im Oasen“ von Georg Engel, wird auch in dieser Woche in beiden Häusern gegeben: Dienstag und Mittwoch im Schiller-Theater O., Donnerstag im Schiller-Theater N. — Im Deutschen Theater gelangt am Sonnabend, den 11. d. M., zum erstmaligen „Lediup“, Tragödie von Sophokles, in der v. Wilamowitz-Möllendorffschen Bearbeitung zur Aufführung.

Aus den Nachbarorten.

Rixdorf.

Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung setzte am Dienstag nachmittag die Beratung des Etats fort.

Zunächst entspann sich eine Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob an erster Stelle die zur Beschlußfassung noch ausstehenden Beamten- und Lehrgelälter oder der Steuerplan verhandelt werden soll. Die Versammlung entschied sich für das erstere. Es wurde hierauf die Öffentlichkeit ausgeschlossen, obwohl von Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion und auch der bürgerlichen Mehrheit gerade bezüglich der Lehrgelälter öffentliche Verhandlung verlangt wurde.

Die Beamtengehälter wurden fast debattelos bewilligt.

Ueber die Bezüge der Lehrer entspann sich eine ausgedehnte und lebhafte Diskussion. Beschlossen wurde schließlich — nachdem sowohl die Forderungen der Lehrer, wie auch die Vorschläge des Magistrats mit Mehrheit abgelehnt waren — das Grundgehalt auf 1800 M., die Alterszulagen auf 225 M., den Wohnungszuschuß auf 525 M. festzusetzen.

Es folgte nur die Beratung des Steuerplanes, die in öffentlicher Sitzung stattfand.

Die Gemeinde-Einkommensteuer wurde um 10 Prozent ermäßigt, also auf 120 Prozent festgesetzt. Dem Antrag des Magistrats, Steuerpflichtige mit einem Einkommen von 420—600 M. vom 1. April ab zur Gemeinde-Einkommensteuer nicht mehr heranzuziehen, wurde zugestimmt.

Die Vorschläge des Stadtv. Gröpler und des Stadtv. Hoppe (Soz.), die Luftbarkeits- und die Biersteuer zu streichen, wurden abgelehnt.

Nach kurzen Ausführungen des Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.), die dahin zielten, den Magistrat zu ersuchen, die Umwandlung der Umsatzsteuer in eine Wertzuwachssteuer zu erwägen, wurde die Sitzung um 8 1/2 Uhr geschlossen.

Lichtenberg. Durch Ausschreibung des Gemeindevorstandes sind die Ersatzwahlen zur Gemeindevertretung für den 15. und 17. März angeordnet worden. Obwohl nur eine kurze Spanne Zeit für die Agitation verbleibt, werden die Lichtenberger Gemeindevähler getrost dafür einreten, daß die Sozialdemokratie, die zweifellos die Mehrheit der Bevölkerung des Ortes bildet, ihrer Stärke entsprechend im Rathhause des 52 000 Einwohner zählenden „Dorfes“ vertreten ist.

Die dritte Wählerabteilung wählt am Mittwoch, den 15. März in der Zeit von vormittags 12 bis abends 8 Uhr, während die zweite Abteilung am Donnerstag, den 16. zur Wahlurne geht. Der Anblick der im Schweiße ihres Angesichts „Vollmachten“ sammelnden „Besigenden“ muß in jedem Menschenfreunde den Willen festigen, durch die Wahl sozialdemokratischer Vertreter dieser „Schinderei“ ein Ende zu machen. Auf zur Wahltagung!

Rummelsburg.

Der Entwurf des Gemeinde-Etats für das Jahr 1906 ist den Gemeindev Vertretern mit dem Gesuchen um Zustimmung zugestellt worden. Der neue Etat kommt in der Gemeindevertreter-Sitzung am Mittwoch, den 8. März, zur Beschlußfassung.

Als Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer sollen diesmal 150 Prozent, statt wie bisher 100 Prozent erhoben werden. Die Herabsetzung auf 150 Prozent bedeutet für die Gemeinde eine Mindereinnahme von 14 000 M. Von diesem Betrage werden 4 000 M. Steuerzahler 8000 M. geschenkt, die übrigen 8000 M. verteilen sich auf sämtliche Steuerzahler; wer zu 6 M. Einkommensteuer veranlagt ist, zahlt in diesem Jahre statt 3,90 M. pro Quartal nur 3,75 M. Man hat mit dieser Herabsetzung lediglich ein Verlangen des Vorhagener Grundbesitzervereins erfüllt. Es ist unverantwortlich, diese Maßnahme durchzuführen, trotzdem die wichtigsten Aufgaben der Gemeinde ihrer

Erfüllung harren. Die Verminderung der hohen Schülerzahl in den unteren Klassen der Volksschule wird auch in diesem Jahre strommer Wuchsch bleiben, zur Errichtung von Brausebädern in der Volksschule ist ebenfalls kein Geld vorhanden.

Der Etat schließt 1905 in Einnahmen und Ausgaben mit 1 585 801 M. ab, der vorjährige Etat ergab in Aus- und Einnahme 1 209 415 M. Ein älteres Gesuch der Volksschullehrer auf Erhöhung der Alterszulagen von 200 M. auf 250 M. soll Erfüllung finden. Auch die von unseren Genossen seit Jahren geforderte Anstellung von Schularzten soll endlich vorgenommen werden, es sind hierfür 1200 M. eingestellt. Der Wasserwerks-Etat schließt ab mit einer Einnahme von 138 000 M. und einer Ausgabe von 79 000 M., er weist also einen Ueberschuß von 59 000 M. auf. Ein von unseren Genossen bei der Vorberatung dieses Etats gestellter Antrag auf Erhöhung der Löhne sämtlicher Arbeiter fand bei den Vertretern, welche zugleich auch Unternehmer sind, keine rechte Gegenliebe; die Löhne betragen jetzt pro Stunde 35 Pf. und weniger. Man einigte sich schließlich dahin, daß der Gemeindevorsteher eine Lohnskala mit erhöhten Stundenlöhnen für bereits längere Zeit in der Gemeinde beschäftigte Arbeiter aufstellen soll. Ein entsprechender Betrag für zu erhöhende Löhne ist aber im Etat leider noch nicht vorgezogen. Der Kanalisationsetat für den Ortsteil Rummelsburg erfordert einen Zuschuß von 44 000 M., für den Ortsteil Vorhagen beträgt der Zuschuß 23 000 M., zusammen also 67 000 M. Diese Summe stellt ein weiteres Gesuch an die Hausbesitzer dar.

Treptow-Baumshulenkweg.

Die Wahl unserer Parteigenossen Gramenz zum Gemeindevorordneten, welche der Kreisaußschuß am 6. Sept. v. J. für ungültig erklärte, wurde gestern vom Bezirksauschuß für gültig erklärt und die Kosten dem Kläger auferlegt.

Der letzte Gemeindevorstehertrag der Haushaltungsplan für 1905/06 vor. Zum erstenmal konnten sich die Vertreter der Sozialdemokratie an diesen Verhandlungen beteiligen. Dadurch kam eine bisher ungeübte Anregung in die Stadtkasse. Die Anstellung eines Polizeiwachmeisters und eines Polizeibediensteten wurde von unseren Genossen mit dem Hinweis auf die überflüssige polizeiliche Ueberwachung von Versammlungen bekämpft. Sie konnten ferner nachweisen, daß überflüssige Polizeikräfte vorhanden sein müssen, da bei einem Streik in der Eisenstraße nicht weniger als acht Polizeibeamte zu gleicher Zeit zum Schutz der „Arbeitswilligen“ anrufen, obwohl kein Mensch zu erblicken war, gegen den die Herren Arbeitswilligen zu schlagen waren. Die heute vorhandene Zahl von Polizeibeamten genüge durchaus, wenn die ausgedehnten Vorkänge der Beamten eingeschränkt werden durch Benutzung der Post zur Verendung der verschiedensten Zustellungen. Die Verteidigung dieser Position übernahm nicht etwa der Amtsvorsteher. Er forderte hierzu den Gemeindevorsteher Gräy auf, der dann auch in echter Sozialdemokratie den umfangreichen „Arbeitswilligen“ verteidigte und die Verstärkung der Polizeimannschaften verlangte. Die Anstellung der zwei Polizeibeamten wurde beschlossen. Eine Erhöhung des Gehalts der Nachtwächter, das 1000—1300 M. beträgt, um 200 M. wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Der Antrag auf Errichtung der siebenten Klasse in der Gemeindevolksschule fand Annahme. Protest erhoben unsere Genossen gegen die weitgehende Beihilfe, die der Privatschule gewährt wird. Die Privatschule erhält einen Zuschuß von 400 M., ferner die Ausstattung und die Nichtschulbildung für neue Schulkinder, da die bisher von dieser Schule innegehaltenen Räume von der Gemeinde gebraucht werden. Dieselben Herren, die so zurückhaltend in der Bewilligung von Mitteln für die Volksschule sind, verwenden gern die allgemeinen Steuergelder für die Erziehung der Kinder der Reichen und Wohlhabenden. Erwähnt sei, daß der Gemeindevorsteher Moosdorf, der in Berlin wohnt und dort sein Vermögen besteuert, in der Diskussion die für ihn und seine kapitalistischen Gefinnungsfreunde charakteristische Bemerkung machte, daß die Kritiker der hiesigen Gemeindeverhältnisse doch ruhig nach einem anderen Orte ziehen mögen. Die Biersteuer, gegen welche Genosse Hofmann in vornehmer Weise polemisierte, wurde mit 9 gegen 5 Stimmen angenommen. Es wird hiernach von dem im Orte gebrauchten Bier ein Zuschuß von 50 Proz. des nach dem Reichsgelege vom 31. Mai 1872 festgestellten Brauseverbrauchs, von dem eingeführten untergärtigen 65 und dem obergärtigen 30 Pf. per Hektoliter erhoben. Die Gemeinde-Grundversteuer, welche mit 1/10 Proz. festgesetzt war, beantragte Genosse Gramenz auf 2 Proz. zu erhöhen. Die Herren der Mehrheit, welche alle, zum Teil sogar recht bedeutende Grundbesitzer sind, lehnten den Antrag natürlich ab. — Ferner werden 100 Proz. der Staatseinkommensteuer als Gemeindeeinkommensteuer und 150 Proz. Zuschlag zur Gewerbesteuer erhoben. Die Einnahmen aus der Luftbarkeitssteuer werden mit 7000 M. in Ansatz gebracht.

Potsdam.

Misttürdisziplin im Pferdehals. Unter dem Personal im Leibstall des Kronprinzen ist seit einigen Tagen ein Konflikt mit dem erst vor kurzer Zeit von Berlin nach Potsdam gekommenen Stallmeister v. Studrad entstanden. Dieser war früher Offizier und traf nun die Anordnung, daß, sobald er den Stall betritt, der jedesmalige Kestler laut „Achtung!“ zu rufen hat, worauf die Stallbediensteten eine straffe Haltung anzunehmen haben. Ein großer Teil der Leute lehnte sich aber gegen diese neue Anordnung auf und verweigerte die Ausführung derselben mit der Motivierung, daß sie keine Soldaten wären. Verschiedene Stallbedienstete haben den Dienst deshalb gekündigt.

Vermischtes.

Auch zwei Rixdorferinnen gehören zu den Frauen, die den Schandtatzen des vielgenannten amerikanischen Blaubarts, des Deutsch-Amerikaners Hoch zum Opfer fielen. Die eine, Witwe Walker, wohnte bis zum Juni 1901 an der Ecke der Berg- und Berlinerstraße in Rixdorf. Im Juni verließ sie Deutschland und siedelte nach Chicago über. Hier lernte sie Hoch alias Schmidt kennen. Schon nach kurzer Bekanntschaft ehelichte sie ihn. Nach ein paar Monaten starb sie ganz plötzlich, und zwar, wie die Anklage jetzt behauptet, an Gift, das ihr von ihrem Mann beigebracht wurde. — Die zweite Rixdorfer Gattin Dr. Blaubarts ist eine früher berechtigte Fischer, die bis vor etwa drei Jahren am Richardplatz in Rixdorf wohnte. Sie brannte dann mit einem Liebhaber nach Amerika durch. Nachdem der Blaubart Frau Fischer in Baltimore kennen gelernt hatte, fand er solchen Gefallen an ihr, daß er sie kurzerhand heiratete. Sobald er sich aber in den Besitz der ihr gehörigen 700 Dollar gebracht hatte, ließ er sie sitzen.

Wegen vierfachen Kindesmordes stand das 23 Jahre alte Dienstmädchen Anna Stein vor dem Schwurgericht zu Dresden. Das Mädchen diente nach seiner Entlassung aus der Schule in verschiedenen Orten des Voigtlandes. Viermal gab sie wegen Schwangerschaft ihre Stellung auf und lehrte zu ihren Eltern zurück. Gleich nach der Geburt aber verschwand die junge Mutter wieder und kam erst nach einigen Wochen heim, dann aber ohne das neugeborene Kind. So gebar sie 1902 einen Knaben, 1903 ein Mädchen und 1904 ein Zwillingsspärgchen (Knabe und Mädchen). Alle vier Kinder hat die unnatürliche Mutter gleich nach der Geburt getötet. Ihren Eltern schwindelte sie vor, die Kinder seien entweder gestorben oder bei einer Pflanzmutter untergebracht. Erst bei der Lösung des Zwillingsspärgchens kamen auch die beiden ersten Handlungen ans Tageslicht. Die Kindesmörderin legte vor dem Schwurgericht ein reumütiges Geständnis ab. Sie gab an, daß sie sich in großer Not befunden habe und nicht in der Lage gewesen sei, ihre Kinder durchs Leben zu bringen. Da die Geschworenen bei der Vernehmung der Schuldfrage widernde Umstände bewilligten, erkannte der Gerichtshof auf fünf Jahre Gefängnis und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust.

Ein tollwütiger Hund hat in mehreren Orten im Braunschweigischen großes Unheil angerichtet. 10—15 Personen sind nach den aus verschiedenen Ortsteilen kommenden Meldungen von dem

raufenden Tiere gebissen worden, das eine Anzahl Hunde, so daß noch eine weitere Ausbreitung der Tollwut befürchtet wird. Einem Gemeindevorsteher gelang es schließlich, das gefährliche Tier zu erschließen. Die Wunden der Verletzten Personen sind zunächst von Ärzten ausgebraut und die Betroffenen nach Berlin in das Pasteurische Institut geschickt worden.

Sandalkidnapper. In den Vorphyrwerken in Löbejun bei Halle a. B. Saale jetztimmerhin unbekanntes Täter das nahezu vollendete, für Wiesbaden bestimmte Gustav Freitag-Denkmal.

150 Stück Vieh verbrannt. In Staun in Holfstein brach auf dem Gute des Herzogs Ferdinand Feuer aus, wobei alle Wirtschaftsbauwerke ein Raub der Flammen wurden und gegen 150 Stück Vieh und große Futtervorräte mitverbrannten.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer) ist uns toeben die Nr. 5 des 15. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aufsatz der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zum fünften Kongress — Maria Dromma Verblüffungsliste. — Gegen einen Ledebind! — Die Jungereiche der Blumenarbeiterinnen. Von N. — Diphtherie. Von Dr. Silberstein. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Friedrich Legner. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Kollzentell: Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstreik. — Frauenbewegung. — Feuilleton: Den Toten des März. Von Otto Krille. (Gedicht). — Der Heilandsvermittler. Von Ludwig Thoma. — Frage. Von Friedrich-Essen. — Vorkämpfer. Von John Henry Mackay. (Gedicht). — Frauen-Beilage. Freund Lenz. Von Georg Beerth. (Gedicht). — Ueber Erziehung. Von J. B. — Der Rinde. Von Friedrich Hebbel. (Gedicht). — Die Chemie der Rinde. Von Dr. Ch. — Frühlingsfreude. Von Gustav Heilshaus. (Gedicht). — Die Mutter als Erzieherin. — Für die Hausfrau.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich 2,60 Mark, unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,90 Mark.

Der „Wahre Jakob“ hat toeben die fünfte Nummer seines 22. Jahrganges erscheinen lassen. In derselben finden wir die Wiedergabe einer vor-trefflichen Photographie Friedrich Wilhelm Reichs, sowie einer von Reichs vor bald 25 Jahren geschriebenen autobiographischen Skizze, deren Inhalt für die jüngerer Parteigenossen von ganz besonderem Interesse sein wird. Außerdem ist noch Reichs' schmerzvolles, bisher wenig bekanntes Gedicht „An die Frauen“ abgedruckt. Aus dem weiteren Inhalt der Nummer erwähnen wir die farbigen Bilder „Nikolaus Trümbador“ und „Käsermischel“, sowie die weiteren Illustrationen „Das Begräbnis des Künstlers“, „Dahomey in England“, „Nikolaus und Abdul Camid“, „Die tapferen Russen“, „Suam cuius“ und „Der schlaue Stöbel“. Der textliche Teil der Nummer bringt noch die Gedichte „Der letzte Carneval“, „Der Segen der neuen Handelspolitik“, „Am März“ von Alfred Mebel, „Zum Tode des Großfürsten Sergius“, „Der moralische Minister“ von Erich Mühsam, „Des Sängers Klage“, sowie außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die Feuilletons „Jahresrückblick des Deutschen Reichstags“, „v. Arnim-Schnodderbeim an v. Bismarck-Blethenburg“ und „Die Revolution im Nachhinein“. Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

Briefkasten der Redaktion.

M. 2. 100. Der defekte Fahrradmantel wird mit Gummi überklebt; eine Frage übrigens, die Ihnen der nächste Fahrradhändler beantworten hätte.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Chr. 2. Rein. — Alter Akkordent, Gartenstraße, 1. Sa. 2. Die Hälfte der geleisteten Portion. 3. u. 4. Ja. Die Zahlung hätte keinen Zweck. 5. Rein. — **M. Richter.** In der Regel haften der Ehemann nicht für die Schulden seiner Ehefrau. — **Welda 99.** 1. Soweit erchtlich, liegt Verjährung vor. 2. Rein. — **Karl Börs.** Falls das Kind nicht vom Mutter auf Verlangen von der Schulddepulation vom früheren Besuch der Schule dispensiert wird, hat sie noch das laufende Jahr hindurch die Schule zu besuchen. — **M. 2. 59.** Der Fall ist längst verjährt. — **M. 2. 16.** 1. Das ist möglich; das Gericht kann und wird scheitern, wenn es annimmt, unheilbare Geisteskrankheit besetzt seit drei Jahren. 2. Die Klage muß durch einen Anwalt beim Landgericht Berlin I ange stellt werden. 3. Die Höhe der Kosten hängt davon ab, wie hoch das Gericht die Höhe des Streitobjekts annimmt. 4. Etwa ein Jahr. 5. Volle Unterhaltspflichtung. 6. Diefelben wie zuvor. 7. Gar nicht. 8. Rein. 9. Rein. 10. Ja, aber es kann dagegen beim Amtsgericht Beschwerde erhoben werden. 11. Rein. — **Vonabonnent 29.** Der Alerant hat Zeugnis abzulegen. — **M. 2.** Sie sind zur vollen Zahlung verpflichtet; der Umstand, daß der Agent die Zahlungsraten nicht abgeholt hat oder dervort war oder dergleichen, befreit Sie keineswegs von Ihrer Zahlungspflicht gegenüber der Gesellschaft. — **Alber. 1. Ja. 2.** Die Aufhebung eines Prozesses durch Rücknahme der Klage ist, nachdem Verhandlung stattgefunden hat, nur mit Einwilligung des Beklagten wirksam. — **M. 2. 29.** Ihre Abmahnung ist gültig, sie wäre auch gültig gewesen, wenn sie für Sie günstig gewesen wäre. — **G. 101.** 1. Rein. 2. Ja. — **R. Rummelsburg.** Eine Erklärung darüber, in welcher Religion Ihr Sohn unterrichtet werden soll, müssen Sie in Ihrem Falle abgeben. — **M. C. Charlottenburg.** 1. Ja. 2. Rein. — **A. 7. 71.** Reineswegs ist ein Mädchen verpflichtet, den Mann zu heiraten, der der Vater ihres Kindes ist. Trotz der Heiratung hat der Erzeuger keine Verpflichtungen als solcher zu erfüllen. — **A. 100.** In der Regel haften die Sachen der Frau nicht für die Nichtverpflichtungen des Ehemannes. Unwahre Angaben im Mietsvertrage über das Eigentumsverhältnis kann aber zur strafrechtlichen Verfolgung wegen Betruges führen. Mit Ihrer Wohnung geundheitsgefährdend, so lassen Sie auf Aufhebung des Vertrages und auf Schadenersch. — **M. 2. 73.** In der Regel nicht; Sie müßten sich an die Verwaltung des Kirchhofs wenden. — **M. 2. 58.** 1., 3., 4. Wird die Rente von mehreren verlangt, so ist dem Mieter zu raten, die Rente rechtzeitig zu hinterlegen, spätestens aber vor dem ersten Prozeßtermin. Sonst können ihn Nachteile aus der nicht oder nicht rechtzeitig erfolgten Zahlung der Rente treffen. Der Mieter kann daraus, daß er nicht wußte, an wen er zahlen solle, nicht das Recht herleiten, Ratenzahlungen zu leisten. 2. Wird der Beklagte im Termin nicht vertreten, so wird er dervort. Hinterlegen Sie scheinmüßig die Rente (Hinterlegungsstelle Anwaltsstr. 52) und beantragen Sie im Termin oder lassen Sie im Termin beantragen, Sie aus dem Rechtsstreit zu entlassen oder den Kläger abzuweisen, weil diejenigen nicht geladen sind, die ebenfalls Anspruch auf die Rente erheben. — **Z. 11.** Wegen Krankheit können Sie während der Krankheit entlassen werden; erfolgt die Entlassung erst nach gehobener Krankheit, so steht Ihnen ein Anspruch auf Entschädigung für die Dauer der Kündigungsdauer zu. — **M. C. Rein.**

Marktbericht von Berlin am 6. März. Nach Ermittlungen des Igl. Polizei-Präsidenten. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**), gute Sorte 17,45—17,44 M., mittel 17,43—17,42 M., geringe 17,41—17,40 M. Roggen**), gute Sorte 13,70—00,09 M., mittel 00,00—00,00 M., geringe 00,00—00,00 M. Futtergerste**), gute Sorte 16,40—15,10 M., mittel 15,00 bis 13,70 M., geringe 13,60—12,40 M. Hafer**), gute Sorte 15,20—15,50 M., mittel 15,40—14,70 M., geringe 14,60—14,00 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00—30,00 M. Speiseerbsen, weiße 50,00—30,00 M. Linsen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 10,00—8,00 M. Rüböl 0,00—0,00 M. Den 0,00—0,00 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schock 4,80—3,20 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 6. März. Elbe bei Ruffig + 1,23 Meter, bei Dresden — 0,46 Meter, bei Magdeburg + 1,60 Meter. — Unruht bei Straßburg + 1,40 Meter. — Oder bei Ratibor + 1,56 Meter, bei Breslau Ober-Vogel + 5,40 Meter, bei Breslau Unter-Vogel — 0,12 Meter, bei Frankfurt + 1,77 Meter. — Weichsel bei Bralembunde + 3,82 Meter. — D r a t h e bei Rosen 0,00 Meter. — R e c h e bei Wsh + 1,54 Meter.

Witterungsübersicht vom 7. März 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in Grad C.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temper. in Grad C.
Eintramb.	760	SS	2	Schnee	Saparanda	765	SS	2	Schnee
Damburg	759	SS	2	bedeckt	Petersburg	763	SS	1	Schnee
Berlin	758	SS	1	Regen	Seilly	764	SS	4	Dunst
Kranf.a.M.	761	SS	2	Regen	Aberdeen	755	SS	1	bedeckt
München	764	SS	3	Regen	Paris	764	SS	3	bedeckt
Wien	761	SS	3	Regen					

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 8. März 1905. Zeitweilig aufklarend, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und schwachen westlichen Winden; Temperatur wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

Th. Forck, Kretzschmar & Co.

vereinigte Tischler- und Tapezierer-Meister.

An der Jannowitzbrücke **BERLIN** Dicht neben dem Stadtbahnhof Jannowitzbrücke

Eingang während des Neubaues rechts um die Ecke von der Holzmarktstrasse.

Deutschlands grösstes Möbel-Kaufhaus

für Wohnungseinrichtungen in allen Preislagen.

Besichtigung der grossen Ausstellungsräume ohne Kaufverpflichtung gern gestattet.

Gekaufte Möbel können bis zur Ablieferung frei lagern.

Unser grosses Musterbuch nebst Nachtrag für Neuheiten versenden wir auf Wunsch frei und umsonst.



No. 1259. Kleiderschrank, echt Nussb. m. Hutboden u. Messingstange u. reich. mod. Schnitzerei. M. 85.—, 120cm b., 230cm h., 60cm t.



No. 1262. Vertiko, e. Nussb. m. Facettespiegel u. reich. mod. Schnitzerei M. 90.—, 100cm br., 208cm h., 49cm t.

Aufsehen erregen unsere Preise.

Echt englische Herren-Anzugstoffe	früher 10.50 Mk., jetzt nur 6.50 Mk. per Meter	Damen-Regenrockstoffe	früher 3.50 Mk., jetzt nur 1.75 Mk. per Meter
Tuchkammgarne für schwarze Gesellschafts-Anzüge	früher 6.50 Mk., jetzt nur 4.50 Mk. per Meter	Herren-Anzugstoffe	früher 6.00 Mk., jetzt nur 3.00 Mk. per Meter
Damentuche, hochelegante Ware	früher 3.50 Mk., jetzt nur 2.50 Mk. per Meter	Damen-Kostümstoffe	früher 3.50 Mk., jetzt nur 1.75 Mk. per Meter
Kinder-Anzugstoffe spottbillig	früher 3.00 Mk., jetzt nur 1.75 Mk. per Meter	Herren-Palettoisstoffe	früher 5.50 Mk., jetzt nur 3.00 Mk. per Meter

Tuchfabrik-Niederlage Koch & Seeland, Verkaufsräume nur Berlin C., Ross-Strasse 2.

Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

1. Ziehung 3. Klasse 212. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 7. März 1906, veranlagt.
Für die Gewinne über 144 Zfl. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

67 68 220 [300] 488 663 85 708 76 92 962 [300]
 1040 80 128 48 62 64 [300] 310 90 91 475 809 955 73
 85 2034 62 181 71 388 551 629 34 777 944 [400]
 3141 60 291 392 568 637 4034 100 269 60 574 608 997
 5990 263 66 317 67 440 57 516 746 70 865 6066 939
 14 80 963 7053 136 66 252 82 [300] 430 70 533 785
 827 50 990 8138 310 428 676 944 9005 24 67 87 154
 17188 391 [300] 449 [300] 506 11 68 634 708 94 880
 18211 319 21 718 78 88 840 19091 143 66 89 279 479
 620 82 [300] 911 39

20085 99 156 330 442 507 715 800 82 965 83
 21137 301 401 26 61 601 910 22447 518 91 913 73
 [5000] 23093 296 497 536 90 630 740 868 99
 24006 67 91 266 419 66 757 [300] 69 842 44 25022
 340 14001 95 429 587 623 99 967 26035 206 71 202
 78 664 731 [300] 890 2749 180 [300] 347 [300] 490
 500 65 647 704 830 [300] 975 28046 229 39 337 87
 88 536 795 899 99 922 29403 85 527 748 79 89 87
 30282 722 844 48 917 31200 62 95 427 86 633
 56 950 95 32665 258 320 96 456 [300] 81 523 774
 99 940 33037 150 218 21 69 311 438 81 548 613 60
 96 34133 68 202 88 373 531 47 709 77 802 66 35167
 342 436 392 699 86 921 36075 400 [300] 108 290 239 77
 82 459 69 676 65 127 808 963 37004 [300] 127 42 899
 486 517 633 784 804 78 979 38309 420 672 87 741 98
 971 39429 71 579 710 807

40092 [20000] 95 602 5 88 725 [4000] 96 41372
 423 695 69 769 813 42041 95 116 325 40 406 98 574 90
 798 831 974 99 43088 622 27 745 995 44680 143
 84 91 201 387 467 25 888 707 21 822 49 973 84 45116
 231 96 335 757 886 46000 274 674 706 97 879 86 925
 99 47138 247 [300] 462 561 735 906 48072 360 872
 965 49002 51 127 324 493 520 608 47 921

50099 359 89 449 525 43 82 51124 46 296 963
 600 75 827 98 963 52502 153 211 551 830 81 53031
 70 325 94 819 963 54173 225 32 49 489 503 76 770
 822 32 55072 140 [300] 226 [300] 305 40 458 79 519
 689 859 952 [300] 81 56148 51 85 96 227 39 396 325
 601 28 800 57305 416 32 619 748 79 847 57 82 964
 58146 403 40 88 97 533 941 59134 50 [300] 207 490
 705 30 46 75 955 97

60076 131 76 360 585 638 786 862 979 61093
 354 96 410 20 603 43 709 14 [10000] 61 64 80 39 62223
 [400] 605 73 723 [3000] 878 63038 [300] 75 145 39
 99 458 541 67 651 761 890 907 64081 166 82 93 201
 498 322 602 33 65011 253 369 91 98 486 606 736
 6637 76 412 987 [500] 67067 69 840 67 917 94
 68158 79 216 420 514 50 839 [500] 963 69114 560
 [400] 632 788 828 37 95 330 62

70027 134 205 360 534 63 65 71021 58 75 261
 428 [1000] 682 831 80 83 977 [300] 72088 172 85 223
 35 44 80 318 89 497 676 728 78 74 [400] 77 884 900 14 25
 97 267 87 342 53 448 770 [300] 77 884 900 14 25
 74632 133 97 200 26302 [3000] 96 578 96 831 96 764 965
 812 90 827 70 85032 96 782 803 73 76226 378 430 54
 67 889 619 790 74 77318 490 818 78071 74 152 56
 260 410 65 335 764 911 [300] 79099 300 15 52 493
 583 [300] 898

80211 70 89 84 365 553 770 910 81075 195 236
 475 822 819 82 82189 720 38 894 16 29 923 83171
 229 35 92 464 749 84255 317 87 449 73 78 606 [300]
 48 805 85022 104 [300] 56 253 55 70 94 530 [300]
 642 62 83 912 86121 236 356 429 607 56 63 84 757
 806 38 87035 242 812 74 496 526 31 47 73 668
 725 79 927 87803 99 106 11 65 73 262 346 413 97 633
 730 38 823 39 76 89043 203 70 428 516 712

90134 39 454 86 869 632 55 84 723 550 945 91174
 292 317 34 [300] 29 416 69 [500] 536 72 845 947 92078
 690 605 51 87 71 631 86 76 [300] 93062 94 [300]
 650 89 927 94327 [400] 153 405 35 512 [300] 29 74 834
 75 90 827 70 95037 49 109 [400] 363 453 615 50 707
 812 930 96110 80 216 423 [400] 536 682 816 97140
 316 72 79 326 609 630 705 34 99445 322 405 622 94
 796 839 75 77 924 64 99057 168 520 [500] 681 734
 86 976

100008 57 99 200 11 55 200 519 649 101090
 313 421 94 78 87 88 822 652 933 78 85 102909 189
 84 284 23 26 319 82 433 596 [300] 911 103073 91
 101 30 407 534 994 786 [300] 80 952 80 104116 [300]
 39 78 84 91 827 [1000] 327 94 413 22 619 813 933
 105054 22 62 92 314 501 991 015 106424 54 70 79
 107987 223 326 472 63 874 95 815 38 953 106036
 178 [300] 218 606 753 109199 257 330 432 603 670
 72 729 974

110016 127 497 [1000] 758 806 96 900 93 111009

136 78 248 59 78 98 345 48 439 796 813 907 19 112043
 64 137 335 418 578 874 113282 599 812 949 73
 114074 174 [3000] 243 411 84 [300] 611 753 984 115419
 658 82 116000 389 443 60 542 933 117081 374 453
 95 673 635 736 810 959 118141 44 218 45 316 [300]
 75 401 38 644 744 876 94 909 119075 343 412 786 901
 120040 304 32 44 54 [300] 603 33 42 85 98 734
 72 911 55 121148 74 96 223 378 582 648 79 708 827
 46 122037 348 [400] 491 78 [400] 631 776 953 67
 123085 101 202 28 333 52 407 655 760 66 948 [300]
 124232 37 45 47 386 430 567 675 777 125037 [400]
 297 367 447 82 529 76 843 126049 53 90 368 678 723
 74 813 30 127033 250 303 53 513 618 60 73 92 849
 981 128137 225 373 623 49 89 129884 638 737 843
 95 910

130018 101 265 346 417 [400] 529 44 867 99
 131161 73 74 95 399 64 75 99 556 78 603 5 20 64 67
 765 922 34 80 132091 270 314 80 555 98 649 733 64
 89 133053 69 99 169 225 49 316 307 94 848 713 66 805
 59 65 80 87 134603 37 262 324 682 718 806 63
 135009 56 156 231 757 71 96 809 59 136018 169
 254 745 803 953 76 137100 306 403 92 519 654 701
 888 138612 271 457 90 514 95 701 823 972 139621
 228 368 438 533 647 833 [300]

140022 173 275 323 [300] 464 658 141118 221
 319 92 [300] 500 35 67 606 874 933 142153 88 99
 245 52 303 465 91 555 98 740 872 [300] 903 39 143188
 80 213 39 498 95 514 23 43 97 621 80 92 780 85 838 47
 144034 167 221 41 386 890 22 145009 147 61 89
 265 566 682 797 146111 15 18 278 58 301 439 502 53
 142108 74 147347 83 407 15 [300] 82 621 84 148209
 332 321 32 687 739 832 95 964 77 149067 91 287 372
 467 88 574 600 724 53 877 954

150095 544 61 94 676 [400] 86 424 97 151222
 504 31 75 608 18 152972 133 267 307 15 835 950
 153029 33 782 890 935 67 154533 421 619 155161
 222 314 15 466 763 74 83 839 156081 154 234 338
 441 57 80 576 77 718 33 42 962 157040 207 622 629
 750 69 158027 209 576 94 705 821 45 979 89 159016
 56 145 70 223 50 346 87 532 58 637 730 912

160029 [300] 644 721 895 161043 118 [400] 53
 [300] 91 267 376 483 544 55 682 876 962 86 162137
 [3000] 345 [300] 97 433 558 82 884 163313 [300]
 617 26 57 761 862 164650 94 [300] 188 228 44 306
 589 610 774 803 56 973 165013 247 332 418 60 605
 617 969 166001 88 141 492 544 738 84 880 [400] 911
 61 87 167152 58 583 789 815 93 168263 325 782
 828 62 990 169025 37 45 100 39 330 667 726 44
 808 [300]

170022 56 345 80 420 605 51 55 72 710 [300]
 823 634 45 171019 [400] 70 97 129 204 445 55 583
 687 870 46 [300] 934 172233 427 548 96 630 [100] 82 722
 173140 45 214 85 601 988 [300] 174100 49 276 640
 763 812 59 62 969 74 175156 89 93 272 406 612 73 834
 913 51 176227 338 [300] 54 435 63 723 890 987
 177317 74 681 890 62 178046 100 75 253 348 85 407
 28 79 545 635 60 770 842 52 93 179113 50 225 436 600
 68 747 806 63 82

180036 60 [500] 70 422 77 87 963 181231 308 36
 68 589 712 836 996 182026 120 271 436 578 943
 183190 964 184156 75 [1000] 267 383 445 99 530
 [300] 601 710 42 63 185192 263 522 [300] 47 72 960
 186088 119 751 834 187101 70 431 596 79 536 818
 [300] 974 188026 79 275 368 441 320 742 896 189191
 489 [300] 863 [500] 936

190098 88 105 13 45 200 82 376 81 515 63 729 834
 46 988 191167 851 900 13 192070 473 581 734 87
 977 193066 274 316 73 418 507 45 [300] 70 990
 194247 372 467 954 56 62 70 71 195112 315 499 516
 [400] 776 196042 179 215 350 538 54 840 719 828 42
 912 197194 405 617 782 805 44 60 957 198066 37
 186 250 300 907 76 199003 75 139 275 548 [300] 658

200186 215 21 404 655 860 99 941 201026 43
 105 79 222 22 338 44 489 654 796 93 841 68 89 202126
 96 476 565 797 845 [300] 912 48 203014 102 11 441 54
 96 701 98 204118 218 419 22 31 532 33 [300] 785 819
 205047 278 527 [400] 68 776 90 897 982 206113 340
 [300] 96 94 514 [300] 38 677 [1000] 82 785 932 207146
 432 82 532 799 896 951 208051 286 406 [300] 623 704
 14 884 930 84 209230 [300] 36 [300] 724 821 64 93 938

210190 369 415 84 97 519 30 33 663 21 211131
 69 66 89 379 462 38 46 699 778 994 [300] 212117 403
 515 51 58 750 213190 300 340 71 479 534 82 683 807 15
 984 214144 352 60 83 456 524 687 85 705 67 78 844
 [300] 938 67 [300] 87 215124 34 222 [300] 307
 428 637 42 73 216072 134 636 74 890 916
 217052 216 417 82 90 570 851 977 218055 70 145
 345 [300] 466 74 898 767 875 862 219114 89 306 9 441
 47 573 96 693 774

220135 [3000] 58 93 577 644 721 926 221036 268
 72 305 600 735 900 222022 221 319 86 627 [400] 85
 702 96 803 996 223068 446 507 674 723 840 964 78 93
 Im Gewinnerschein verzeichnet: 1 Gewinn zu 100000 Zfl., 1 zu
 60000 Zfl., 1 zu 15000 Zfl., 2 zu 10000 Zfl., 6 zu 5000 Zfl.,
 5 zu 3000 Zfl., 14 zu 1000 Zfl., 43 zu 500 Zfl., 76 zu 400 Zfl.,
 223 zu 300 Zfl.

1. Ziehung 3. Klasse 212. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 7. März 1906, nachmittags.
Für die Gewinne über 144 Zfl. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

69 397 521 770 950 1240 59 392 516 [300] 55 832
 83 2204 329 [300] 554 678 719 35 915 17 [400] 3009
 53 [400] 79 207 41 [300] 87 427 574 614 [400] 726 79
 4053 186 219 414 631 56 804 980 5134 60 201
 [10000] 301 4 85 401 56 74 84 85 692 34 60 94 702
 861 71 969 67 6217 [300] 328 570 [300] 98 702 53 859
 [300] 91 99 980 82 [400] 7019 18 125 [400] 336
 [300] 554 707 962 8159 69 291 333 610 37 773 886 [300]
 921 53 9163 290 79 634 40 838

10123 [1000] 563 38 991 761 960 75 11215 624
 35 718 925 65 12313 18 47 59 635 81 13172 218 495
 551 686 748 935 14023 39 77 60 140 78 322 62 98
 [300] 444 [300] 69 79 53 [300] 599 15095 257 301 41
 47 56 76 81 95 421 [300] 41 594 621 65 857 96 934
 46 56 16179 309 51 337 645 775 841 71 946 17041 71
 216 85 341 [300] 88 96 562 690 957 70 18136 78
 333 69 496 19092 28 202 317 51 446 519 65 641 702
 809 850 81

20175 203 8 33 69 382 94 503 60 84 818 924 77
 21074 217 70 [300] 430 95 555 620 705 15 820 69
 22133 34 342 495 629 757 22302 36 292 462 525 619
 50 794 861 947 85 92 24147 236 376 488 583 914
 25007 [500] 156 372 [300] 606 748 26177 245 [300] 316
 [300] 35 795 499 27373 518 42 707 818 955
 28246 530 83 780 79 88 882 29009 133 284 447 76 520
 79 825 54

30041 110 255 589 676 771 805 [300] 31218 52 80
 333 48 490 517 75 96 577 723 801 2 32181 205 [300]
 331 421 510 19 41 625 866 33004 172 202 502 670 722
 24 57 808 78 34006 81 143 73 80 286 80 462 5 99
 519 377 989 35017 62 64 173 235 455 718 863 962
 36120 279 92 242 574 37006 150 209 74 322 24 526
 99 631 753 66 900 22 38007 308 21 51 64 96 997 878
 973 [300]

Verlobte!

Komplette Küchen-Einrichtungen:

130 Teile . . . Mk. 35.—
200 " . . . 75.—
300 " . . . 150.—

Alle Teile auch einzeln billigst!

L. Katz & Co.

Spandauerstr. 45.
Spezial-Geschäft.

Peek & Cloppenburg

Zwischen Petrikirche
u. Köln. Fischmarkt

Gertraudenstr. 26-27

Rosstrasse 1a und No. 1.

Zwischen Petrikirche
u. Köln. Fischmarkt

Spezial-Räume
im I. Stock

Konfirmanden-Anzüge

Spezial-Räume
im I. Stock

	Brustweite			Brustweite	
	76-80 cm	82-86 cm		76-80 cm	82-86 cm
Qual. 5900	11.50 Mk.	13.50 Mk.	Qual. 822	25.00 Mk.	28.50 Mk.
" 202	15.50 "	17.50 "	" 112	26.50 "	30.00 "
" 204	19.00 "	21.50 "	" 388	28.00 "	32.00 "
" 205	21.00 "	23.50 "	" 140	30.00 "	34.00 "
" 210	23.50 "	26.50 "	" 300	30.00 "	34.00 "
" 220	23.50 "	26.50 "	" 344	30.00 "	34.00 "
" 280	23.50 "	26.50 "	" 135	34.00 "	37.50 "
" 328	23.50 "	26.50 "	" 145	34.00 "	37.50 "

2181*

Radfahrer! New Departure



Beste
Freilauf-
Nabe

Macht das Radeln zum Tanz

Durch jede Fahrradhandlung zu beziehen.
Romain Talbot * Berlin C. Allein-Vertrieb für Deutschland.

Jedes Wort: 5 Pfennig.
Das erste fettgedruckt
Wort 10 Pfg. Worte mit mehr
als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 1 Uhr, für die Vororte bis 2 Uhr,
in der Hauptexpedition Linden-
strasse 69 bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Wandbildhaus Weidenweg neu-
zehn, spottbilliger Gardinenverkauf,
Wandbildverkauf. 745*

Spottbilliger Teppichverkauf, Tisch-
decken, Steppdecken, Wandbildhaus
Weidenweg neuzehn. 745*

Wardroben, Tischlampen, Regu-
latoren, Freischwinger, Schmuckkästen,
spottbillig Wandbildhaus Weidenweg
neuzehn. Verkaufszeit gemäßigter
Ladenöffnungszeiten. 745*

Spottbilliger Ausverkauf ver-
fallener Wandstühle, Kissenverkauf,
Weidenweg neuzehn. 45*

Bekanntmachung! Empfehlens-
werte Einkaufsquelle für Wandbildhaus
Weidenweg neuzehn. 745*

Spottbilliger Bettenverkauf, Bett-
matteln, einschläfrig, zweischläfrig, Wand-
leuchte Weidenweg neuzehn. 745*

Gardinen, Teppiche, Betten, Stores,
Vorhänge, Steppdecken, Tischdecken,
Remontierarbeiten, Regulatorien, Uhr-
ketten, Spiegel, Bilder, Möbel spott-
billig Leihhaus Gränerweg 113 und
Randerstraße 6. Teilzahlungen ge-
wollt. 89/11*

Gelegenheitskäufe Valerius, An-
züge, Hüte, Koffer, Redolier,
Teppiche, Uhren, Goldschmuck, Kessel,
spottbillig, Rude, Dranienstraße 131.

Reisegepäck, Operngläser, Reise-
zeuge, Regulatorien, Freischwinger,
Harmenitas, Weigen, Silber, Betten,
Teppiche, spottbillig, Rude, Dranien-
straße 131. 27815*

Hochelegante Herrenanzüge aus
Valerius aus feinsten Rohstoffen 25-40
Mark Verkauf Sonnabend und Sonnt-
ag. Verkaufshaus Germania, Unter
den Linden 21. Keine Filialen. *

Hochoberne Herrenhosen aus
feinsten Rohstoffen 9-12 Mark.
Verkauf Sonnabend und Sonntag.
Verkaufshaus Germania, Unter
den Linden 21. Keine Filialen. 3638*

Teppiche! (fehlerrichtig) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichhaus Bräun, Odeon-
platz 4, Bahnhofstraße. 142/12*

Sofa-Teppiche, circa 2 Meter
lang, mit feinsten Verzierungen, 3,55, Tafel-
decken 5,35, Kissen 4,65. Inventar-
verkaufshaus Germania, Unter
den Linden 21. Keine Filialen. 3638*

Seitliche Erbstuhlwerke 4,35. Echl
Spachtelwerke 6,65. Sezessionstul-
len 1,65, bunte Wandstühle 2,35,
Wert 5,00, Inventar-Kaufpreis.
Teppichhaus Emil Lejebvre, Dranien-
straße 131. 2928*

Möbelverkauf in meiner Möbel-
fabrik Wallstraße 89/91, nahe Spittel-
markt. Anfolge des großen Umsatzes
befinden sich am Lager viele parat-
gelegene und verbleiben gewissene Möbel,
die wie neu sind, Kleiderstühle,
Berlino 10, Ausziehtisch 16, Kuchel-
tische mit Federmatratze und
Klebstoffen 38, Tischensofa 50, Paneel-
sofa 70, Kucheltische 30, Kuchel-
tisch 25, ganze Einrichtungen billigst.
Transport frei. 89/10*

Wohnungseinrichtungen, ein-
zelne Möbel, sowie moderne Küchen,
vollständige Sofas und Patronen
hebet eigene Werkstatt. Käufer
Wag 3. Kein Laden, nur Keller und
Zutrittsräume. 3018*

Brechhoben Ausverkauf Kirchow,
Pannterstraße 1. 29748*

Ihr als Zugabe erhält Käufer einer
Nähmaschine ohne Anzahlung, Woche
1,00, gebrauchte 12,00. Köpfer-
straße 60/61, Große Frankfurter-
straße 43, Prenzlauerstraße 59/60. *

Möbelverkauf, beste Gelegenheit
für Brautleute. Wegen Aufgabe einer
großen Wohnung sollen sämtliche
Möbel billig verkauft werden, dar-
unter gefülltes Säulenschreibtisch, An-
schreibtisch, Berlino, Kleiderstühle,
Tische, Stühle, Kucheltisch 23 Mark,
Ausziehtisch 16, Kucheltische mit
Kuchelplatte 28, Wellerpiegel 12,
Derrrenschränke 45, hochfeines
Tischensofa 50, Paneelsofa 70,
Säulensofa 30, Kucheltische
4,50, Gardinenspende 30, Kuchel-
tische mit Patronen und
Klebstoffen 38, Teppich 5, Bilder, Gardinen,
Vorhänge, Betten, Steppdecken, Ver-
schiebene, Dresdenerstraße 38, vorn
II links. 89/15*

Möbelfabrik, Spezialität Woh-
nungseinrichtungen, August Krause,
Schützenstraße 72. In billigen Preisen
Einrichtungen von 150, 200, 300, 400
bis 5000 Mark. Auch auf Teilzahlung
bei losanten Bedingungen. Bitte
genau auf Nummer 72 zu achten.
Kein Laden. 2758*

Teppiche, alle Größen, Farben-
schiller, jetzt für halben Preis. Vorhänge,
Gardinen, Steppdecken, Tischdecken,
Möbelstoffe spottbillig. Stöckel, Ränz-
straße 17, Eingang Königsgraben. *

Jährlich nur einmal Inventar-
Räumungsverkauf im Teppichhaus
Emil Lejebvre, Dranienstraße 131.
Ordnung ist Recht. 2838*

Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, partiere. 437*

Sofas, größte Auswahl, vor-
21 Mark an, direkt in der Fabrik
Blumenstraße 35 b. 89/22*

Patentmatrasen „Glaub“ (Räder
Waters) liefert jeder „Ange-
bieter, jeder Möbelhändler. 3818*

Verkauf - Kautschukwagen circa
1 oben Raumfahrt, „Angebot“, gut
erhalten, ebenso ein Schaulaufen stehen
zum Verkauf. Kasse, Weihenau,
Sedanstraße 53. 7183*

Teppiche mit farbenschönen Fabrik-
niederlage Große Frankfurterstraße 9,
partiere. 437*

Fahrräder, Teilzahlungen. In-
valdenstraße 148 (Eingang Berg-
straße), Große Frankfurterstraße 36,
Stahlerstraße 40. 3578*

Nähmaschinen ohne Anzahlung,
vergütet noch bis 10,00, wer Teil-
zahlung Nähmaschine kauft oder nach-
weist Woche 1,00. Alle Systeme. Post-
karte. Buchart, Nordstraße 50. 450*

Tambouren - Maschinen, „Gode-
meier“, alleiniger Fabrikant G. De-
mann, Gollnowstraße 26, nahe der
Randerstraße. 2238*

Brongasdrone: Dreifachstimmig!
6,00. Gasglühbirne 9,00. Salon-
Gasdrone 15,00. Gasdrone 14,
Säulenschränke spottbillig. Invalden-
straße 148, Gollnowstraße 26, Wall-
nauerstraße 32. (Gasdronehaus) *

Baumaterialien, neue und ge-
brauchte wie: Kahlholz, Eiche,
Lärche, Kiefer, Tanne, Fichte, Buch-
eiche, Kiefer, in großer Auswahl
billigst Kottbuscherdamm 29. 2928*

Rekulation, alles
Erhalten, Räte 1200, 1600, 1800,
verkauft. Preis 1,20, 1,50, 1,80,
normal. Ludowigstraße 47, Kottbuscher-
niederlage. 2758*

Sofa-Ausverkauf. Nur noch kurze
Zeit, unterm Selbstkostenpreis. Dranien-
straße 2a, Keller. 3508*

Steppdecken billigst Hebril Große
Frankfurterstraße 9, partiere. 437*

Ruhbaum-Berlino, grünes Schla-
sofa, einfüßiges Kleiderstühl, Kuchel-
tische, verschiedenes. Weidenweg 4,
vorn II. 750

Wandbildverkauf, Rabentisch, Gas-
kronen verkauft. Auch Boden ver-
mietbar. Räte 45,-. Invalden-
straße 8, Kucheltisch. 2838*

**Gutgehendes Obst- und Grün-
fruchtgeschäft**, Holz und Kohlen, frant-
zösischer zu verkaufen. Kirchow,
Pannterstraße 53A. 718

Nähmaschinen ohne Anzahlung,
Woche 1,00, Ringstich, Bobbin,
Widerstandsänder. Schnellste Verle-
nung. Unglaube, Brunnenstraße 90,
Postkarte. 7107*

Nähmaschinen Wienerstraße 6,
Widerstraße 113 liefert sofort sämtliche
Systeme ohne Anzahlung, Woche
1,00 Mark. Fünfjährige Garantie,
gebrauchte Maschinen spottbillig.

Landparade, 750 Mark, Vorort
Friedrichsdorf, verkauft Dunge, Raum-
straße 84. 7107*

Gut erhaltene Nähmaschine zu
verkaufen, nur Privat. Jünger,
Antonstraße 1. 2828*

Dorshühner, billig, Brunnen-
straße 150, Restaurant. 2838*

Möbelmagazin Meyer, Invalden-
straße 38, liefert Möbel, einzeln und
ganz Einrichtungen. Billigste und
beste Ausführung. Auf Wunsch Teil-
zahlung. 2978*

Möbelgelegenheit! Ein großer
Posten, wenig gebraucht, auch neu,
Brautleute passend, Salongarnitur,
Kleiderstühl, Berlino, englische Bett-
stellen, Tischensofa, Trumeau 33,00,
Bilder 2,00, Steppdecken 7,00. Kaufe
garne Tischdecken. Köpferstraße
Nr. 136A I. 2838*

Die lesen wohl einen Preis im
Schaufenster oder in der Zeitung,
können doch aber gar nicht beurteilen,
welchen Wert der betreffende Anzug
hat. Sehen Sie zu Schließler,
Turmstraße 68, dort können Sie
prüfen, urteilen, vergleichen. Sie
werden finden, er ist nicht immer der
billigste aber stets der beste im Stoff
und in der Ausführung.

Ein Parteilokal, verbunden mit
großem Laub- und Garten, feine
Lebensstelle, frantzoisischer sofort zu
verkaufen. Anzahlung gering. Offerten
an die Expedition des „Vorwärts“
unter E. 1.

Ränderwarengeschäfte, garan-
tiert höhere Erträge. 1. Geschäft:
Rippenerstraße 12, 800 Mark. 2. Ge-
schaft: Kottbuscherdamm 29, 1100 Mark,
mit Bare circa 1800 und 1600, sofort zu verkaufen.

Zeisenberg, gutgehend, son-
ntagslos, schöne Wohnung, preis-
wert verkauft, Ringendorferstraße 7.

Neuenhagen (Cottbus). Eine dau-
erhafte Barge, 5 Minuten vom Bahnh-
of, mit Laube, Obstbäumen und
Strauchwerk bepflanzt. Hof mit
Zahnräder, ist für den billigen Preis
von 2500 Mark sofort zu verkaufen.
Franz Edel, Neuenhagen, Garten-
straße 20. 2820*

Rekulation-Terrain, allerbestes,
mit Keller und Zentrum Berlins,
unabhängig neben Park, verkauft
Gang Kirchow, Randerstraße 12/13.

Tafelkloster verkauft billig
Michaelstraße 36 I links. 2818*

Rekulation, Brottische, Schant,
Billard, Verinszimmer, billige Räte,
Anzahlung 1000,00, sofort verkäuflich.
Kucheltisch Lemme, Ledwitzerstraße 3.

Orchesterplanos wegen Geschäfts-
aufgabe verkauft billig Perle,
Bühnenstraße 36, I. 28415*

Speisekartoffeln, beste rote,
Jentner Mark 4,25, zu haben am Oh-
renhof 17, Keller. 9075*

Porzellangeschäft, alt, Rolle,
Selle etc., große Wohnung, billige
Räte, sofort verkäuflich. Offerten
E. J. 1497 Rudolph Rosse, Prinzen-
straße 41. 9074

**Selten wiederkehrende Gelegen-
heit!** Raumangels elegantes
Tischensofa 42,00, Vollerstühle 3,00,
Salongarnitur 75,00, großer Trumeau
33,00, Salonstisch 13,00, Kuchelstühl
spottbillig, echtournierte Kuchel-
stühle 40,00, komplette neue
Kuchelstühle 34,00, verschiedenes
jedem Preise. Verlegerstraße 14,
Restaurant. 2838*

Gardinen-Ausverkauf wegen Haus-
abzug. Stores, Tischdecken, Vor-
hänge enorm billig! Gardinen-
Verkaufshaus Krausenstraße 36, Dän-
hofplatz. 3948*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Waldholz, Komiker, Grob-
straße 7. 26706*

Schweizer, Gelangshumorist,
Stettinerstraße 57. 7106*

Leipziger Quartettänger und
Humoristen (7 Herren). Keller,
Georgenstraße 37a II. 28196*

Stellenangebote.

Tüchtige Rahmenmacher sofort
verlangt Kurfürstenstraße 45. 2835b

Tüchtige Tischler für feine
Möbel verlangt Tischler, Teitower-
straße 53. 2896b

Westen/Handwerker (Konfektion)
verlangt sofort H. Bödes u. Dyckhoff,
Jerusalemstraße 36/37, Hof I. *

Tüchtiger Maurer zur Leitung
eines kleinen Neubaus gesucht.
Rühres Kirchow, Zulastraße 61, vorn
III rechts. 2815b

Bieger auf Naturhölzer verlangt
Stochabrill, Ritterstraße 59. 2810b

Tüchtigen Steinmetz, der auch
Schiff bauen kann, verlangt E. We-
witz, Andow bei Wlkershof. 2828*

Preisur-Lehrling wird verlangt.
H. Schulz, Rudow bei Wlkershof.

Schreiber-Lehrling für Anwalts-
bureau (Rudow) April gesucht. Selbst-
geschriebene Offerten unter H. B. 25
Postamt 52. 2808

Bautischler, tüchtige, nur ältere
Leute, verlangt Bauführer 13. 7136

Tüchtigen Rahmenmacher verlangt
Dresdenerstraße 88/89. 9078

Frauen finden durch Zeitungs-
ausgaben dauernde und lohnende
Beschäftigung. Wohnungen vormittags
9-12 Uhr Prinzenstraße 41 im Keller.

Frauen finden durch Zeitungs-
ausgaben dauernde und lohnende
Beschäftigung (Lohn unter den
Löhnen). Meldungen Schützen-
straße 24/25. 9072*

Baderinnen für Hauswirtschaft-
liche Aufgaben verlangt R. Baumann,
Kolonnenstraße 3/4. 137/1

Knaben-Wahlhelferinnen
verlangt Neumann, Schönhauser-
allee 163a, 2. Ausgang, Seiten-
straße III. 767

Wohnungen.

Eine Stube und Küche zu ver-
mieten Bienenstraße 41/42. 794

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Waldholz, Komiker, Grob-
straße 7. 26706*

Schweizer, Gelangshumorist,
Stettinerstraße 57. 7106*

Leipziger Quartettänger und
Humoristen (7 Herren). Keller,
Georgenstraße 37a II. 28196*

Stellenangebote.

Tüchtige Rahmenmacher sofort
verlangt Kurfürstenstraße 45. 2835b

Tüchtige Tischler für feine
Möbel verlangt Tischler, Teitower-
straße 53. 2896b

Westen/Handwerker (Konfektion)
verlangt sofort H. Bödes u. Dyckhoff,
Jerusalemstraße 36/37, Hof I. *

Tüchtiger Maurer zur Leitung
eines kleinen Neubaus gesucht.
Rühres Kirchow, Zulastraße 61, vorn
III rechts. 2815b

Bieger auf Naturhölzer verlangt
Stochabrill, Ritterstraße 59. 2810b

Tüchtigen Steinmetz, der auch
Schiff bauen kann, verlangt E. We-
witz, Andow bei Wlkershof. 2828*

Preisur-Lehrling wird verlangt.
H. Schulz, Rudow bei Wlkershof.

Schreiber-Lehrling für Anwalts-
bureau (Rudow) April gesucht. Selbst-
geschriebene Offerten unter H. B. 25
Postamt 52. 2808

Bautischler, tüchtige, nur ältere
Leute, verlangt Bauführer 13. 7136

Tüchtigen Rahmenmacher verlangt
Dresdenerstraße 88/89. 9078

Frauen finden durch Zeitungs-
ausgaben dauernde und lohnende
Beschäftigung. Wohnungen vormittags
9-12 Uhr Prinzenstraße 41 im Keller.

Frauen finden durch Zeitungs-
ausgaben dauernde und lohnende
Beschäftigung (Lohn unter den
Löhnen). Meldungen Schützen-
straße 24/25. 9072*

Baderinnen für Hauswirtschaft-
liche Aufgaben verlangt R. Baumann,
Kolonnenstraße 3/4. 137/1

Knaben-Wahlhelferinnen
verlangt Neumann, Schönhauser-
allee 163a, 2. Ausgang, Seiten-
straße III. 767

Wohnungen.

Eine Stube und Küche zu ver-
mieten Bienenstraße 41/42. 794

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Waldholz, Komiker, Grob-
straße 7. 26706*

Schweizer, Gelangshumorist,
Stettinerstraße 57. 7106*

Leipziger Quartettänger und
Humoristen (7 Herren). Keller,
Georgenstraße 37a II. 28196*

Stellenangebote.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Waldholz, Komiker, Grob-
straße 7. 26706*

Schweizer, Gelangshumorist,
Stettinerstraße 57. 7106*

Leipziger Quartettänger und
Humoristen (7 Herren). Keller,
Georgenstraße 37a II. 28196*

Stellenangebote.

Tüchtige Rahmenmacher sofort
verlangt Kurfürstenstraße 45. 2835b

Tüchtige Tischler für feine
Möbel verlangt Tischler, Teitower-
straße 53. 2896b

Westen/Handwerker (Konfektion)
verlangt sofort H. Bödes u. Dyckhoff,
Jerusalemstraße 36/37, Hof I. *

Tüchtiger Maurer zur Leitung
eines kleinen Neubaus gesucht.
Rühres Kirchow, Zulastraße 61, vorn
III rechts. 2815b

Bieger auf Naturhölzer verlangt
Stochabrill, Ritterstraße 59. 2810b

Tüchtigen Steinmetz, der auch
Schiff bauen kann, verlangt E. We-
witz, Andow bei Wlkershof. 2828*

Preisur-Lehrling wird verlangt.
H. Schulz, Rudow bei Wlkershof.